

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 21. Januar 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beamtungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 1 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Erklärung.

In der heutigen Sitzung des deutschen Reichstages ist durch den ersten Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ein die durch die Verfassung garantierte Redefreiheit der Abgeordneten vernichtender Gewaltakt verübt worden, gegen den wir im Namen und Auftrag der socialdemokratischen Fraktion hiermit öffentlich Protest erheben, nachdem der Redner, Parteigenosse v. Vollmar, vergeblich versucht hat, in der Sitzung sein Recht zu wahren.

Vollmar beabsichtigte im Laufe seiner Etatsrede die verletzenden Äußerungen zur Sprache zu bringen, die der Kaiser in seinen bekannten Reden in Essen und Breslau im Dezember v. J. gegen die deutsche Socialdemokratie geschleudert hat. Das zu thun hatte Vollmar nach den bisherigen, durch den Präsidenten Herrn Grafen v. Ballestrem selbst im Reichstage eingebürgerten Regeln volles Recht.

Der Präsident, Herr Graf v. Ballestrem, hat in den Sitzungen des Reichstages vom 21. Januar 1899, ferner vom 21. Juni 1899 und endlich vom 12. Dezember 1899 ausdrücklich erklärt, daß er eine Besprechung kaiserlicher Reden in angemessener Weise, sobald sie authentisch, z. B. durch den „Reichs-Anzeiger“ bekannt geworden seien, zulassen werde.

Obwohl nun die Reden in Essen und in Breslau im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht worden sind, und obwohl Vollmar auf Einwendung des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ausdrücklich erklärt hatte, er werde den Fall Krupp, mit dem jene Reden in Verbindung stehen, mit keinem Worte erwähnen, sondern sich ausschließlich auf die Kritik der gegen die socialdemokratische Partei gerichteten Beschuldigungen des Kaisers beschränken, so ließ der Präsident diese Kritik nicht zu.

Dieser Willkürakt des Präsidenten, Herrn Grafen von Ballestrem, ist um so unerhörter, als er es in der Ordnung fand, daß sowohl in der gestrigen als in der heutigen Sitzung des Reichstages das Schweigen der Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Bayern, das im „Reichs-Anzeiger“ nicht veröffentlicht worden ist, in der gründlichsten Weise erörtert wurde, insbesondere auch durch den Centrums-Abgeordneten Dr. Schädlcr.

Da die Geschäftsordnung des Reichstages keinen Weg bietet, diesen nur bei Kenntnis der Geschehnisse des Falles Krupp verständlichen Gewaltakt des Präsidenten, Herrn Grafen von Ballestrem, im Reichstage selbst zur Erörterung zu bringen, so wenden wir uns an die Öffentlichkeit. Wir überlassen dem deutschen Volke, über dieses durch den Präsidenten des Reichstages auf die Redefreiheit der Abgeordneten verübte Attentat das Urteil zu fällen.

Berlin, den 20. Januar 1903.

Im Namen und Auftrage der socialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages.

Der Fraktionsvorstand.

Webel. Meister. Pfannkuch. Singer.

Das Krupp-Gespenst.

Die Fortsetzung der Etatsdebatte am Dienstag gestaltete sich zu einem politischen Ereignis von größter Bedeutung durch die Unterdrückung der socialdemokratischen Antwort auf die Kaiserreden von Essen und Breslau.

Unser Parteigenosse v. Vollmar sprach als Beauftragter der socialdemokratischen Fraktion. Das Haus folgte seinen Ausführungen in stiller Aufmerksamkeit; erst als der Redner jene Kaiserreden von Essen und Breslau zu besprechen sich anschickte und der Präsident seine Besprechung gewaltfam hinderte, wandelte sich die ruhige Beratung in ungeheure Erregungen.

Nach der Erledigung der auswärtigen Politik und des Reichsfinanzwesens wandte sich der Redner zur Erörterung auf die Ausführungen des Reichskanzlers über das Schweigen der Entrüstungs-Telegramm des Kaisers, deren logische und staatsrechtliche Unhaltbarkeit erwiesen wurde. Vollmar betonte die verfassungsmäßig unzulässige Einmischung des Kaisers in die parlamentarischen Angelegenheiten der Bundesstaaten; er zerlegte die kaiserliche Ausflucht, als ob hier nur eine persönliche Äußerung des Monarchen vorliege, durch den Hinweis auf die ohne Wissen des Kanzlers und unter Fälschung des Ursprungsortes durch unbekannt Personen vorgenommene Veröffentlichung des Telegramms durch die der Depeschenaustausch über das Persönliche hinausgegangen und zu einem politischen Geschehnis geworden sei. Aber andererseits kennzeichnete der Redner auch die Beschwerde des Centrums durch die Erinnerung, daß das Centrum im Jahre 1895 die socialdemokratische Abfertigung, Protest gegen kaiserliche Eindringen in Reichstags-Angelegenheiten zu erheben, durchkreuzt und so selbst das persönliche Regiment gefährdet und ermüdet habe.

Nun gedachte der Redner die Reden von Essen und Breslau zu besprechen. Er erklärte, er wolle auf die kaiserlichen Reden zu sprechen kommen, die im Zusammenhange mit dem Fall Krupp gehalten wurden. Es geschah das Unerwartete und Unglaubliche, Präsident Graf Ballestrem unterbrach den Redner, sprach von „Verdächtigungen“ und „Verunglimpfungen“, die dem Wirklichen Geheimen Rat Krupp vor seinem Tode zu teil geworden seien, und erklärte: Alle Stundgebungen zu dieser Angelegenheit betreffen nur das private Gebiet und darum könne über dieselben im Reichstage nicht gesprochen werden!

Vollmar bedeutete dem Präsidenten sofort, daß er nicht beabsichtige, die private Angelegenheit des verstorbenen Krupp zu besprechen, daß aber die Kaiserreden politischen Charakter hätten und zudem im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht worden seien. Der Präsident unternahm nicht den unmöglichen Versuch, diese Feststellung irgendwie zu widerlegen, er beharrte diktatorisch dabei, daß die ganze Angelegenheit eine private sei und nicht erörtert werden dürfe. Diese ungeheuerliche Vergeßlichkeit der parlamentarischen Redefreiheit entsetzte die stürmische Entrüstung der socialdemokratischen Fraktion. Zudem dann Vollmar wiederholt das Recht der Besprechung der Kaiserreden mit klaren Gründen nachdrücklich vertrat und der Präsident andauernd ohne jede sachliche Auseinandersetzung durch brutalen Nachspruch jedes Eingehens auf die Kaiserreden, ja jede Auseinandersetzung über die Rechtswidrigkeit seines Vergeßlichkeitsversuchs verhinderte, steigerte sich die Erregung in den socialdemokratischen Reihen von Minute zu Minute und in heftigsten Anlageworten schleuderten unsere Abgeordneten ihre Verachtung dem rechtsbrecherischen Präsidenten ins Angesicht. Unter scharf gezielter Feststellung des verübten Unrechts mußte schließlich der Redner der Gewalt des persönlichen Reichstagsregiments weichen und auf die Erörterung der Kaiserreden verzichten. Er zeichnete dann weiter die völlige Verwirrung der verfassungsmäßig festgelegten Rechtsgrundzüge; er stellte fest, daß der Kaiser nur im Rahmen der Verfassung und unter Vermittlung des verantwortlichen Kanzlers sich politisch betätigen dürfe; er befragte den Reichskanzler, ob die Stundgebungen der Arbeiter, die der Zurechtweisung des Kaisers hinsichtlich der erprehten Huldigungsadressen entgegenstehen, auch wirklich an den Kaiser gelangt seien; er beläufigte in scheinender Schärfe das Vordringen des Kaisers, ganze Parteien und Millionen von Arbeitern angreifen zu dürfen, während die Angegriffenen durch den Majestätsbeleidigungs-Paragrafen an der ihnen nötig erscheinenden Antwort gehindert sind. Trotz der präsidialen Vergeßlichkeit und gerade durch sie erst recht zur höchsten politischen Bedeutsamkeit gehoben, wurde die Rede Vollmars die zermalnende Verurteilung der im Reiche waltenden Verfassungslösungen.

Der Reichskanzler war vor dem Schwicrigeren bewahrt, auch die Reden des Kaisers in Essen und Breslau als nur persönliche Stundgebungen aus seiner verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit auszuschalten. Er war bewahrt, nicht nur das Gebiet der Kruppgeheimnisse betreten zu müssen, sondern auch die politische Haupt- und Staatsaktion seines kaiserlichen Herrn gegen die „Socialdemokratie“ zu vertreten. Er begnügte sich, die große Frage der diesmaligen Etatsberatungen damit zu erledigen, daß er erklärte, in Deutschland gebe es keine cäsaristischen oder bonapartistischen Reigungen.

Die beherrschende Thatsache dieser denkwürdigen Reichstags-sitzung bleibt die Unterdrückung der Ansprache über die Kaiserreden, die gehalten worden sind im engsten Anschluß an die Tragödie des Kononenkönigs von Essen.

Die Krupp-Angelegenheit und die daraus hervorgegangenen Kaiserreden haben durch Monate die ganze deutsche Öffentlichkeit in ungeheure Erregung versetzt. Die gesamte bürgerliche Presse hatte den „Vorwärts“ mit den schimpflichsten Schmähungen überschüttet und der Kaiser hat Reden gehalten, durch welche die Veröffentlichung der Krupp-Angelegenheit gebrauchmarkt werden sollten, durch welche die Arbeiter angefordert wurden, von der Socialdemokratie sich in Verachtung abzuwenden.

Es ist nötig, die wichtigsten Stellen dieser Reden hier zu wiederholen. Am 20. November sagte Wilhelm II. in Essen: „Eine That ist in deutschen Landen geschehen, so niederträchtig und gemein, daß sie aller Herzen erbeben gemacht und jedem deutschen Patrioten die Schamröte auf die Wangen treiben mußte über die in unserm ganzen Volke angethane Schmach. Einem kaiserlichen Manne, der nicht nur für andre gelebt, der stets nur das Wohl des Vaterlandes, vor allem aber das seiner Arbeiter im Auge gehabt hat, hat man an seine Ehre gegriffen, diese That mit ihren Folgen ist weiter nichts als Mord... Wer war es, der diese Schandthat an unserm Freunde beging? Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind, hervorgegangen aus eben der Klasse der deutschen Arbeiterbevölkerung.“

(Zu den Vertretern der Arbeiter gewendet.)
Männer, die Führer der deutschen Arbeiter sein wollen, haben Euch Euren teuren Herrn geraubt. An Euch ist es, die Ehre Eures Herrn zu schützen und zu wahren und sein Andenken vor Verunglimpfungen zu schützen. Ich vertraue darauf, daß Ihr die rechten Wege findet werdet, der deutschen Arbeiterkraft fähig und klar zu machen, daß weiterhin eine Gemeinschaft oder Beziehungen zu den Urhebern dieser schändlichen That für brade und

eheliebende deutsche Arbeiter, deren Ehrenschild besetzt worden ist, ausgeschlossen sind. Wer nicht das Tischstuch zwischen sich und diesen Leuten zerfächelt, legt moralisch gewissermaßen die Mitschuld auf sein Haupt.“

Am 6. Dezember sagte Wilhelm II. in Breslau: „Durch die herrliche Votivtafel des großen Kaisers Wilhelm I. eingeleitet, ist von mir die sociale Gesetzgebung weitergeführt, durch die für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung geschaffen worden bis ins Alter hinein unter Auferlegung von oft bedeutenden Opfern für die Arbeitgeber. Und unser Deutschland ist das einzige Land, in welchem diese Gesetzgebung bereits in hohem Maße zum Wohle der arbeitenden Klassen fortentwickelt ist. Auf Grund dieser von Euren Königen Euch zu gewendeten großen Fürsorge bin ich berechtigt, auch ein Wort aufklärender Mahnung an Euch zu richten.“

Zahrelang habt Ihr und Eure deutschen Brüder Euch durch die Agitatoren der Socialisten in dem Wahne erhalten lassen, daß, wenn Ihr nicht dieser Partei angehörtet oder Euch zu ihr bekenntet, Ihr für nicht geachtet und nicht in der Lage sein würdet, Euren berechtigten Interessen Gehör zu verschaffen zur Verbesserung Eurer Lage. Das ist eine große Lüge und ein schwerer Irrtum.

Statt Euch objektiv zu vertreten, haben diese Agitatoren Euch aufzuheben versucht gegen Eure Arbeitgeber, die andern Stände, gegen Thron und Altar, und Euch zugleich auf das rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisiert und getönet, um Ihre Macht zu stärken. Und wozu wurde diese Macht gebraucht? Nicht zur Förderung Eures Wohles, sondern um Haß zu säen zwischen den Klassen und zur Ausbreitung feiger Verleumdungen, denen nichts heilig geblieben, und die sich schließlich an Hehrsten vergreifen, was wir hienieden besitzen, an der deutschen Mannesehre! Mit solchen Menschen könnt und dürft Ihr als ehrliche Männer nichts mehr zu thun haben und nicht mehr von ihnen Euch leiten lassen.

Rein!
Sendet uns Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte, den einfachsten schlichten Mann aus der Werkstatte, der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung; der sich ein für Eure Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn willkommen heißen als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterstandes, nicht als Socialdemokraten. Mit solchen Vertretern des Arbeiterstandes, so viele ihrer sein mögen, werden wir gern zusammenarbeiten für des Volkes und des Landes Wohl, und wird so für Eure Zukunft gut gesorgt sein, zumal da sie natürlich fest stehen werden auf der Königstreu, auf der Achtung vor dem Geetze und dem Staate und vor der Ehre ihrer Mitbürger und Brüder, getreu dem Schriftwort: „Fürchtet Gott, habt die Brüder lieb, ehret den König.“

Diese politischen Stundgebungen erregten das ganze Reich, die ganze deutsche Bevölkerung. Es waren die schwersten Anklagen, die je gegen die Socialdemokratie erhoben worden waren. Es waren Anklagen, durch welche auf die deutschen Parteiverhältnisse eine entscheidende Einwirkung geübt werden sollte.

Und jetzt dürfen diese Reden im Reichstage in seinem Worte erwähnt werden!

Der Reichstags-Präsident erklärt, diese Reden betreffen keine öffentliche Angelegenheit und entziehen sich deshalb der Besprechung im Reichstage.

Der Präsident des Reichstages ist sich bewußt, daß im ganzen Reiche niemand seine Begründung als berechtigt anerkennen wird.

Der Präsident handelt gegen alle offensichtlichen Thatsachen, gegen allen Verstand.

Der Präsident handelt gegen alle feierlichen Erklärungen, die er selbst früher über die Verhandlung der Kaiserreden gegeben.

Warum erdichtet der Präsident die eigene Ueberzeugung? Warum unterdrückt er die Stimme des eignen Gewissens? Warum verleht er die eignen Versprechungen? Warum begeht er die ungeheuerlichste Vergeßlichkeit der Redefreiheit des Parlaments?

Warum? Diese Frage erhebt sich und sie wird allüberall in der deutschen Bevölkerung erhoben werden, und immer dringlicher wird sie um sich greifen.

Es soll in der Volksvertretung das offene Wort über die Krupp-Angelegenheit und die Kaiserreden von Essen und Breslau vergerichtet werden. Im geheimen werden die Gerüchte gehen und im geheimen wird das Volk Antwort suchen auf die unabwendbar sich aufzwingende, unerlässliche Frage: Warum das Opfer des Intellekts, warum der Rechtsbruch der Wortvergeßlichkeit? Welche Geheimnisse bergen sich hinter der Krupp-Tragödie, daß jedes öffentliche Wort darüber erstickt werden muß?!

Graf Ballestrem und die Kaiserreden.

Das vom Grafen Ballestrem geübte Verbot, die Kaiserreden von Essen und Breslau im Reichstage zu besprechen, erhält erst seine vollständige Kennzeichnung durch die Erinnerung an die Erklärungen, die Graf Ballestrem selbst bei früheren Anlässen über die Behandlung von Kaiserreden im Reichstage gegeben hat.

Dr. Wiemer wies in der Sitzung vom 21. Januar 1899 auf die Deyhaufer Rede des Kaisers hin, welche eine Sachthausvorlage ankündigte. Darauf Präsident v. Ballestrem:

„Ich werde keinen Redner hindern, Reden Seiner Majestät des Kaisers oder eines der höchsten und hohen Bundesfürsten hier bei den Erörterungen zu erwähnen; jedoch, meine Herren, setzt dieses voraus, daß die Reden dieser höchsten und hohen Personen dem Reichstage authentisch bekannt geworden sind. Unter „authentisch“ verstehe ich, entweder, daß sie uns auf geschäftsordnungsmäßigem Wege zugehen, wie zum Beispiel die Thronrede oder andre ähnliche Stundgebungen

des Kaisers ähnlicher Art, oder daß sie im „Reichs- und Staats-Anzeiger“ ihrem Wortlaut nach veröffentlicht sind. Ich glaube, die Ehrlichkeit, die wir Sr. Majestät dem Kaiser und den hohen Bundesfürsten schulden, aber ebenso auch die Würde des Reichstages erfordert es, daß der Reichstag von Reden, welche nur durch Zeitungsnachrichten oder sonstige nicht authentische Rundgebungen in die Öffentlichkeit gelangt sind, keine Notiz nimmt, und ich bitte die Herren Redner, sich danach zu halten.“

Sitzung vom 21. Juni 1890:

Abg. Rösike (Dessau): Meine Herren, der Kaiser hat damals (in Viefelsfeld) diese Worte gesagt unter dem Eindruck dessen, was er gehört hatte und was ihm mitgeteilt war.

Präsident: Ich bitte den Herrn Redner, Äußerungen des Monarchen, die uns nicht beglaubigt zugegangen sind, nicht in den Bereich seiner Ausführungen zu ziehen. Ich habe das schon früher gesagt.

Abg. Rösike (Dessau): Ich darf den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß, wie mir erinnerlich ist, er seiner Zeit nur die Meinung vertreten hat, daß Äußerungen Sr. Maj. des Kaisers, die nicht in einem amtlichen Organ publiziert worden sind, hier nicht zur Sprache gebracht werden dürfen. Diese Rede, von der ich spreche, hat im „Staats-Anzeiger“ gestanden und ist in den „Königl. Preussischen Staats- und Deutschen Reichs-Anzeiger“ sogar erst aufgenommen worden, nachdem eine Verichtigung des „Wolffschen Telegraphen-Bureaus“ stattgefunden hatte.

Präsident: Dann ist dies etwas anderes. Dann können Sie sie in angemessener Weise erwähnen.“

Abg. Lieber erörtert bei der Etatsdebatte am 12. Dezember 1889 die Rede des Kaisers am 18. Oktober 1889 im Prunksaale des Hamburger Rathhauses.

Reichskanzler Hofenlohe legte Verwahrung ein gegen die geübte Kritik an der Rede des Kaisers.

Präsident v. Kallstrem: „Meine Herren, ich habe schon früher erklärt, daß bezügl. Reden Sr. Majestät, welche in authentischer Form, also im „Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger“ veröffentlicht werden, eine passende Verwahrung in den Äußerungen der Reichstags-Mitglieder nicht verwehrt werden kann. Ich würde der hohen Bedeutung, welche der deutsche Kaiser im politischen Leben einnimmt, glauben nahe zu treten, wenn ich den bedeutsamen Äußerungen, die derselbe thut, nachdem sie in authentischer Form bekannt geworden sind, eine so geringe Wichtigkeit beimessen würde, daß ich sie hier nicht erwähnen ließ. (Sehr richtig.)“

Rotürlich muß dies in passender Form geschehen, und ich kann nur erklären, daß der Herr Vorredner diese Form nach meiner Ansicht beobachtet hat. (Sehr richtig.)“

Das wollte ich den Worten des Herrn Reichskanzlers gegenüber sagen.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Januar.

Reichstag.

Ueber die Unterdrückung der Kritik von den Konservativen haben wir im Leitartikel gesprochen und geben nachstehend nur den Verlauf der übrigen Debatte:

Zunächst besprach Vollmar die auswärtige Politik des Reiches, welche von den vorhergehenden Rednern kaum gestreift war. In scharf gespitzter Kritik wandte er sich gegen den Mangel an festen Richtpunkten, der auch in den auswärtigen Angelegenheiten vorwalte, gegen die Politik der plötzlichen Improvisationen, die durch Aufdringlichkeiten zu Erfolglosigkeit führen. Er warf einen Mißstand auf die Treulosigkeiten im Voerenkrieg, auf die Abenteuerpolitik von China, auf die Verfehlungen im Venezuela-Konflikt. Zudem er weiter auf das Wachsen der antimilitärischen Stimmungen in Frankreich hinwies, forderte er die Förderung der wahrhaft friedlichen Tendenzen durch Umwandlung des aggressiven stehenden Heeres in eine Volkwehr der Verteidigung.

Weiter übte Vollmar eindringliche Kritik der Reichs-Finanzwirtschaft. Im Gegensatz zum Centrumsredner des vorigen Tages verzichtete er auf die Behandlung von Einzelheiten, deren Besserung doch nichts Wesentliches ändern könnte und richtete seinen Angriff gegen den unstrukturellen Charakter dieses Schulden-Etats und gegen die durch eine verfehlte Finanzpolitik seit langen Jahren vorbereitete Bewahrlosung der Reichsfinanzen. Er wies hierbei insbesondere die Nichtberechtigung des Centrums und anderer bürgerlicher Parteien nach, jetzt Klagelieder über den Tiefstand der Finanzen anzustimmen, da gerade der Bewilligungseifer dieser Parteien das jetzige Elend verursacht hat. Auch die jetzt bekannten guten Vorläufe der Sparsamkeit seien gänzlich hinfällig. Es gebe nur einen Ausweg: Beseitigung der ständalösen Schonung der Reichen und Uebergang zur direkten Besteuerung im Reiche!

Hierauf ereigneten sich die „erregten Szenen um die Krupp-Angelegenheit.“

Die Ausführungen der folgenden Redner, der Abgeordneten Hilpert, Sattler, Dabach, gingen, abgesehen von ihrer sonstigen geringwertigkeit, in der Erregung, die aus den Sturmszenen des unterdrückten Krupp-Standals nachzitterte, völlig verloren. Aber auch Graf Wilow mußte gegen die Schläge Vollmars eine Abwehr versuchen. Er versuchte der Verfassungsfrage zu entweichen, indem er in erheiternder Sprunghaftigkeit auf Anschauungen, die der socialdemokratische Redner überhaupt nicht geäußert hatte, überging. Er erging sich in selbstamen Lobpreisungen der sozialen Großthaten der deutschen Monarchie und ließ sich in dieser Verherrlichung auch durch die Jurisprudenzurteilungen an das Zuchthausgesetz nicht beirren. Er bewies seine geistige Größe durch die überraschend neue Bemerkung, daß die Socialdemokratie gegen die Verfassungsorgane gestimmt habe. Eine interessante Nebenepisode ergab sich, als Graf Wilow aus Vorkämpferrollen mitteilte, daß der französische Socialist Millerand als Minister in einer privaten Unterredung seine Verwunderung vor der deutschen Verfassungsorgane ausgesprochen habe und daß der Kaiser zu der Bemerkung Millerands, daß die Bourgeoisie die sociale Verthätigung zurückweise, in Uebereinstimmung mit einem socialdemokratischen Ruf die Worte an den Rand des Atensfüßes gesetzt habe: „Ganz wie bei uns! Vielleicht wird also der Kaiser demnächst in weithin schallender Rede gegen die nichtswürdige Bourgeoisie Deutschlands schelten, die den Arbeitern die Erfüllung der elementarsten sozialen Pflichten verweigert.“

Graf Wilow sprach weiter über die auswärtige Politik, ohne auch hier die Angriffe des socialdemokratischen Redners irgendwie abzuschwächen. Er bewegte sich durchaus in den ihm geläufigen Allgemeynwendungen.

Nur in einer Hinsicht brachte Graf Wilow dem Reichstage eine Reuezeit, die besonders auf die Konservativen verblüffend wirkte. Es soll endlich und noch zu den nächsten Wahlen das alte Verlangen verwirklicht werden, daß zur Sicherung des Wahlsheimnisses amtliche Wahlcoverts und Einlegung der Stimmzettel in besonderen geschlossenen Räumen eingeführt wird.

Preussensend.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat die erste Lesung des Etats in einem Anflug von Selbsterkennnis bereits am Dienstag beendet. Die Mitglieder hatten offenbar das Gefühl, daß es Zeit sei, dem kraftlosen müßigen Geschwätz ein Ende zu machen.

Als erster Redner kam der Pole v. Jazdzewski zu Worte, der milde in der Form, aber scharf in der Sache die Polenpolitik der Regierung einer Kritik unterzog und insbesondere die verfassungswidrige Haubhabung des Vereins- und Versammlungsbrechts den Polen gegenüber zur Sprache brachte. Die Erwiderung der Herren Freiherr von Rheinbaben und Freiherr von Hammerstein zeigten, wie leicht es ist, in Preußen Minister zu spielen. Der Finanzminister sagte lediglich das nach, was Graf Wilow schon so und so vielmal gepredigt hat, und er bemühte sich auch, in der äufseren Form seinen hohen Chef so nachzuahmen, daß man, wenn man nicht ganz genau hinsah, glauben konnte, Graf Wilow spräche in höchst eigener Person. Dem Fall Löhring, den der Abg. v. Jazdzewski erwähnt hatte, widmete er kaum eine Minute, und er verstand es, in dieser Zeit so viel Unrichtigkeiten zu sagen, wie ein anderer kaum in einer ganzen Sitzung. Mit dreifacher Stirn behauptete der Minister, der Fall Löhring habe mit dem Kastengeist nichts zu thun, nicht seine Verlobung mit der Tochter eines Feldwebels, sondern sein politisches Verhalten habe seine Entlassung veranlaßt. Die Rede des Ministers des Innern war noch nichtsagender als die seines Kollegen. Er teilte dem Hause mit, daß die Minister über den Parteien stehen. Als aber später ein Redner aus dem Hause diese Worte aufgriff und an die Regierung das Verlangen stellte, daß sie auch bei den Wahlen nicht mehr für die konservativen Partei ergreifen dürfe, da hüllte sich Herr v. Hammerstein in Schweigen.

Von den Rednern aus dem Hause polemisierte besonders Abg. v. Staudy (L.) gegen die Polen. Abg. v. Ehnern (natl.) beschäftigte sich hauptsächlich mit der Kanalvorlage und übte eine heftige Kritik an der Thronrede, die die Legislaturperiode eine arbeitsreiche bezeichnet, während thatsächlich nichts geschehen ist. Groß angelegt war die Etatsrede des Abgeordneten Gothein (str. Vg.), der sich gegen das in Preußen herrschende System wandte, Schulden zu tilgen und gleichzeitig neue Schulden zu kontrahieren und die ganze wirtschaftliche und politische Lage einer Betrachtung unterzog. Die Herren von der Rechten, denen er bittere Wahrheiten sagte, suchten ihn durch das übliche, an Indignationserinnernde Geschrei aus dem Konzept zu bringen. Aber ohne Erfolg. Nach ihm kamen noch die Abgeordneten Friedberg (natl.) und Kirsch (C.) zu Worte. Ersterer verlangte unter anderm eine Aenderung der Wahlkreiseinteilung und des Wahlreglements, letzterer glaubte versichern zu müssen, daß das Centrum in der Socialpolitik und in der Bekämpfung der Socialdemokratie auf Seiten der Regierung stehe. Den Polen wurde das Wort zur Erwiderung abgeschnitten.

In persönlichen Bemerkungen setzten sich dann noch die Abgg. Freiherr v. Jedlich und Gothein über die angebliche Obstruktion der Socialdemokraten im Reichstag und ihre Unterstützung durch die freisinnige Vereinigung auseinander.

Die Etatsdebatte, die mit Uebertreibung des Etats an die Budgetkommission endete, hat den klaren Beweis geliefert, daß in Preußen alles stagniert. Es wird nicht einmal mehr fortgewürfelt; es ist die absolute Schlafmuth.

Am Mittwoch ruhen sich die Herren von der Aufregung der letzten Tage aus. Am Donnerstag steht die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Vorbereitung zum Verwaltungsdienst auf der Tagesordnung.

Eine Erklärung Löhrings.

Im preussischen Abgeordnetenhaus fand der Finanzminister Rheinbaben den wunderbaren Akt, über den Fall Löhring mit ein paar den Thatsachen stracks widersprechenden Sätzen hinwegzugehen. Gleichzeitig veröffentlicht nun Herr Löhring selbst eine Erklärung, welche die offiziellen Äußerungen eines Organs zurückweist. Es heißt da:

Der Artikel der „N. P. R.“ sagt: „In der Verlobung und in der Wahl der Frau, der Tochter eines Regierungsdirektors und früheren Feldwebels, hätte nichts Auffallendes und zu Beanstandendes gefunden werden können, wenn nicht Geheimrat Löhring seine von Hause aus nur private Angelegenheit zu einer öffentlichen und politischen Frage gemacht hätte.“ Und wodurch? Durch die Unterlassung der Anzeige an seine vorgesetzte Behörde, welche ein Erfordernis des Tactes gewesen sein soll, sowie durch die Veröffentlichung der Verlobung in den Zeitungen, die ihr den Charakter eines außergewöhnlichen Falles beilegen, endlich durch seine Äußerungen seinen Beamten gegenüber bei Gelegenheit der Darbringung ihrer Glückwünsche. Kann es etwas Väterlicheres geben als diese Begründung? Ich soll meine Verlobung zu einer politischen Frage gemacht haben? Was enthält denn meine Exposé? Nur Äußerungen von den 6. Offizieren über die Feldwebeltochter. Nur meinen Hinweis auf die Privatmeinung des höchsten Provinzialbeamten. Hat nicht der Beauftragte des Ministers, Geheimrat Enke, erklärt, der Minister sei über die Verlobung, die kaum acht Tage zurücklag, erzärt, und verlange deshalb die Pensionierung? Hat nicht Herr Enke, wie ich hier noch anführe, auch ausführliche Angaben über die Unmöglichkeit einer solchen Heirat gemacht und auf ähnliche Fälle bei Regierungspräsidenten hingewiesen? Waren Herrn von Witters Äußerungen nicht nach Rücksprache mit dem Ministerialkommissar und in seiner Eigenschaft als beaufsichtigender Vertreter der Staatsregierung erfolgt? Hat nicht der Oberpräsident den kommandirenden General nach seiner Meinung gefragt, und hat nicht auch dieser erklärt, eine solche Heirat sei unmöglich? ...

Der Artikel wiederholt dann die Behauptung der „Nordd. Allg. Ztg.“, einzig und allein sei meine Stellung zur Polenpolitik entscheidend für die Centralinstanz gewesen. Ich sei nicht nur Gegner der offiziellen Polenpolitik gewesen, sondern dagegen auch öffentlich ablehnend aufgetreten.

Demgegenüber habe ich zu erklären: Der Artikel, der doch angeblich eine objektive Darstellung der Sache sein soll, führt keine Thatsache an, keine einzige Thatsache, die zur Unterstützung dieser Behauptung dienen kann. Denn, wo bei welcher Gelegenheit bin ich öffentlich als Gegner der Polenpolitik aufgetreten? Etwa in der Frankfurter Wahlangelegenheit? Etwa durch Beeinflussung der Provinzialsteuerdirektions-Mitglieder? Etwa durch meine Unterredung mit v. Miquel, welche im Hause des Oberbürgermeisters Witting in Posen stattfand, und bei der ich auf die Notwendigkeit einer Anstehelungspolitik im großen, die Besserstellung der Unter- und Subalternbeamten usw. hinwies? Etwa auf mein Vermögen, ohne Bureaufratiosum dem wirtschaftlichen Leben der einzelnen Verhältnisse, die mit meiner Verwaltung in Berührung treten, nahe zu kommen?

Was heißt die Phrase: „Durch die Verlobungsangelegenheit sei die Stellungnahme der Regierung zu der Haltung Löhrings in der Polenfrage nur mittelbar veranlaßt worden?“ Wie kommt es, daß meine Stellungnahme zur Polenpolitik meine Pensionierung erforderte gerade acht Tage nach meiner Verlobung, da doch diese Stellungnahme längst bekannt war, ja dem Ministerial-

Kommissar Enke in meinem Schreiben zur Begründung meines abgelehnten Verlangens mitgeteilt war? Warum hat denn die Regierung nicht damals zu meiner Haltung Stellung genommen? ...

Ja! die Verwertung solcher Vorgänge durch das öffentliche Gewissen Schuld des Verdrängten und Verletzten? ... Im übrigen bin ich in unerhörter Weise zur Einreichung meines Pensionierungsverlangens gezwungen worden.“

Diese Erklärung straft die ministerielle Auslassung im Landtag geradezu Lügen. Und der Minister Rheinbaben hätte die Pflicht, die Angelegenheit durch einen gegen Löhring anzustellenden Prozeß zur gerichtlichen Klarstellung zu bringen. —

Der verurteilte Polizeikom.

Wegen Verleumdung des Galatismus ist am Dienstag der Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, Prof. Delbrück, von der 147. Abteilung des Berliner Schöffengerichts zu 800 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Galatismus repräsentierte sich bei der Verhandlung in Gestalt einiger Herren mit Eseln und eleganten Pelzen, die Herren Major v. Liedemann, Excellenz v. Pafschau, Landes-Deponierat v. Kennemann und Justizrat Wagner. Diese Herren sind Leiter des Ostmarkenvereins, der sich die Vertretung des polenfeindlichen Kurzes zur Aufgabe gemacht hat und sich der Anerkennung maßgebender Kreise erfreut. Der Justizrat Wagner konnte sich im Laufe der Verhandlung sogar darauf berufen, daß nicht bloß der Reichskanzler auf dem Standpunkte des Ostmarkenvereins stehe, sondern auch der Kaiser dem Verein in einer Depesche seinen Dank für die treue Mitarbeit am patriotischen Werke“ ausgesprochen habe.

Professor Delbrück hat nun in seinem Artikel behauptet, daß der Galatismus moralische Fäulnis um sich verbreite und ein Spionage- und Denunziantensystem großgezogen habe. Der Fall Löhring habe das bewiesen.

Vergebens bemühte sich der Verteidiger des Angeklagten darzutun, daß sein Klient nur das Princip des Galatismus angegriffen, nicht aber einzelne seiner Vertreter beleidigt habe. Von diesem Standpunkte aus beschränkt er die Alibi-Immunität der Kläger. Im Gegensaße zu seinen Ausführungen erkannte das Gericht, daß die Herren Liedemann und Konforten thatsächlich durch Professor Delbrücks Ausführungen persönlich beleidigt worden seien.

Der Galatismus ist nun aber eine politische Richtung, wie der Freisinn, das Centrum, der Konservatismus oder die Socialdemokratie. Die Kritik, die diese Richtungen an einander üben, ist bisher nicht als Verleumdung von Privatpersonen aufgefaßt worden, obwohl sie Delbrücks Artikel an Galatismus nicht selten an Schärfe übertraf. Als Folgen der „Verhetzung“, die seinerzeit das Centrum betrieben haben und die jetzt noch die Socialdemokratie angeblich betreiben soll, sind mitunter noch viel schlimmere Dinge genannt worden als ein „Spionage- und Denunziantensystem“. Welche maßlosen, albernen und unbegründeten Beschimpfungen richtet die konservative, die Scharfmacherpresse täglich gegen die socialdemokratische Partei! Sollte man jedes Wort, das gegen die Sache und die Richtung gesprochen wird, auf einzelne Personen beziehen, und würden alle diese Personen den Schutz des Gerichts anrufen, so gäbe es in Deutschland niemals Richter genug, um alle Verleumdiger zu verurteilen. Und würde diese Praxis, wie als selbstverständlich vorausgesetzt werden muß, zum Schutze aller Parteirichtungen — auch solcher, die sich im Gerichtssaale nicht auf die Huld des Kaisers berufen können — angewendet werden, so würde jede parteipolitische Kritik an andern Parteien unterbunden sein.

Daß in Deutschland und insbesondere im Kampfe gegen die Polen viel spioniert und denunziert wird, dafür ist Herr Löhring keineswegs der alleinige Mithing. Aber noch mehr! In jedem Polizeistaate ist das Spionieren und Denunzieren ein staatsverhaltendes und wenn nicht anständiges, so doch anständig bezahltes Gewerbe. Wenn sich Herr Justizrat Wagner zustimmend auf das Vollurteil beruft, daß den Denunzianten als den größten Schuft im ganzen Land bezeichnet, und wenn sich das Gericht dieser gestunden Auffassung durch ein Urteil anschließt, so sind andre Leute damit viel härter verurteilt als der Professor Delbrück. Dieses Urteil zeigt wider das ganze System, das der Spizel und Denunzianten nicht entbehren kann.

Der „Panther“ im Zaum.

Die wundersame Weisheit der deutschen Regierung, auf deren Friedensliebe Herr v. Wilow heute im Reichstage erst einen Hummus aufstimmte, hat es glücklich fertig gebracht, trotz der Zurückhaltung Venezuelas endlich einen blutigen Zusammenstoß zu provozieren. Und das fast in dem Augenblick, wo der amerikanische Gesandte in Venezuela, Bowen, den Boden der Vereinigten Staaten betrat, um die Ausgleichsverhandlungen einzuleiten! Dem „Panther“ mochte vielleicht sein famoser Sieg über das ahnungslos überumpelte Haitianische Kriegsschiff „Arle à Pierrot“, der ihm das Telegramm „Gravo, gut gemacht, Panther“ eintrug, übermäßig gemacht haben. Wahrscheinlicher ist es freilich, daß ein Berliner Telegramm ihm den Auftrag erteilte, den ruhmlosen „Zeldzug“ unmittelbar vor dem theatralischen Abschluß zu bringen. So kam es denn zu dem Bombardement des Forts von Maracaibo, das allerdings, ganz programmwidrig, mit dem Rückzuge und, wenn die vorliegenden Nachrichten richtig sind, der Außergerathenung des grimmigen „Panther“ selbst endete. Das „Neuerliche Bureau“ berichtet nämlich aus Caracas:

Nach Verichten aus Caracas haben bei dem Kampfe zwischen dem deutschen Kanonenboote „Panther“ und dem Fort San Carlo bei Maracaibo mehrere Explosionen an Bord des „Panther“ stattgefunden, wobei zwei Personen getötet sein sollen. General Vello, der das Kommando auf Fort San Carlo führte, ist der Held des Tages in Venezuela, da der Ausgang des Bombardements als großer Sieg betrachtet wird. Der General erklärte, das deutsche Feuer sei fast wirkungslos gewesen, während der „Panther“ demart beschädigt worden sei, daß er den Kampf nicht fortsetzen konnte. Der „Panther“ ist anscheinend nach Curacao gegangen. Die Bevölkerung in Caracas veranfaßte infolge dieser Affaire Unruhe. Niemand versteht, aus welchem Grunde die Deutschen vorgingen.

General Vello selbst sandte an Castro folgenden Bericht: „Am Sonntag kurz vor mittag wurde bemerkt, daß ein Kanonenboot mit voller Fahrt den Kanal hinaufkam. Als es auf Schußweite herangekommen war, eröffnete es Feuer mit allen seinen Geschützen. Wir erwiderten sofort mit Erfolg. Man hörte darauf zwei Explosionen auf dem „Panther“, der offenbar beschädigt worden war. Nach einständiger Kanonade zog er sich langsam zurück, offenbar in kampfunfähigen Zustande. Das Fort wurde nicht ernstlich beschädigt.“ Eine offizielle deutsche Nachricht über das unverständliche Gescheh liegt natürlich auch diesmal noch nicht vor. Da indes die aus venezolanischer Quelle stammende Nachricht durch private Mitteilungen bestätigt wird, ist kaum daran zu zweifeln, daß der „Panther“ sich thatsächlich einen derartigen blutigen Denzettel geholt hat.

Nach der anscheinend offiziellen Mitteilung eines Blattes in unmittelbarem der große Kreuzer „Vineta“ nach Maracaibo ab-

gedampt, augenscheinlich, um die Scharte anzuzwecken und Revanche zu nehmen. Das Blatt, das diese Mitteilung bringt, bemerkt dazu, daß die Herren Venezolaner, die den Ausgang dieses mißglückten Bombardementsversuchs in lächerlicher Weise zu über-treiben schienen, erst durch einen „kleinen Denkzettel wieder zur Vernunft gebracht“ werden müßten.

Diese Auffassung würde denn doch von einer beispiellosen Frißbilidität zeugen. Denn bevor man weitere Bombardements unternähme, sollte man doch erst einmal feststellen, wen denn die Verantwortung für das vollständig überflüssige überflüssige Blutvergießen trifft. Nach allen bis jetzt vorliegenden Meldungen trifft diese Schuld Deutschland, das in absolut unmotivierter Weise das Fort von Maracaibo angegriffen hat. Und nicht nur dieser Angriff, auch schon der Versuch des Eindringens des „Panther“ in die Lagune von Maracaibo war vollständig unmotiviert. Denn dieses Eindringen hatte mit der Blockade absolut nichts zu thun. Die über die Lagune transportierten Waren, mochten sie nun über die columbische Grenze eingeführt worden sein oder nicht, befanden sich bereits innerhalb des venezolanischen Gebiets und waren dadurch also dem Wirkungsbereich der Blockade entzogen. Deutschland hat sich freilich in seinem ganzen Vorgehen gegen Venezuela durch völkerrecht-liche Grundsätze in seinem ziel- und nutzlosen Vorgehen so wenig irreitieren lassen, daß uns dieser neueste Gewaltakt nicht mehr überraschen kann.

Desto unangenehmer scheint freilich dadurch das Ausland, speziell Amerika, überrascht worden zu sein. Selbst dem „Tag“ wird aus Washington telegraphiert:

„Das Vorgehen des „Panther“ hat in Washington verstimmt, weil man keine Erklärung dafür findet. Die Presse bezweifelt die Aufrichtigkeit der deutschen Friedensversicherungen, weil dieser neue Gewaltakt begangen sei unmittelbar vor Beginn der Unter-handlungen in Washington. Die Regierungskreise verhalten sich reserviert, man erwartet zunächst eine Erklärung für die Beschließung des Maracaibo-Forts. Die ganze Stimmung ist wieder nervös geworden.“

In der That, nicht nur in Amerika, in der ganzen Welt muß Deutschlands Vorgehen gerechtes Versehen erregen. Deshalb ist es allerhöchste Zeit, daß die deutsche Regierung sich endlich dazu versteht, das Völkerrecht in seinen allerelementarsten Grundzügen zu respektieren.

Nachdem man so lange mit dem Feuer gespielt, ist endlich Blut geflossen. Aber dies Blut sänkt nicht das geschwundene Unrecht, geschweige, daß es das Recht verleihe, zu dem alten Unrecht neues zu fügen. Für dies Blut Redenschaft zu heischen, hat das deutsche Volk allerdings alle Ursache — aber nicht Venezuela gegenüber!

Nach einem Telegramm aus Maracaibo erklärte der Kom-mandeur der Festung San Carlos, er sei vom „Panther“ ohne Provokation und sofort ohne vorherige Notifi-zierung und ohne Ultimatum angegriffen worden; drei seiner Leute seien verwundet. Das Fort feuerte aus vier Ge-schützen.

Die von Castro erhobene Anleihe in der Höhe von 2500000 Voltavres ist von ausländischen und vene-zolanischen Kaufleuten vollständig gezeichnet worden; man sieht hierin einen Beweis, daß der von Ramos ge-führte Aufstand als verloren gilt.

Deutsches Reich.

Die 60 Mark Spitzelgelber

haben wir nunmehr, da der Spender weder Einspruch erhoben noch die Summe abgeholt, der sozialdemokratischen Parteiklasse zu Händen des Kassierers A. Gerisch abgefand. —

Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages.

In der gestrigen Sitzung der Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages verlas der stellvertretende Vorsitzende Abg. Roeren den Brief, mit welchem Abg. Singer das Amt des Vorsitzenden niedergelegt hat.

Zum Vorsitzenden wurde Abg. Roeren (C.), zum Stellvertreter Abg. v. Normann (L.) gewählt.

Abg. Dr. Sattler (natl.) bemerkte, daß der Vorsitz in der Ge-schäftsordnungs-Kommission durch den Seniorenkonvent bestimmt werde, und daß durch die jetzige Veränderung kein Präjudiz für künftige Fälle geschaffen werden könne; unter dieser Voraussetzung stimme er für den Abg. Roeren. Abg. Hofmann (natl.), dem sich später die Abgg. Dr. Sattler, Gröber (C.) und v. Normann (L.) an-schlossen, protestierten gegen die Begründung mit der Abg. Singer den Vorsitz niedergelegt hat.

Die Ersuchen um Genehmigung zur Einleitung eines Straf-verfahrens gegen den Abg. Edart wegen Privatbeleidigung, und der Ladung der Abgg. Stöcker und Lutzauer zur Zeugenvernehmung in Königsberg i. Pr. in einem Privatbeleidigungs-Prozess, wurden abgelehnt.

Der Hauptgegenstand der Tagesordnung betraf die Erörterung der vom Plenum der Kommission überwiesenen Frage der Zulässig-keit eines Antrags auf einfache Tagesordnung über einen Antrag auf Vertagung oder auf Schluß der Diskussion.

Der Referent Abg. Zehnter verneinte die Zulässigkeit eines solchen Antrags aus formellen und sachlichen Gründen. Wollte man über einen Schlusantrag zur einfachen Tagesordnung übergehen, so sei dies zwecklos und überflüssig, weil durch Ablehnung des Schlus-antrags dasselbe erreicht werde. Er beantragt, der Reichstag wolle erklären, daß Anträge auf einfache Tagesordnung zu Anträgen auf Vertagung oder auf Schluß der Dis-kussion unzulässig sind.

Abg. Träger stimmt dem Referenten bei; Abg. Singer ebenfalls und spricht zugleich die Erwartung aus, daß der Reichstag wieder zu der bewährten und sinngemäßen Auslegung der Geschäftsordnung in Bezug auf die Anträge auf einfache Tagesordnung zurückkehren werde. Die Konsequenz der jetzt beliebten Auslegung der Geschäftsordnung sei die Zulässigkeit solcher Anträge, sowohl nach Schluß der Diskussion als auch über Anträge auf Vertagung und auf Schluß der Dis-kussion. Vernünftig sei jedoch diese Auslegung nicht, da die Ver-gründung von Abänderungsanträgen durch Schluß der Diskussion verhindert werden und dieselben dann zur Uebergang der Tages-ordnung ohne Diskussion beseitigt werden können, wodurch das Recht, Abänderungsanträge zu stellen und zu vertreten, illusorisch gemacht werde.

Abg. Hofmann stimmt den Vorrednern sachlich bei, glaubt jedoch, daß nach der Fassung der Geschäftsordnung Anträge auf Tagesordnung auch bei Vertagungs- und Schlusanträgen zulässig seien. Redner stellt eine Aenderung der Geschäftsordnung anheim.

Abg. Gröber erklärt sich gegen diesen Vorschlag, da in der Sache Einverständnis herrscht. Redner polemisiert gegen die Ausführungen Singers. Die Mehrheit könne das Mittel der einfachen Tagesordnung auch nach Schluß der Diskussion nicht entbehren, weil die Verhand-lungen durch viele Abstimmungen aufgehalten werden können. Die Mehrheit müsse in der Lage sein, die ihr nicht annehmbar er-

scheinenden Anträge durch eine Abstimmung zu beseitigen. Dagegen ist auch dieser Redner der Ansicht, daß Anträge auf Tagesordnung über Vertagung und Schluß der Diskussion un-zulässig seien.

Abg. Camp befreit die Ausführungen Singers, daß der zu fassende Beschluß in Beziehung steht zu dem Beschluß, wonach Wiederholung von abgelehnten Anträgen in derselben Diskussion als unzulässig erklärt worden sind. Singer hatte ausgeführt, daß, wenn der in dieser Frage gefasste Beschluß bestehen bleibe, gar nicht darüber beraten werden könne, ob ein Antrag auf Tagesordnung bei einem Schlusantrag unzulässig sei, weil das Plenum am 2. Dezember zweimal einen solchen Antrag zum Beschluß erhoben hat. Infolgedessen müsse der Beschluß, daß Wiederholungen von Anträgen in derselben Diskussion unzulässig seien, aufgehoben werden, ehe man nach dem Antrage des Referenten beschließen könne.

Die Abgg. Zehnter und Gröber erachten das nicht für nötig, da am 2. Dezember der für den einzelnen Fall erhobene Widerspruch zurückgezogen sei. Ein Beschluß des Plenums läge nicht vor und es sei nicht die Einzelfrage, sondern das Prinzip der Kommission zur Entscheidung überwiesen.

Abg. Dr. Sattler hält an der jetzigen Auslegung — wonach nach Schluß der Diskussion Anträge auf einfache Tagesordnung zu-lässig sind — fest.

Abg. Singer stellt fest, daß, obgleich in der Sache Einverständnis herrscht, die Motive für die Entscheidung ganz verschieden sind und daß die Mehrheit schon heute eine Konsequenz ihrer Auslegungen der Geschäftsordnung preis geben muß.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Winkel-Dozentur. Eine dem Berliner Universitäts-Rektor dienende Korrespondenz beschäftigt sich mit dem Verbot des Bern-steinischen Vortrages in der freien Wissenschaftlichen Vereinigung. Herr Prof. Gierke legt offenbar Wert darauf, den folgenden Wis-bekannt zu geben:

„So lange nicht grundsätzlich die Frage, ob Männer amerkanit sozialdemokratischer Richtung in den Lehrkörper der Universität aufzunehmen sind, in bejahendem Sinne entschieden ist, kann der Weg für eine Art Winkel-Dozentur in studentischen Vereinen des Sozialdemokraten nicht geöffnet werden. Das sind die Gründe des Verbots, und keine anderen.“

Herr Gierke betrachtet offenbar den Fall vom Standpunkte der Konfuzenz. Er fürchtet die Ueberlegenheit des sozialistischen Ge-dankens und so verfügt er das Monopol amtlich approbierter Weis-heit gegenüber den unbeglaubigten „Winkelfunkulanten“ der Wahrheit.

Der Zudehrheilige Paasche dürfte in seinem jetzigen Wahlkreise, Kreuznach-Simmern in der Rheinprovinz, bei der kommenden Reichstags-Wahl nicht mehr aufgestellt werden. Wie der „Rheinischen Zeitung“ von dort geschrieben wird, macht sich in den nicht-agrarischen Kreisen der Nationalliberalen eine starke Gegenströmung gegen die Wiederanstellung geltend, und in den agrarischen Kreisen ist die Gegenströmung noch viel stärker. Herr Paasche ist mit händ-lerischer Hilfe in Kreuznach gegen das Centrum gewählt worden. Er hat sich bei den Wahlverhandlungen also zwischen zwei Stühle gesetzt. Die Haltung seiner Kreuznacher Wähler dürfte die Erklärung dafür sein, daß Herr Paasche sich in der Pfalz um eine nationalliberale Kandidatur bemüht.

Wahlreform in Oldenburg. Der oldenburgische Landtag beschloß mit 20 gegen 19 Stimmen, den Antrag des Abgeordneten Ahhorn auf Einführung des geheimen direkten Wahlrechts im Groß-herzogtum der Staatregierung zur Verwirklichung zu über-weisen.

Gewerkvereiner gegen den Huldigungsdrummel. Eine öffentliche Versammlung der Hirsch-Duisburger Gewerkvereiner in Mann-heim nahm eine Resolution an, deren erster Teil lautet:

„Die heute in der „Centralhalle“ in Mannheim tagende, zahl-reiche besuchte öffentliche Versammlung des Gewerkevereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter spricht ihre Mißachtung aus über den Versuch, die gegenwärtige Not-lage der Arbeiter zu fälschen. Die Versammlung steht in der Organisation ihre natürliche Vertretung, während das Unternehmertum in seiner Mehrheit besteht ist, die bescheidensten und gerechtesten Forderungen der Arbeiterschaft zu bekämpfen.“

Die „Rheinische Volksstimme“ und das Centrum. Die Centrumsblätter veröffentlichten nunmehr, da der Ankauf der Centrums-agrarischen „Rheinischen Volksstimme“ durch den ultra-montanen Rheinischen Bauernverein und damit die Rundtormachung dieses Blattes mißlungen ist, einen Beschluß, den der Provinzial-ausschuss der rheinischen Centrumpartei Ende Dezember in Köln gefaßt hat. Der Beschluß, der mit allen gegen eine Stimme gefaßt wurde, erklärt, daß der Ankauf die „Rheinische Volksstimme“ „mit Rücksicht auf deren sonstgefehte feindselige Haltung gegen die Centrumpartei und die Centrumsfraktionen nicht mehr als Cen-trumsorgan anerkennt“.

Die „Rheinische Volksstimme“ wird sich aus diesem Beschluß nicht viel machen und sie wird nach wie vor Anspruch auf den Namen eines Centrumsblattes erheben. Sie ist in der That, wenn auch ein extrem agrarisches, so doch ein streng katholisches und spezifisch ultra-montanes Blatt. Von der übrigen Centrumspresse, wenigstens deren größerem Teil, unterscheidet sie ihre dem Programm des Bundes der Landwirte zugeneigte Haltung und ihre Abneigung gegen die „Socialpolitik“ des Centrums. Der Beschluß wird ihr bei den mit dem Centrum unzufriedenen agrarischen Elementen nicht schaden und ihren dem Centrum so unangenehmen Einfluß nicht schwächen. Das Centrum wird das bei der nächsten Reichstagswahlbewegung schon zu seinem großen Leidwesen erfahren.

Ausland.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 18. Januar. (Fig. Ver.) Die ersten Sitzungen der ordentlichen Session drehten sich wiederum so oder anders um den antikerikalen Kampf. Die bezüglichen Debatten entbehrten natürlich jeder dramatischen Spannung, da ihr Ausgang von vorn-herin feststand.

Von allgemeinem Interesse sind nur die in den Debatten ge-machten Angaben über den gegenwärtigen Stand der anti-kerikalen Aktion. Seit 1826 wurden von den verschiedenen Re-gierungen autorisiert 4 Männer-Kongregationen und 905 Frauen-Kongregationen mit 2300 Niederlassungen und 58 000 Nonnen. Diese Organisationen sind also vor den Wirkungen des Vereinsgesetzes gesichert. Was die nicht genehmigten Orden betrifft, so haben sich um die vereinsgesetzlich vorgeschriebene parlamentarische Genehmigung beworben 61 Männerorden mit 1906 Niederlassungen und 390 Frauen-orden mit 1562 Niederlassungen. Außerdem aber gibt es 47 nicht genehmigte Männerorden, die den vier genehmigten Männerorden angehören, und 12 798 nicht genehmigte Frauenorden, die 307 genehmigten Frauenorden angehören. Ueber das Schicksal dieser rund 13 000 Niederlassungen hat die Regierung allein zu entscheiden. Und zwar handelt es sich in der überwältigenden Mehrheit um elementare Unterrichtsanstalten.

Ministerpräsident Combes hat nun kategorisch erklärt, daß die Regierung alle Unterrichtsanstalten schließen werde, deren Pöglinge in den öffentlichen Schulen untergebracht werden können. Der Rest solle geduldet werden, bis sie durch öffentliche Schulen ersetzt werden können. Dagegen werde die Regierung die Gesuche der Wohlthätig-keitsanstalten der Kongregationen genehmigen.

In Bezug auf die zuerst genannte Kategorie der parla-men-tarisch zu erledigenden Gesuche hat der betreffende Kammer-

ausschuss bereits einstimmig die Verwerfung en bloc beschloffen, und zwar in der Form einen einzigen Gesetzentwurf mit ebensoviel Paragraphen als Gesuche vorliegen. Um die Diskussion noch weiter abzukürzen, wird der Ausschuss beantragt, nach der einzigen General-debatte den Uebergang zur Einzeldebatte abzulehnen.

In Zusammenhang mit dem antikerikalen Kampf steht das ministerielle Verbot, ausschließlich im bretonischen Dialekt Religionsunterricht zu erteilen und Predigten wenigstens bei feier-lichem Gottesdienst zu halten. Der keltische Dialekt bildet ein inniges Band mehr zwischen der Kirche und der bretonischen Bevölkerung. Zudem wurde entdeckt, daß der bretonische Katholizismus unter den zehn Geboten auch die Pflicht des Katholiken aufzählt, bei Wahlen dem Rat des Priesters zu folgen. Diese „Pflicht“ wurde ins vierte Gebot hineingeschmuggelt. Die Kerikalen interpellierten die Regierung über jenes Verbot unter Ausnutzung des allerdings einleuchtenden Arguments, daß die bretonische Be-völkerung bezw. Schuljugend die französische Sprache vielfach nicht versteht oder doch nicht gut versteht. Auch die Regierung gab zu, daß im Finistère-Departement, das typische Verhältnisse aufweist, von 12 217 Jünglingen der weltlichen Volksschule noch jetzt 2338 unfähig sind, Religionsunterricht in französischer Sprache zu empfangen. Ferner zählte man im gleichen Departement 1900 unter den Rekruten 8 Prozent Analphabeten gegen allerdings 40 Prozent im Jahre 1880, d. h. vor den Schulgesetzen der dritten Republik.

Eine strenge Durchführung des ministeriellen Verbots müßte also berechtigter religiöser Gefühle verletzen und so gerade der kerikalen Sache in der Bretagne dienen. Der Hinweis des Minister-präsidenten auf ein ähnliches Verbot seines Vorgängers in Bezug auf den vlämischen Dialekt in Nordfrankreich ist nicht stichhaltig, weil der keltische Dialekt die alte Muttersprache der gesamten bretonischen einheimischen Bevölkerung ist. Etwas weniger Antikerikalismus wäre in diesem Falle mehr gewesen. Es ver-sieht sich aber von selbst, daß die Regierung mühselos in der Kammer recht behielt. Ihre Vertrauensmehrheit war diesmal noch größer als sonst, weil es sich neben dem antikerikalen Gesichtspunkt um die sprachliche nationale Einheit handelte.

Der revolutionär-socialistische Abg. Döjeant interpellierte den Kriegsminister über das Verbot an die Soldaten, die Arbeitsbörsen zu besuchen, und verknüpfte damit eine Kritik der toleranten Haltung der Regierung gegenüber der kerikalen Propaganda in der Armee. Die Beratung der Interpellation wird erst am nächsten Freitag beendet werden. Ich komme dann auf die inhalts- und wirkungsvolle Rede meines Genossen zurück.

Am Sonnabend beschäftigte sich die Kammer mit Mandats-prüfungen (von den allgemeinen Kammerwahlen, April-Mai 1902 her). Die antikerikale und demokratische Mehrheit zeigte sich wieder einmal so lag wie möglich. Es wurden zwei Wahlen für gütig erklärt, deren eine mit Hilfe des Merus zu stande ge-kommen war, während die andre eine korrupte Geldwahl ist.

Marokko.

Tanger, 19. Januar. Die Truppen des Sultans brachten den Anhängern des Präsidenten in der Nachbarschaft des Gaiina-Glammes eine schwere Niederlage bei.

Die Bedeutung des letzten Zusammenstoßes bei Fez wird übertrieben. Thatsache ist, daß die Köpfe von sechs ge-döhrten Reinen im Triumph nach Fez gebracht und dort öffentlich ausgesteckt und zwei an Pferde gebundene Gefangene durch die Straßen geschleift worden sind. Die Truppen des Sultans haben am 15. Januar mehrere den Weithianas gehörige Dörfer geplündert und zerstört, eine Anzahl Reiter geraubt und eine Reihe von Ge-fangenen gemacht, hauptsächlich aus der Zahl der Nichtkämpfer. Das Heer des Sultans operiert gegen einen Teil der Weithianas; es ist in das eigentliche Gebiet des Präsidenten noch nicht vor-gedrungen und mit dessen Truppen noch nicht zusammengestoßen; die Truppe des Sultans geht sehr langsam vor und ist noch nicht 30 Meilen über Fez hinausgekommen.

Schweiz.

Die Volksabstimmung über den Zolltarif. Nachdem nicht nur 30 000 Bürger der Schweiz, wie erforderlich ist, sondern 110 055 sich für die Vornahme der Volksabstimmung über den neuen Zolltarif ausgesprochen haben, hat der Bundesrat diese Abstimmung auf den 15. März festgesetzt.

Frankreich.

Die Minen den Bergleuten. In Frankreich giebt es schon mehrere Bergwerke, die sich in den Händen von Bergarbeiter-Genossenschaften befinden und welche sich einer guten Entwicklung erfreuen. Bei dem letzten Streik sind seitens der Bergwerksbesitzer von Bourghors wiederum einige Schächte aufgegeben worden, weil die Ausbeute nicht mehr lohnte. Dadurch sind einige hundert Bergarbeiter ständig ihrer Arbeitsgelegenheit beraubt, und sie beabsichtigen deswegen, die aufgegebenen Schächte nun selbst auszubauen. Die Kosten des Ankaufs betragen 250 000 Fr.; Wozly hat bei der Kammer beantragt, der Staat solle für diesen Zweck 200 000 Fr. flüssig machen. Eine Delegation der Bergleute ist beim Ministerpräsidenten und beim Arbeitsminister gewesen und hat um staatliche Unterstützung nach-gesucht.

Belgien.

Die belgische lex Heinze liegt jetzt dem Senat vor. Die Liberalen haben infolgedessen einen kleinen Erfolg erzielt, als das Gesetz nochmals einer Kommission überwiesen worden ist. Schließlich wird die kerikale Mehrheit aber doch ihren Willen durchsetzen und die Anebelung der Kunst und Wissenschaft und der freien Rede herbei-führen.

Asien.

Die Antwort der chinesischen Regierung auf die Letzte Note der Mächte ist am Montag eingegangen. Die Antwort giebt einen geschätzlichen Ueberblick über das neuerdings empiretische Sinken des Silberpreises und führt im einzelnen das dadurch erfolgte Anwachsen der chinesischen Staatsschuld aus. In der Antwort erklärt die chinesische Regierung ferner, sie sei eifrig darauf bedacht, ihren Ver-pflichtungen nachzukommen, und sie würde gern den Forderungen der Mächte entgegenkommen, wenn sie dazu im stande wäre; es sei ihr aber unmöglich, die geforderten Zahlungen zu machen. Die chinesische Regierung beruft sich dabei auf tele-graphische Berichte der Vizekönige, welche bestätigen, daß es un-möglich sei, durch eine erhöhte Besteuerung mehr Geld einzutreiben, da das Land verarmt sei. China bittet die Gesandten der fremden Mächte, bei ihren Regierungen für eine Erleichterung einzu-treten, und erneuert sein Ersuchen, den Zolltarif auf die Gold-basis zu stellen, mit dem Vorschlage, der mittlere Wechselkurs eines jeden Monats solle den Kurs für die Zahlung der Zollabgaben im folgenden Monat abgeben.

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag für den Niederrhein und die Wahlkreise Hagen-Schepeln und Altona-Nerlosin wurde am Sonntag und Montag in Eibersfeld abgehalten. Er war von 73 Delegierten besucht; außerdem waren Reichstags-Kandidaten, Vertreter der Parteipresse, das Agi-tationskomitee und als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Rollenshuhr anwesend.

Gelehrte erhaltene im Auftrage des Agitationskomitees den Bericht über das verfloffene Jahr. Er hält sich im wesentlichen an den im „Vorwärts“ bereits erwähnten schriftlichen Bericht des Komitees. Die Organisation ist überall besser geworden und die Agitation in gutem Fluß. Was die Wahlen anlangt, so sei zu be-tonen, daß Kompromisse mit Gegnern vom Uebel seien. Düsseldorf

habe da bei den Stadtverordnetenwahlen einen Fehler gemacht, doch sei erfreulich, daß man dort jetzt beschließen habe, künftig selbständig in den Wahlkampf einzutreten. Redner kündigt zum Schluß seines Referats die Absicht des Agitationskomitees an, für den Niederrhein einen besoldeten Parteisekretär anzustellen. Der Kassierbericht wird sodann von Hollens' Oberfeld gegeben, der sich gleichfalls an den schriftlich abgegebenen Bericht hält. Gräfer berichtet, daß die Agitationschrift „Morgenrot“ insgesamt in 155 000 Exemplaren verbreitet worden sei, außer den zahlreichen Flugblättern und Schriften, die sonst verbreitet worden sind.

Nach lebhafter Debatte über den Bericht des Agitationskomitees, in welcher u. a. ein Genosse aus Veldert berichtet, daß dorselfst Patrioten einen Genossen an einen Baum gebunden und gezwungen hatten, „Heil Dir im Siegertranz“ zu singen, wird beschlossen:

den niederrheinischen Parteitag künftig im Anschluß an den Parteitag für Deutschland abzuhalten.

Ein Antrag Dittmann-Sollingen: Einsetzung einer Kommission zur Regelung der Beiträge in den einzelnen Kreisen, wird einer fünfgliedrigen Kommission überwiesen und der Wahlkreis Siegen dem Agitationskomitee angegliedert.

Kallenbuhr sprach sodann über die kommenden Reichstagswahlen. Das Hauptgewicht der Organisation und Agitation müsse auf die Kleinarbeit gelegt werden. Gewöhnen Sie die Leute an regelmäßiges Wählen, da haben Sie dauernde Einnahmen, die besser sind als der große Topf in Berlin. Redner verbreitete sich ausführlich über die Stämme im Reichstage. Eine besondere Wahlparole brauche wir jedoch nicht, unsere Parole sei unser Programm. Hier sind wir auf klassischem Boden des Kommunismus und Sozialismus! Freilich ist der Niederrhein ins Hintertreffen gekommen, ihn zurückzubringen muß unsere Aufgabe sein gerade zu einer Zeit, wo das Centrum durch seine schlechte Politik und die besten Waffen in die Hand genommen.

Am Montagvormittag wurde von vornherein einstimmig — auch mit Zustimmung sämtlicher Düsseldorf Delegierten — der Beschluß gefaßt, die Düsseldorf Streiksituation in keiner Weise zu debattieren. Ein Schiedsgericht möge die Sache schlichten. Es folgt die Diskussion über die gestellten Anträge. Dem Agitationskomitee wurde zur Berücksichtigung überwiesen der Antrag Rülheim-Ruhr:

1. „Der niederrheinische Parteitag möge beschließen, ein Flugblatt herauszugeben, in welchem dem Volke die Vertierung der notwendigen Lebensmittel durch den vom Reichstage genehmigten Zolltarif in leichtverständlicher Weise veranschaulicht wird.“

2. „Der niederrheinische Parteitag möge beschließen, den Kampf gegen das Centrum stärker als bisher aufzunehmen.“

Parteiessen in St. Lönis:
3. „Das Agitationskomitee ist gehalten, in nächster Zeit für diejenigen Kreise des Agitationsbezirks, wo das Centrum dominiert, ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Taktik des Centrums bei den Reichstagsverhandlungen über die Budgetgesetze gebührend beleuchtet wird.“

Beschlüssen wurde ferner nach lebhafter Debatte:

„Der Beitrag der Wahlkreise an das Agitationskomitee beträgt vom 1. Januar 1903 ab mindestens 15 Proz. ihrer Partei-Einnahmen.“

Ferner wurde angenommen der Antrag des Agitationskomitees:
„Für das laufende Jahr ist ein besoldeter Parteisekretär anzustellen.“

Die Genossen Windhoff-Düsseldorf, Weibers-Duisburg, Dittmann-Sollingen und Jacobs-Schivelm wurden als Kommissionsmitglieder gewählt, welche ein Organisationsstatut auszuarbeiten und dieses dem nächsten Parteitag vorzulegen hat. Verschiedene Anträge werden dieser Kommission zur Erörterung überwiesen und beschlossen, daß künftig jeder Wahlkreis nicht mehr als 15 Delegierte zum Parteitag entsenden darf. Angenommen wurde ferner ein Antrag der sämtlichen Düsseldorf Delegierten, daß der Parteivorstand zur Erledigung der dortigen Streitereien ein Schiedsgericht einleiten möge.

Die Debatte über die Landtagswahlen wird von der Tagesordnung abgesetzt, worauf Großherndt-Obligis ein Referat über die Stadtverordneten-Wahlen hält. Er verlangt Verstaatlichung der Armenpflege, Übernahme der Schullasten durch den Staat, bessere Kontrolle des Polizeiwesens durch die Gemeinden, einheitliche Einführung der Fortbildungsschulen für beiderlei Geschlecht. Redner geht ausführlich die von Lindemann in München besprochenen Punkte durch und befaßt sich auf den Standpunkt des seiner Zeit von einer Kommission für den Niederrhein aufgestellten Programms und ist Gegner von Kompromissen. Bei der Armenverwaltung sollten zur besseren Pflege der Armen Armenpflegerinnen eingeführt werden. Der nächste Parteitag wird in Remscheid abgehalten werden. Der Sitz des Agitationskomitees bleibt Eberfeld. Zum Schluß empfiehlt der Parteivorstand den Genossen, sich auf die Landtagswahlen vorzubereiten.

Nach den Organisationen. Das Agitationskomitee für die Leipziger Wahlkreise berichtet über die Partei-Arbeit des vergangenen Jahres. Wir erfahren daraus die erfreuliche Tatsache, daß die „Leipziger Volkszeitung“ im Monat Dezember 3000 Abonnenten gewonnen hat. Ebenso hat die erste Hälfte des Jahres gegründete „Volkszeitung für das Muldenthal“ bereits 5000 Abonnenten. In ihrem Verbreitungsgebiete, dem 11. und 14. Wahlkreise, hatten sie dahin die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Chemnitzer Volksstimme“ zusammen nur reichlich 1000 Abonnenten. Das Agitationskomitee verzeichnet eine Einnahme von 26 808 M. Unter den Ausgaben sind 12 000 M. an die Hauptkasse in Berlin. Flugblätter wurden 417 000 verbreitet und außerdem in den Landkreisen 30 000 Kalender.

Der sozialdemokratische Volksverein in Weimar vermehrte im abgelaufenen Jahre seine Mitgliederzahl von 100 auf 225. Dem entsprechend stiegen auch die Einnahmen von 692 M. auf 1093 M.

Bei den Bürgerauswahlwahlen in Söllingen, Amt Durlach in Baden, siegte in der dritten Klasse die sozialdemokratische über die konservative Liste.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Buchbinder und verwandte Berufscollegen! Ein Agent Namens Bergmeier versucht nach Schweden, speziell nach Göteborg, Arbeitskräfte zu vermitteln. Die dortigen Kollegen stehen im Streik; wir erwarten daher von den hiesigen Kollegen, daß sie sich nicht als Arbeitswillige gebrauchen lassen.

Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter! Der Streik der Dreher und Formler bei der Firma Nachmann ist beendet. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die städtischen Markthallen-Arbeiter hielten am Sonntag eine Versammlung ab, in welcher der Vertrauensmann berichtete: Infolge der Verhinderung der Arbeiter habe die Direktion angeordnet, daß der Betrieb der Markthallen während der Zeit von 9 Uhr abends bis 12 Uhr nachts ruhen solle; ferner sei die Nachmittags-Arbeitszeit für die Arbeiter um eine Stunde gekürzt worden, so daß jetzt um 8 Uhr abends (statt früher 7 Uhr) Schluß eintrete. Dagegen seien im Vormittagsdienst noch keine Änderungen vorgenommen, er betrage immer noch ununterbrochen, ohne jede Pause, 6 bis 7 Stunden. Ebenso sei die seitens der Direktion seit längerer Zeit zugesagte Verbesserung der Kaufstellräume für die Arbeiter noch immer nicht erfolgt. Für die vielen Markthallen-Arbeiter, die nachts (zu einem Teil von 12 Uhr nachts bis 10 Uhr morgens, zum anderen Teil von 2 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags) Dienst auf den Eisenbahn-Perrons haben, seien im ganzen nur drei Plätze vorhanden. Die Versammlung beschloß, der Direktion folgende Forderungen zu stellen: 1. Die Arbeiter verlangen für jeden, der nachts auf dem

Perron Dienst hat, einen Pelz oder warmen Wintermantel und dazu eine warme Mütze. 2. Für die Fahrstuhlwärter wird wiederholt eine 1 1/2 stündige Mittagspause und 1/2 stündige Vesperpause verlangt. 3. Regelung der Sommerurlaubsfraße. 4. Säumliche Instandsetzung der Kaufstellräume für die Arbeiter während der Ruhepausen.

Deutsches Reich.

Die Textilarbeiter Leipzigs hatten vor einiger Zeit eine Bewegung zu Gunsten des Jehntundentages eingeleitet, dann aber von einer weiteren Verfolgung ihres Zieles Abstand genommen, weil inzwischen der Streik in Mexico ausgebrochen war. Jetzt hat die Firma Tittel u. Krüger in Leipzig ohne weiteres den Jehntundentag eingeführt, jedenfalls von der Ansicht ausgehend, daß die Textilarbeiter, nachdem der Mexicaner Streik beendet ist, die Bewegung für den Jehntundentag wieder aufnehmen werden.

In der Breslauer Steingutfabrik vorm. Gieseler sind die beiden dort beschäftigten Vertrauensmänner des Porzellanarbeiter-Verbandes gemahregelt worden. Vorstellungen bei dem Direktor, welche die Wiedereinstellung der Gemahregelten sowie die Vereinfachung einiger rigoroser Bestimmungen betreffs besetzter Arbeiten zum Zweck hatten, blieben erfolglos. Daraus haben am Sonnabend sämtliche Arbeiter der betreffenden Fabrik die Kündigung eingereicht.

Aus der Bewegung der Brauerei-Arbeiter. In Erlangen hat die Brauerei Erdwein und Schultheiß mehrfach Verstöße gegen den Tarif begangen. Die Arbeiter haben darauf den Tarif gekündigt und einen neuen eingereicht, in dem die Verkürzung der Arbeitszeit und 23 M. Mindestlohn für Brauer gefordert. — In Nürnberg haben die Brauerei-Arbeiter an sämtliche Unternehmer Forderungen gestellt. Die Unternehmer wollen jedoch nichts bewilligen.

Die Tischler in Hensburg haben mit der Innung einen Tarif vereinbart. Derselbe setzt den Jehntundentag und einen Mindestlohn von 30 Pf. (im ersten Jahre nach der Lehrzeit 30 Pf., im zweiten 33 Pf.) pro Stunde fest. Die bisherigen Löhne werden um 2 Pf. pro Stunde erhöht. Ueberstunden werden mit einem Aufschlag von 10 Pf. bezahlt. Der Tarif tritt am 1. April in Kraft und gilt auf zwei Jahre.

Ausland.

Der Streik der Wiener Konfektionsarbeiter

ist, wie schon mitgeteilt, am Sonntag beschlossen worden. Zwei Versammlungen, die beide von Tausenden besucht waren, fanden zu diesem Zweck statt. In der ersten Versammlung durfte infolge einer Anordnung der Aufsichtsbehörde nur deutsch gesprochen werden. Da aber in Wien sehr viele tschechische Schneidergefellen arbeiten, die nicht deutsch verstehen, so fand für diese eine besondere tschechische Versammlung statt. Beide Versammlungen saßten übereinstimmend den Beschluß, am Montag die Arbeit nicht aufzunehmen. Es handelt sich hier um die Gehilfen, die in den Werkstätten der Stüchmeister (Wischmeister) arbeiten, zum Teil auch noch beim Meister in Kost und Logis sind. Die Gehilfen fordern die Abschaffung des Kost- und Logiswesens, Einführung einer geregelten elfstündigen Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne um 20 Proz. Unmittelbar richtet sich der Streik zuvor gegen die Stüchmeister, thätigst ist es aber ein Kampf, der gegen die Konfektionäre geführt wird, denn wenn die Stüchmeister höhere Löhne zahlen sollen, müssen sie auch von den Konfektionären höhere Preise erhalten. Die Stüchmeister fordern denn auch ihrerseits eine Lohnerhöhung von 30 bis 50 Proz. von den Konfektionären. Die Stüchmeister haben denn auch in dieser Lohnbewegung gemeinsame Sache mit den Gehilfen gemacht und sich zu solidarischem Vorgehen verpflichtet. Ob sie ihrem Versprechen treu bleiben, ob sie wirklich wagen werden, einen energischen Kampf gegen die Konfektionäre aufzunehmen, das scheint noch nicht ganz sicher. Jedemfalls sind die Gehilfen entschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis ihre Forderungen bewilligt sind, und dadurch werden denn auch die Meister gezwungen, an ihren Forderungen den Konfektionären gegenüber festzuhalten.

In Prognostik werden die hiesigen Konfektionsartikel vorwiegend im Wege der Heimarbeit hergestellt. Hier sind die Arbeiter zwar nicht mit Forderungen vorgegangen, jedoch haben sie ihre Sympathie für den Wiener Streik ausgesprochen und sich fürs erste verpflichtet, unter keinen Umständen während des Streiks Wiener Arbeit anzufertigen.

Zum Buchbinderstreik in Göteborg. In der vorigen Woche haben sich die Streikenden an den Landeshauptmann gewandt, um durch ihn eine Vermittlung herbeizuführen. Aber auch bei diesem Vermittlungsversuch hielten die Arbeitgeber an ihrem bisherigen Standpunkt fest, so daß die Verhandlung resultatlos verlief.

Waldbauarbeiterstreik. In Saint-Aubin-les-Jorges (Frankreich) ist ein Streik der Holzschläger und Waldbauarbeiter ausgebrochen. Die Streikenden verlangen höhere Löhne, welche die Privatbesitzer der Waldungen zu zahlen ablehnten. Dabei sei bemerkt, daß es in Frankreich bereits mehrere Organisationen von Waldbauarbeitern gibt.

Streiks in Frankreich im Monat Dezember. Nach den offiziellen Berichten des Arbeitsamts wurden im Monat Dezember 22 neue Streiks angemeldet. Die Zahl der daran beteiligten Arbeiter betrug 2198; im Jahre 1901 fanden im Dezember 28 Streiks statt, während der Durchschnitt der Dezembermonate während der letzten 5 Jahre 34 betrug. Bei den 22 Streiks, von denen 19 sich nur über je einen einzigen Betrieb erstreckten, handelte es sich bei 7 um Lohnforderungen, bei 3 um Abwehr einer Lohrerhöhung. Von den 16 im Dezember zu Ende gegangenen Streiks dauerten 5 nur einen Tag oder weniger, nur 4 Streiks dauerten länger als eine Woche, der längste hatte eine Dauer von 25 Tagen.

Sociales.

Die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz soll dem Bundesrat durch das Reichamt des Innern bereits vorgelegt worden sein. Das „Berliner Tageblatt“ weiß „aus zuverlässiger Quelle“ mitzuteilen, daß der Entwurf die Verlängerung der Unterstützungsdauer auf 26 Wochen sowie bei Entbindungen auf 6 Wochen enthält. „Außerdem“, heißt es im „Berliner Tageblatt“, „sollen die Vorschriften fort, welche die Gewährung einer Krankenunterstützung bei Geschäftskrankheiten bisher ausschließen.“

Diese Hintertreppennovelle besagt gar nichts. Die ersten beiden Punkte sind so selbstverständlich für eine Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz, daß darüber kein Wort weiter zu verlieren ist; es herrscht Einigkeit darüber, daß das neue Gesetz diese Verbesserungen bringen muß und niemand wird ihnen widersprechen. Der dritte Punkt ist in der Form, wie ihn das „Berl. Tagebl.“ mitteilt, falsch. Unterstützung bei Geschäftskrankheiten ist auch durch das bestehende Gesetz nicht ausgeschlossen, sondern kann nur durch Statut ausgeschlossen werden. Das neue Gesetz kann nur diese Ausschlußmöglichkeit beseitigen, und daß es dies thun muß, darüber herrscht gleichfalls bereits Einigkeit.

Diese Neuigkeiten kann man auch ohne „zuverlässigste Quelle“ ansagen.

Die Ausdehnung der Konfektions-Verordnung auf Maßgeschäfte der Damenbranche wird beabsichtigt. Der preussische Minister des Innern hat an die Regierungspräsidenten einen Erlaß gerichtet, worin er unter Verweisung auf die von den Gewerbeinspektoren vielfach festgestellte übermäßige Arbeitszeit Verzicht einfordert, welche Beobachtungen in dieser Hinsicht weiter noch gemacht wurden. Die Verordnung unterstellt bekanntlich den §§ 135 bis 139 und dem § 139 b R. G. B. diejenigen Werkstätten, in denen die Anfertigung oder Bearbeitung von Männer- und Knabenkleidern (Mägen, Hosen, Westen,

Mänteln und dergleichen), Frauen- und Kinderkleidung Mänteln, Kleidern, Umhängen und dergleichen), sowie von weißer und bunter Wäsche im Großen erfolgt (Kleider- und Wäscheconfektien).

Diese Einteilung soll in der Weise abgeändert werden, daß die nähere Bestimmung „im Großen“ für die Werkstätten zur Anfertigung von Frauen- und Kinderkleidung wegfällt und es soll die Verordnung auf diese Werkstätten auch dann anwendbar gemacht werden, wenn sie auch nur gelegentlich solche Arbeiten anfertigen.

Die Tarifkommission der Militäreffekten-Sattler hat in die Staatsregierungen die Bitte gerichtet, zur Vereinfachung der Heimarbeit in die Verträge mit Firmen, die Militäreffekten übernehmen, die Bestimmung aufzunehmen, daß der Unternehmer verpflichtet ist, die übernommene Arbeit in eigener Werkstatt herzustellen und daß das Weitergeben der Arbeit an Zwischenmeister und Heimarbeiter unterlagert ist. Zur Begründung ist dem Gesuch eine Denkschrift beigegeben über die Lage der Militäreffekten-Sattler, die Schäden der Heimarbeit und die Einigungsverhandlungen der Sattler mit den Fabrikanten.

Zum Metzgerstreik in Gera berichtet das dortige Parteiblatt, daß am Sonnabend eine Verhandlung stattgefunden habe, an der außer Vertretern des Gewerkschaftsvereins Arbeitervertreter aus dem Vorstand der Metzger-Vereinsklasse und Vertreter der Metzger teilnahmen. Der Verlauf der Sitzung läßt nach den Informationen des Blattes die Hoffnung auf eine Einigung gerechtfertigt erscheinen.

Verträge mit Sozialdemokraten müssen gehalten werden. Vor einiger Zeit berichteten wir über ein merkwürdiges Urteil des Amtsgerichts Angerburg. Der Genosse Kofke in Angerburg hatte mit dem Kaufmann Pfannbaum einen Kontrakt geschlossen, laut welchem er am 1. Oktober eine Filiale des Pfannbaum übernehmen sollte. Im letzten Augenblick verweigerte Kf. die Erfüllung des Kontrakts, weil K. Sozialdemokrat sei. K. klagte auf Schadenersatz, wurde jedoch vom Amtsgericht Angerburg abgewiesen. Natürlich legte K. Berufung ein und erzielte am 14. Januar ein obliegenden Erkenntnis. Das Urteil erster Instanz wurde aufgehoben und dem Genossen K. der Anspruch auf Schadenersatz zugesprochen. Die Höhe der Entschädigung soll das Amtsgericht festsetzen.

Die Einführung der Sonntagsruhe wird jetzt von der italienischen Regierung in Erwägung gezogen. Eine parlamentarische Kommission prüft zur Zeit die zahlreichen, namentlich aus Arbeiterkreisen eingegangenen Petitionen und stellt mündliche Vernehmungen an. So werden Journalisten, Zeitungsbesitzer und Seher über die Durchführbarkeit einer Sonntagsruhe für den Zeitungsbetrieb vernommen. Auch Vertreter der Kirche und Kellner sind über die Einführung einer Ruhetages gehört worden. Die Arbeitssamern und auch die Handelskammern, welche zur Abgabe von Gutachten aufgefordert sind, haben sich fast gänzlich um die Einführung der Sonntagsruhe ausgesprochen. Diese Kommission hat auch Erhebungen über die Nachtarbeit angestellt.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen! Genossinnen! In dem Kampfe gegen die brutale Willkür unter Segner dürft Ihr Frauen nicht zurückbleiben. Seid Ihr es doch, die am ärgsten unter der Vertierung der Lebensmittel, sowie aller Bedarfsartikel zu leiden habt. Ist es doch eure Aufgabe, mit den wenigen Groschen, welche Euch die Männer nach Hause bringen, haus zu halten. Müßt Ihr doch das Wenige drehen und wenden, um auch noch am Sonnabend eine Mahlzeit bereiten zu können. Doch denkt nur nicht, daß sich die Segner mit der Vertierung der Lebensmittel begnügen werden. In ihrem frechen Uebermut werden sie es wagen, an den politischen Rechten unterer Männer zu rütteln. Sollte es aber dazu kommen, so ist für uns Frauen die Erlangung politischer Rechte so gut wie ausgeschlossen. Es ist darum eure heilige Pflicht, morgen abend in den Protestversammlungen, welche für jeden Wahlkreis einberufen werden, zu erscheinen. Ferner versäume keine von Euch, bei den Freimüthen und Nachbarn für den Besuch zu agitieren. Die Vertrauenspersonen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Venezuela.

New York, 20. Januar. (B. T. B.) Der Beginn der Verhandlungen über die Venezuela-Angelegenheit wird für die nächsten Tage in Washington erwartet. Der Bevollmächtigte Venezuelas, der amerikanische Gesandte Bowen, ist, wie gemeldet, dort bereits eingetroffen. England und Italien werden durch ihre hiesigen Botschafter, Deutschland zunächst durch den Geschäftsträger, Grafen Duabi, und sodann durch den schon auf der Reise hierher befindlichen Baron Sped von Sternburg vertreten sein. Die deutschen Bevollmächtigten werden durch den deutschen Geschäftsträger in Venezuela v. Pilgrim-Gallazzi unterstützt werden, der zu diesem Zwecke bereits von Caracas abgereist ist. Ueber den Gang der Verhandlungen und die Dauer der Kodade soll zwischen den drei Mächten volles Einvernehmen herrschen.

Die französische Budgetdebatte.

Paris, 20. Januar. (B. T. B.) Deputiertenkammer. Das Haus bewilligt einstimmig für die nothwendigen bretonischen Fiskler 500 000 Frank und geht dann zur Budgetberatung über. Paul Constant bemängelt, daß zwei Drittel des Budgets lediglich für Heereszwecke bestimmt seien; es sei zwecklos, zur Verteidigung des Vaterlandes ein stehendes Heer zu unterhalten. Für diese Zwecke genüge ein internationales Handinhandgehen der Arbeiter, ein solches Handinhandgehen werde einen Krieg unmöglich machen. Ribot stellt fest, daß die öffentliche Schuld in den letzten beiden Jahren um 640 Millionen gewachsen sei. Das Land könne eine solche finanzielle Situation nicht ertragen. Zweifellos seien die finanziellen Verhältnisse Englands und Deutschlands auch nicht glänzend. Sie seien aber jedenfalls besser als diejenigen Frankreichs, das bei der Vertierung seiner Hilfsmittel viel vorsichtiger verfahren müsse. So müsse man mit der Gewohnheit brechen, unaufhörlich neue Kredite zu fordern, welche die im Budget vorgesehenen Mittel überschritten. Ribot wirft sodann dem Marxeminister Pelléan vor, daß er der Kammer noch keine Uebersicht über den Stand der Schiffbauten gegeben habe. Darin liege eine nicht zu einschuldige Mispachtung des Parlaments. Die Budgetkommission rechne auf viel zu hohe Einnahmen, eine Annahme, zu der kein Grund vorhanden sei. Doumer, der Vorsitzende der Budgetkommission, erhebt hiergegen Einspruch. Ribot führt dann weiter aus, daß er für die Beseitigung der Hauszweck-Privilegien, aber gegen die Abschaffung der Tabaklizen stimmen werde. Er sei gegen jede Erhöhung des Heeres- und Marinebudgets, man müsse die Defensivkraft des Landes in das entsprechende Verhältnis zur Bevölkerungszahl bringen, mit den internationalen Theorien sei aber nichts anzufangen. Er habe wieder Vertrauen zu den Theorien D'Estournelles', noch möchte er dem Haager Schiedsgericht die Ehre und die Interessen Frankreichs anvertrauen. Frankreich sei friedlich gesinnt, es müsse aber das Bewußtsein seiner Würde haben. Es könne seine Stimme laut erheben, zumal jetzt, wo es mit Ausland zusammengehe. (Beifall in der Mitte.) Er sei für die zweijährige Dienstzeit, erinnere aber auch hier wieder an größere Sparsamkeit. Ribot schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß es zu einer Einigung aller Republikaner kommen werde. (Beifall links und in der Mitte.) Damit schließt die Generaldiskussion.

Das New York meldet die „Frankf. Zeitung“ vom 20. Januar: Senator Lodge brachte einen stark verkauften Beschlusstrag ein, dessen Zweck die Schaffung von Mitteln ist gegen die Verdrängung Amerikas in Pollocken von Seiten Deutschlands, Australiens und Frankreichs.

Reichstag.

24. Sitzung. Dienstag, den 20. Januar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Herr v. Thielmann, v. Götter, Graf Posadowsky, v. Tirpitz; etwas später der Reichskanzler.

Die erste Beratung des Reichshaushalts-Etats wird fortgesetzt.

Hg. v. Bollmar (Soz.):

Zunächst einige Worte zur auswärtigen Politik. Meine Partei, die Sozialdemokratie, sieht geräuschvolle Machterhaltung nach außen belamlich nicht als eine Hauptfrage an und bekämpft auf das entschiedenste jede abenteuerliche Politik. Indessen sind für uns die Beziehungen zu den anderen Völkern keineswegs eine gleichgültige Sache. Denn einmal ist es stets das Volk, das die Kosten auch für die äußere Politik zahlen muß, wirtschaftlich wie politisch, und dann ist es uns, ohne daß wir ein überschwängliches Nationalgefühl hätten, doch auch nicht gleichgültig, wie das Deutsche Reich von den übrigen Mächten angesehen wird. Ich bin deswegen stets entsetzt, wie eine auswärtige Beziehung lediglich aus dem kleinlichen Gesichtspunkt anzusehen, daß ich darüber Freude empfinde, wenn eine uns entgegenstehende Reichsregierung möglichst ungeschickt ist und Mißgriffe begeht und dadurch nicht weniger als Vorbeeren in der äußeren Politik einheimst. Ganz im Gegenteil! Ich meinerseits würde es sehr begrüßen, wenn ich einmal in die Möglichkeit versetzt würde, in der äußeren Politik des Reiches etwas Gutes und für das deutsche Volk Ersprießliches und Erfreuliches finden zu können. Aber wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist leider von einem Guten, Bemerkenswerten sehr wenig oder vielmehr gar nichts zu bemerken. Ich kann hier nur wiederholen, was früher von mir und anderen meiner Freunde schon gesagt worden ist und was sich leider nicht geändert hat. Man sieht in der äußeren Politik durchaus einen Mangel an festen Zielen, ein fieseriges Wesen, das alle Augenblicke weiterentwickelt den Kurs zu wechseln bereit ist, das jeden Augenblick neue Improvisationen in Aussicht stellt und in beinahe aufdringlicher Weise sich an fremde Regierungen heranzuwenden und dadurch überall Mißtrauen hervorruft. Dieser Charakter der auswärtigen Politik hat sich bei keinem Ereignis mehr und deutlicher gezeigt, als im Boerenkrieg, der zu unserem großen Bedauern beendet worden ist zu Ungunsten der Angegriffenen. Von dem Krüger-Telegramm an, das geeignet war, in den Boerenkreisen Hoffnungen zu erwecken und irre zu führen, bis zur treulosen Wendung, die die deutsche Politik genommen hat, namentlich mit Rücksicht auf die erhofften Vorteile aus dem englisch-deutschen Vertrag in Bezug auf die portugiesischen Kolonien. Dann weitergehend zu dem Bruch der Neutralität, den wir fortgesetzt beobachten konnten, zu Gunsten Englands, bis schließlich zu dem Nicht-Empfang Krügers. Jede Einzelheit hat den Empfindungen des deutschen Volkes auf das Entschiedenste widersprochen. Ich habe nichts gegen gute Beziehungen zu England, dessen Freundschaft politisch und wirtschaftlich für uns wertvoll ist, aber unsere überschwänglichen Liebeswerbungen haben auf jener Seite oft nur eine sehr lächliche Antwort gefunden und das deutsche Ansehen keineswegs erhöht.

Ueber das chinesische Abenteuer will ich heute nicht weiter reden, weil ich dem, was schon früher darüber gesagt worden ist, nichts hinzuzufügen habe. Wir verlangen, daß diese faule Sache endlich gründlich und völlig aus der Welt geschafft werde und daß auch der Rest der Expeditionstruppen, die nach der Klammung von Schanghai jetzt nach Tsingtau befördert worden sind und dort gar keinen Zweck haben, wenn nicht etwa den, einen immer bereitstehenden Anfang für eine Kolonialtruppe zu bilden, nach Deutschland gebracht und aufgelöst werde.

Mittlerweile haben wir ja eine neue weltpolitische Sensation bekommen, die Expedition nach Venezuela. Ich will auch auf diese Sache, deren Verlauf man noch an maßgebender Stelle der Regierung zweifellos ganz anders getraut hat (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten im Augenblick nicht weiter eingehen. Wir werden erst von der Regierung nähere Aufklärungen verlangen müssen darüber, warum man nicht versucht hat, die Einkassierungssache von Haus aus auf gutlichem Wege zu erledigen, Auskünfte ferner über die mit der angeblich friedlichen Methode jedenfalls in Widerspruch stehende Verstärkung der Schiffe und die Beschickung der Städte Puerto Cabello und Maracaibo, Auskünfte über den genauen Charakter der englischen Aktion, über die Vermittlungssaktion von der Ablehnung des Präsidenten Roosevelt bis zu dem eventuellen Gang nach dem Haager Schiedsgericht. Erst nach diesen Auskünften werden wir uns bei der Specialdebatte über diese Angelegenheit weiter zu unterhalten haben. Einstweilen sehen wir nur, daß Deutschland und sein Verbündeter England in dieser Affaire vollständig auf die guten Absichten der Vereinigten Staaten angewiesen ist, die die ganze Situation beherrschen. Es hat sich hier wieder gezeigt, daß ein politisch freies Land mit ungehemmter Volkskraft und machtvoller Dessenklaftheit auch ohne die Geheimdiplomatie der Kunstpolitik im stande ist, alle monarchische Staaten kräftig in Respekt zu halten. Die Sicherheit, daß nicht neue weltpolitische Komplikationen aus dieser Affaire sich entwickeln, verdanken wir viel weniger uns selbst als dem Willen eines auswärtigen Staates. Immerhin bietet uns das die Veruhigung, daß wenigstens auf diese Art eine neue Auflage des mexikanischen Abenteuers aus der napoleonischen Zeit ausgeschlossen ist. Wir hoffen, daß auch diese Sache, in der für uns recht wenig Vorbeeren zu pflücken sind, bald zu Ende geht, damit nicht am Ende noch eine unerquickliche Auseinandersetzung mit unserm Bundesgenossen daraus wird.

Eine erfreuliche Erscheinung zeigt sich, wenn auch die beiderseitigen Regierungen dabei wenig oder gar nicht beteiligt sind, von Frankreich her, wo eine sehr bemerkte und wünschenswerte Veränderung der Bestimmungen vor sich gegangen ist. In der sogenannten nationalen Presse, das heißt derjenigen, die sich selbst bescheiden das Monopol des Nationalismus zuordnet, wird jede kleinste feindselig klingende Äußerung aus Frankreich bemerkt, um mit einer gewissen Gemüthung auf die fortwährend noch drohende Revangefahr hinzuweisen. Das geschah besonders, als im vorigen Jahre der französische Kriegsminister André und der Marineminister Pelletan, offenbar unter dem Einfluß eines traditionellen Ehrgeizes einige thörichte Augenblicksgeräusche verlaublichen, Ergüsse, die man bei uns in Deutschland wahrhaftig am allerwenigsten ernst nehmen sollte. Hat doch erst in den allerletzten Tagen ein aktiver preußischer General eine ähnliche Kriegsbrede gehalten, wenn auch in einem privaten Circle. (Unruhe rechts.) Es war der General Liebert, der sich förmlich darüber beschwert hat, daß der Friede so lange dauere und der nach einem Kriege geradezu geistlos sei. Welcher Lärm würde sich bei den Aussenstehenden und ihren Freunden erheben, wenn ein französischer General etwas Ähnliches sagte! Aus jenen französischen Ministerreden wurde ein neues Aufleben der Revangefahrt hergeleitet, ganz zur selben Zeit aber hat sich in Frankreich eine mächtige, direkt entgegengegesetzte Bewegung geltend gemacht, in der besonders unser sozialistischer Freund Jean Jaurès hervorgetreten ist. Dieser hat mit größter Entschiedenheit in den Versammlungen, in der Presse und im Parlament gegen den „Renommierpatriotismus“ protestiert und hat den endgültigen Verzicht auf die Revange-Ideemanahmen gefordert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich haben viele Leute das für wenig opportun erklärt, andre haben ein großes Geschrei angefangen über die „Vaterlandslösigkeit“ der Sozialisten, ein Geschrei, das wie in Frankreich, so auch andertwärts und namentlich bei

uns in Deutschland das infamste Kampfmittel ist, das einem politischen Gegner gegenüber angewendet werden kann und das insbesondere bei uns nicht nur von untergeordneten Klässern, sondern von ganz hervorragender Stelle angewendet worden ist. Aber Hunderten und Millionen von Franzosen hatte Jaurès aus der Seele gesprochen, überall zeigt sich eine beginnende Veränderung der Gesinnung. Wie groß der Einfluß dieser Ideen bereits geworden ist, hat sich in den letzten Tagen gezeigt, als die Wahl eben desselben Jaurès zum Vicepräsidenten der französischen Kammer auf der Tagesordnung gestanden hat. Die Reaktionsäre aller Richtungen Melinisten, Nationalisten und Aleristale haben sich die erbitterteste Mühe gegeben, gerade unter Hinweis auf Jaurès' Erklärungen in Bezug auf die Ausöhnung mit Deutschland, seine Kandidatur zu Fall zu bringen. Alles das hat nichts genügt, Jaurès ist gewählt worden. Der diese bedeutungsvolle Wendung in Frankreich übersehen, anstatt sie zu begrüßen, und sie abschließend totschweigend oder verächtlich ihr möglichst jeden Wert zu nehmen muß, in den Verdacht kommen, daß ihn solche Äußerungen anstatt begrüßenswert viel mehr unangenehm sind, weil dadurch ein Mittel, die Dege der Völler gegeneinander weiter zu betreiben, wegfällt. Damit fällt auch die letzte Drohung des Dreibundes fort und auch der Umstand, daß unsern Bundesgenossen Italien die Zugehörigkeit zum Dreibunde nicht an einer Annäherung an Frankreich gehindert hat, zeigt nach derselben Richtung. Ich kann daher auch die gestrige Erklärung des Herrn Schäbler, der den Dreibund plötzlich für ganz wertlos hielt und meinte, wir seien ganz auf uns selbst angewiesen, nicht verstehen, es müßte denn sein, daß das Centrum sich damit im voraus die Grundlage für weitere ausgiebige Militär-bewilligungen schaffen wollte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten sehen die Lage gesicherter an, als sie seit langem war und wir werden die Konsequenzen daraus ziehen, indem wir noch mehr als bisher wirken für eine Einstellung der ins Wahnsinnige gehenden Rüstungen von heute und auf eine fortschreitende Umwandlung des aggressiven, stehenden Heeres in das depressive Volksherr.

Ich werde mich nun zunächst zur inneren Politik und zwar zunächst zum Reichshaushalts-Etat. Auf die Einzelheiten gehe ich nicht ein, das ist Sache der Specialberatung. Wir haben es nur mit dem Gesamtcharakter der Finanzlage zu thun. Was diese betrifft, so wird, glaube ich, in diesem Saale und auch im Lande eine Meinungsverschiedenheit gar nicht bestehen können. Die Finanzlage befindet sich auf einem so ungläubigen Tiefstand, die Defizit- und Schulden- oder, wie es Herr Schäbler gestern nannte, die Pumpwirtschaft hat einen Entwicklungsgang erreicht, die ganze Organisation unseres Finanzwesens ist so verworren geworden und widerspricht so allen Grundbegriffen einer gesunden Finanzwirtschaft, daß die Dinge unmöglich so weiter gehen können und daß man endlich an eine schleunige Aenderung dieses Zustandes denken muß. Nun hat uns ja gestern der Reichskanzler die interessante Mitteilung gemacht, daß der Zustand zwar ein sehr trauriger sei, aber es sei niemand daran schuld. (Heiterkeit.) Denn diese Dinge hätten nicht vorausgesehen werden können. Wenn man das so hört, möchte man wirklich meinen, als ob das Finanzmangel ein unentrichtbares Schicksal sei, das plötzlich sozusagen über uns gekommen sei. In Wirklichkeit ist die Sache doch so, daß das jetzige Elend nichts ist als die unausbleibliche Folge der ganzen bisherigen Finanzwirtschaft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten haben oft genug gewarnt, Jahr für Jahr, daß endlich mit der bisherigen Praxis Einhalt gehalten werde. Ich erinnere nur an die große Flottenvorlage vom Jahre 1897, die ja insbesondere den jetzigen Zustand herbeigeführt hat. Damals wurde von diesen Vätern der Regierung ausdrücklich vorausgesagt, daß bei der nächsten schlechten wirtschaftlichen Konjunktur notwendig die Einkünfte des Reiches aus indirekten Steuern und Zöllen sich vermindern müßten und daß dann Defizit, neue Schulden und neue Steuern absolut unabwendbar sein würden. Die Regierung hat sich damals die Sache sehr leicht gemacht. Sie beschuldigte uns der Schwarzfärberei, sie habe Geld wie Heu, so viel Geld, daß sie gar nicht einmal wisse, was sie mit den neuen Mitteln, die ihr damals das Centrum angeboten hatte, anfangen solle. Die dauernden Ueberschüsse seien hoch genug, um die Mehrkosten der Flottenvorlage auslaufenden Beträgen decken zu können und die Nothwendigkeit dieses Hauses, unter Führung natürlich des Centrums, hat getrost in die Augen geschlossen, hat die Vorlage in allen wesentlichen Teilen angenommen und hat durch ihren Bewilligungseifer neue Forderungen der Regierung provoziert. Nachdem nun jetzt die Besicherung da ist und die Wähler anfangen, schwierig zu werden, da auf einmal thut das Centrum schmerzlich überrascht über die schlechte Finanzlage und sucht die Verantwortung von sich abzuwälzen, indem es die Sache so hinstellt, als ob es durch die Regierung damals verkeret worden ist. Auf die Verführung mag sich ein junges, unerfahrenes Kind hinsetzen, aber ein Wesen, das in Sünden groß geworden ist (große Heiterkeit und Sehr gut! links), das über so viele Erfahrungen verfügt, wie gerade das Centrum, muß sehr genau die Folgen seines Thuns kennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrheit und besonders das Centrum ist für die jetzige Finanzlage voll verantwortlich. (Sehr richtig! links.) Die Frage ist, was ist jetzt zu thun, welche Mittel zur Besserung sind zu suchen? Von allen Seiten hören wir da das Wort Spar-samkeit. Die Regierung giebt das Zeugnis, daß alle Restorits ihren Etat mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt hätten und die verschiedensten Parteien erklären, daß man alle einzelnen Teile des Etats auf das strengste prüfen und nur das absolut Nothwendige bewilligen werde. Ja, das hört sich schon an und wird auch wohl auf die Wähler im Lande einen gewissen Eindruck machen. Aber wer wie wir dieses Versprechen so oft gehört und so selten hat einlösen sehen, der setzt wenig Hoffnung auf solche Worte. So lange man in Deutschland sich nicht daran gewöhnt, da zu sparen, wo es ganz leicht ist, so lange der Militär-Etat, der Marine-Etat, der Stormal-Etat für die Mehrheit etwas Unantastbares sind, so lange wir den Zustand ertragen, daß in Bezug auf den größten Teil des Etats der Reichstag überhaupt gar kein Bewilligungsrecht hat, sondern im wesentlichen gebunden ist, so lange wird eine wirkliche Besserung unseres Etats überhaupt nicht möglich sein. Nun hat gestern der Herr Staatssekretär erklärt, diesmal werde mit Streichungen nicht viel anzufangen sein. Ich bin der gegenteiligen Meinung. Eine große Anzahl von Postitionen, darunter diejenigen, welche gestern Herr Dr. Schäbler zum Teil genannt hat, giebt es, an denen sich sehr resolut streichen läßt. Wir werden dabei gern behilflich sein, vorausgesetzt, daß nicht Auswendungen für das sozialpolitische oder kulturelle Gebiet hinweggeföhren werden sollen. Es wird aber kaum möglich sein, auch nur den Betrag der Zuschauhanleihe von 95 Millionen durch Streichungen überschüssig zu machen. Ueber die Zuschauhanleihe sagt die Regierung in ihrer Denkschrift selbst, daß sie den Grundfragen einer gesunden Finanzpolitik widerspreche. Es sei aber der letzte Ausweg, den sie zu ergreifen wisse. In der That ist diese Art, bleibende Ausgaben durch Anleihen zu decken, schon formell verfassungswidrig. (Sehr richtig! links.) Denn nach der Verfassung sind alle solche Ausgaben auf die Einzelstaaten unzulässig. Dann aber auch paßt eine solche Maßregel vielleicht in eine venezolanische Finanzverwaltung hinein, nicht aber auf die eines civilisirten Staates. Ich bestreite nicht, daß die Bundesstaaten selbst sich in einer schwierigen Lage befinden. Zum großen Teil sind daran aber die berechtigten Regierungen der Einzelstaaten und ihre Vorkretungen selbst mit schuld. Die famose Zuschauhanleihe ist aber der ungeeignete Weg, Wandel zu schaffen. Sie würden die Schuldenwirtschaft ins Unabsehbare verlängern. Auch von dem viel-

gerühmten Schuldentilgungs-Gesetz halte ich nicht viel, es bleibt doch erfahrungsgemäß nur ein papierernes Bestreben. Ebenso wenig darf die Reform geüht werden in Gestalt jener Finanzreform, die so viele Jahre lang von der Regierung vorge schlagen worden ist und die den Krebsbuben unseres Finanzwesens, nämlich die indirekten Steuern nicht nur erhält, sondern weiterverbreiten lassen will. Eine wirkliche Reform ist nur möglich durch den Uebergang zur direkten, progressiven Reichssteuer und zur völligen Trennung der Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten. Man wendet dagegen ein, daß der bundesstaatliche Charakter des Reichs dadurch vernichtet würde. Der Einwand trifft aber nicht zu, wenn auch ein gewisser Eingriff nicht zu umgehen sein wird, so bleibt doch das Steuerbewilligungsrecht und Berechnungsrecht für Landeszwecke vollständig unangefastet, wenn übrigens die beim Militär-Gesetz beschlossene Abschaffung der Petroleis im Jahre 1910 wirklich in Kraft treten soll, dann wird eine gründliche Aenderung des Steuerwesens in einer Reihe von Bundesstaaten, vor allem in Bayern, gar nicht zu umgehen sein. Jedenfalls wird man zu einer direkten Reichs-Einkommensteuer kommen müssen. Denn die Erfahrung hat gezeigt, daß ein so großer Staat auf die schwankenden Einkünfte der indirekten Steuern sich nicht verlassen kann. Auch bei den Regierungen scheint diese Einsicht sich durchzusetzen. Der bayerische Finanzminister erklärte mir im vorigen Jahr, einfach von der Hand zu weisen sei die Sache nicht. Sie bedürfte reichlicher Ueberlegung und der Finanzminister im schwarzburg-rudolstadtischen Landtag hat gleichfalls erklärt, daß die Einführung einer Reichs-Einkommensteuer nicht ausgeschlossen erscheine. Allerdings im größten Bundesstaat Preußen erklärt man diesen Gedanken als eine Spielerei ohne praktischen Wert. Das heißt doch die Schonung der Reichs, die bis jetzt in so klandaleser Weise gepflegt ist, in alle Zukunft in Aussicht stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denkt man doch schon wieder an neue Steuern, liegen doch auch schon neue und erhöhte Steuern auf Bier und Tabak in der Luft. Wir werden uns auf das entschiedenste gegen jedes neue betrieblige Attentat wenden.

Ich komme nun zur inneren Politik im engeren Sinne. Ich habe mich da auch, wie Herr Schäbler, mit gewissen Kundgebungen hoch politischen Charakters zu beschäftigen, die für unsere ganzen, absonderlichen Reichsverhältnisse sehr kennzeichnend sind, nicht nur durch den sachlichen Inhalt derselben, sondern auch namentlich dadurch, daß sie nicht, wie es in anderen, wirklich konstitutionellen Ländern sein müßte, von der ordentlichen Regierungsinstanz ausgehen, sondern vom Präsidenten des deutschen Bundes, der den Namen deutscher Kaiser führt. Diesen Ausdruck, der gestern dem Herrn Reichskanzler sehr unangenehm zu sein schien, hat die Reichsverfassung gewählt, und da der Herr Reichskanzler ja so außerordentlich große Stücke auf diese Verfassung hält, wie er gestern gesagt hat, so wird er sich wohl damit abfinden müssen. Ich war gespannt darauf, wie der Reichskanzler sich zu der Swinemünder Telegramm-Geschichte äußern würde. Es thut mir leid, sagen zu müssen, daß ich um eine parlamentarische Enttäuschung reicher geworden bin. (Heiterkeit links.) Die dicke Wortwolke der Kanzlerrede hat nicht verhüllen können, daß der Reichskanzler sich genötigt gesehen hat, eine Sache zu verteidigen, die sich gar nicht anders verteidigen läßt als durch Ausweichen und Ersetzung der Begriffe durch beliebige Wortgebilde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich die Zeit und die Nothwendigkeit hätte, die Rede des Reichskanzlers im einzelnen durchzugehen, so würde ich, glaube ich, Ihnen (zum Reichskanzler) zeigen können, daß sich in der ganzen Rede kaum ein haarscharf richtig logischer und thatsächlich haltbarer Satz findet. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Hergang der ganzen Sache ist bekannt. Im bayerischen Landtag hat das Centrum in seinem begrifflichen Grimm über den Fall eines ihm dienstbaren Ministers (Große Unruhe im Centrum) und über seine dadurch herbeigeführte politische Niederlage sein Mäthen an der Kunst geküßt. Ueber das Namable dieses Vorganges will ich mich hier nicht weiter äußern, aber formell ist zweifellos die Centrums-Mehrheit des bayerischen Landtages im Rechte gewesen. So heftig wir uns damals in der bayerischen Kammer gegenübergestellt haben, so muß ich mich doch insofern dieses formellen Rechtes in dieser Sache durchaus auf die Seite des Centrums stellen. Es handelte sich um eine bayerische Landesangelegenheit, die wir Bayern neben-einander abzumachen haben. Das soll natürlich nicht sagen, daß nicht jedermann in Deutschland das Recht habe, darüber sich seine Meinung zu bilden, aber keinerlei außerbayerische Seite hat ein Recht, sich in diese Angelegenheit autoritativ einzumischen. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Die Reichsverfassung giebt dem Kaiser keinerlei Recht, sich in innere Angelegenheiten der Einzelstaaten einzumengen, sie sind gar nicht seine Sache. Der Reichskanzler hat allerdings gesagt: Der Kaiser wollte sich nicht einmischen. Ja, insofern überhaupt Worte noch einen Sinn haben, ist es doch ganz offenbar, welches die Bedeutung des betreffenden Telegramms gewesen ist. Dr. Schäbler hat mit völligem Recht ausgeführt, daß mit der gleichen Berechtigung der bayerische Regent oder irgend ein anderer deutscher Fürst sich in preussische Angelegenheiten einmischen und eine Empörung über einen Parlamentsbeschluss aussprechen, vielleicht auch, wenn er gut bei Kasse ist, gleichzeitig einen kleinen Beitrag zur Verfügung stellen könnte. (Große Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat sich gestern in geschickter Weise darum herumgedrückt, daß der Kaiser staatsrechtlich keinerlei Kompetenz hat, an den Beschlüssen irgend einer parlamentarischen Körperschaft irgendwelche Kontrolle oder Censur zu üben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich sehe ganz von der Ausdrucksweise ab, das ist Sache des Geschmacks oder, wie der Reichskanzler gesagt hat, des Talies. (Sehr gut! links.) Ich gehe auch nicht auf die staatsrechtlichen Auffassungen der betreffenden Kundgebung ein; es mag vielleicht an der Nähe der östlichen Grenze liegen, daß man die Dinge hier so auffasste, als ob der Prinzregent von Bayern persönlich die Mittel verlangte und sich dafür zu bedanken oder seine Empörung auszusprechen hätte, oder als ob der Regent sich in Einzelheiten der Kunstforderungen usw. einmengen und uns sein Urtheil darüber aufdränge; in Bayern ist das nicht der Fall. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) In der bayerischen Centrumpresse ist mit großer Gemüthung darauf hingewiesen worden, daß bereits einmal der Versuch einer Censur in einem Parlament gemacht worden ist und zwar gegenüber dem Reichstag im Jahre 1895. Die Bekämpfung der Centrumpresse, daß dieser Versuch vom Centrum auf das entschiedenste zurückgewiesen worden sei, ist aber absolut unwahr. Wir Sozialdemokraten sind es gewesen, die damals einen Antrag formuliert haben, um gegenüber jenem Eingriff die Rechte des Reichstags wahrzunehmen und dafür zu sorgen, daß in Zukunft nicht ein zweites Mal ein Reichskanzler eine Verantwortung für eine derartige Kundgebung übernehme. Der Präsident des Hauses, der auch damals dem Centrum angehörte, hat aber jenen Antrag nicht einmal zum Druck befördert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag hat die Sache einfach eingestekt und dadurch zur Wiederholung ähnlicher Kundgebungen förmlich herausgefordert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler bezeichnet den Depeschentausch als einen persönlichen Meinungs-austausch zwischen Freunden, die einander nicht misverstehen. Schön gesagt, Herr Reichskanzler! Es könnte sogar diesen Eindruck machen, wenn nicht dieser „persönliche“ Meinungs-austausch veröffentlicht worden wäre. Der Reichskanzler bezeichnet die Frage, wie diese Veröffentlichung zu Stande gekommen sei, als irrelevant; das „Volksliche Telegraphen-Bureau“ bringe alle Vorgänge von öffentlichen Interesse. Hier hat der Reichskanzler weniger als höherer Reichsbeamter geurteilt, denn als Journalist, denn es nur

darauf ankommt, eine Reueigkeit zu veröffentlichen, gleichviel woher sie kommt. Das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ ist allerdings keine offizielle Reichs- oder preussische Staatsinstitution, aber es veröffentlicht keine Feile antlichen Materials, deren Publikation von der Regierung nicht genehmigt worden wäre. (Sehr richtig! links.) Die Regierung giebt sogar den eigentlichen Antriebe dazu. Die Frage, wie die Sache ins „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ gekommen ist, ist also gerade der springende Punkt.

Der Reichskanzler hatte gestern ganz vergessen nicht nur, daß das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ die Angelegenheit auf einen direkten Befehl veröffentlicht hat (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), sondern auch, daß die Veröffentlichung gegen den Willen des Empfängers des Telegramms geschehen ist. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Zum Ueberflus ist dann am Schluß noch eine Fälschung hinzugefügt, indem man auf München als Quelle hingewiesen hat, während die Veröffentlichung von Berlin ausgegangen ist und man sie in München nicht haben wollte. (Hört! hört! links.) Der Reichskanzler hat nun freilich gemeint, ein Zeichen dafür, wie wenig der Empfänger das Telegramm mißbilligt habe, sei darin zu sehen, daß sich ein Sohn des Prinzen Ludwig sogar zu den Wiener Kaisermanövern begeben habe. Sie müssen von der bairischen Gutwilligkeit eine merkwürdige Auffassung haben (Heiterkeit), oder die bairische Regierung hat Ihnen Gelegenheit gegeben, sich eine solche Auffassung anzueignen. Mag aber vorgegangen sein was da will, der Eindruck des Telegramms war jedenfalls ein wesentlicher anderer. In einem Blatte, das offiziöse Notizen der bairischen Regierung veröffentlicht, in der „Augsburger Abendzeitung“, ist an der Spitze des Blattes der Eindruck des Telegramms an Postlager des bairischen Regenten dahin charakterisiert, daß das Wort „Ueberraschung“ auch nicht ausreichend erschöpfend sei. Man habe trotz mancher Vorgegangenen am bairischen Hofe dieser doch nicht für möglich gehalten. (Heiterkeit und Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ueber eine andre Quelle, die noch deutlicher wird, will ich im Augenblick schweigen. Die Angelegenheit ist in Bayern in der Öffentlichkeit, in Versammlungen und Vereinen gründlich besprochen worden, und der Ton war ein sehr viel verständlicher als der hier angeschlagene. (Heiterkeit.) Es ist wirklich ein Glück, daß bei uns in Bayern noch die preussischen Majestätsbeleidigungs-Maximen keine Geltung haben, sonst hätten unsre Gerichte gar viel zu thun gehabt. Das bairische Centrum hatte natürlich alle Veranlassung, über das Telegramm zu jubelieren, denn es hat ihm aus der Tasche geipelt und seine Position in einer Weise verbessert, wie es sich nicht hätte träumen lassen können. Das Centrum hat denn auch diese kräftige Rede in die Hand genommen. Dabei hatte aber ein paar Tage vor der Telegramm-Affäre die „Germania“ aus Gram über die „diabolische Christenverfolgung“ in Bayern gesprochen, das Haus Wittelsbach wird in absehbarer Zeit im eignen Lande verlassen sein, weil der einheitsstaatliche Gedanke im bairischen Volke geradezu rapide um sich greift. Um alle diese Dinge hat der Reichskanzler sich nicht gekümmert; der hatte in Norderny an viel lustigere und angenehmere Dinge zu denken (Heiterkeit), als an das, was in Berlin passierte. Der Reichskanzler ist wieder einmal vollständig ausgeschaltet und vom Lauf der Dinge überrast worden. (Zustimmung links.)

Ich komme zu einem andern Punkt. Während es sich hier um einen Eingriff in einzelstaatliche Landesrechte gehandelt hat, sind durch die Reden, welche im Zusammenhang mit dem Fall Krupp gehalten worden sind —

Präs. Graf Ballestrem: unterbrechend: Herr Abgeordneter, der Wirkliche Geheimrat Krupp war ein Privatmann und nichts weiter. Die Verdächtigungen und Verunglimpfungen, die ihm vor seinem Tode zu teil wurden, liegen auch auf ganz privatem Gebiet. Die Trauerkundgebungen und Sympathiebezeugungen nach seinem Tode, von wem sie auch ausgegangen sein mögen, betreffen jedenfalls nur das private Gebiet, und ich werde nicht dulden, daß der Fall Krupp hier im Reichstag bei Gelegenheit des Budgets behandelt wird. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten.) Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, sich danach zu richten.

Abg. v. Volkmar: Ich habe lediglich die Absicht, eine bezw. zwei Reden, die mit dem Fall an sich nichts zu thun haben, und die in authentischer Form im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht worden sind, zu besprechen, und zwar nicht, um auf die Person Krupps auch nur mit einem einzigen Worte einzugehen, sondern nur zu dem Zweck, um zu zeigen, zu welchen Folgen jene Reden führen müssen.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, ich bleibe bei meiner Entscheidung! (Erneute Unruhe bei den Socialdemokraten.) Die Reden, die bei diesem traurigen Fall gehalten wurden, gehören in das private Gebiet, wenn sie auch im „Reichs-Anzeiger“ gefunden haben. Ich kann nicht zugeben, — (Stürmische Unruhe und Protestkundgebungen bei den Socialdemokraten, wobei die nächsten Worte des Präsidenten verloren gehen. **Abg. Ledebour** ruft laut: „Eine politische Angelegenheit unserer Partei!“ Lebhaftige Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Volkmar: Ich bin selbstverständlich, wenn Sie (zum Präsidenten) mich zwingen, außer Stande, das zu thun, was ich für recht halte. Aber ich stelle fest, daß sogar jener Grundsat, den der Herr Präsident früher selbst aufgestellt hat, daß kaiserliche Reden hier diskutiert werden dürfen, wenn sie in authentischer Form im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht seien, nicht mehr eingehalten wird, und daß wir in deutschen Reichstag nicht mehr so viel Redefreiheit haben, um eine öffentliche Angelegenheit zu besprechen, wie sie in der Öffentlichkeit sonst überall besteht. (Erneute lebhaftige Kundgebungen der Zustimmung bei den Socialdemokraten. Wiederholte Rufe: Sehr wahr!)

Präsident Graf Ballestrem: Der Grundsatz galt nur für kaiserliche Reden, die öffentliche Angelegenheiten besprechen. (Enttäuschte Zurufe bei den Socialdemokraten: „Das ist doch eine öffentliche Angelegenheit!“ Die stürmischen Aeusserungen der Empörung auf den Väulen der Socialdemokraten halten immer noch an.)

Präsident Graf Ballestrem (sehr erregt): Der gegenwärtig das Wort hat, wird mich zugeben, daß ich ihn in seinen Ausführungen über das Swinemünder Telegramm nicht unterbrochen habe. Der Fall Krupp wird nach keiner Richtung hier erwähnt werden! (Erneute Aeusserungen des Protestes und der Enttäuschung bei den Socialdemokraten. Zuruf bei den Socialdemokraten: Es handelt sich gar nicht um Krupp!) Der Präsident bittet in großer Erregung um Ruhe. Von den Väulen der Socialdemokraten wird ihm zugehört: „Man sieht also, wie unangenehm Ihnen die Sache ist!“ Die stürmische Unruhe dauert wieder längere Zeit an.)

Abg. v. Volkmar: Ich muß wiederholen, daß ich des Falles Krupp sowohl seiner Person als auch der Handlungen, die sich daran knüpfen, nicht mit einem Wort Erwähnung zu thun gedenke, wohl aber darüber zu sprechen gedenke, daß unsre Partei in jenen Reden beschimpft worden ist. (Lebhaftige Rufe bei den Socialdemokraten: Sehr richtig! Es ist unerhört! — Erneute Unruhe.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bleibe dabei, daß ich, so lange ich hier Präsident bin, die Besprechung dieses Falles nicht dulden werde! (Bei diesen Worten entsteht von Neuem tumultuöse Erregung bei den Socialdemokraten. Erneute Rufe der Enttäuschung und des Widerspruches werden laut. **Abg. Ledebour** ruft: „Die Vertreter der Arbeit sind aufgefordert worden, hier im Reichstag Protest zu erheben!“ Andre socialdemokratische Abgeordnete rufen dem Präsidenten zu: „Es waren politische Aktionen!“ „Wir sind beschimpft worden als Vertreter der Arbeiter!“)

Abg. v. Volkmar: Jene Reden haben aus zwei Teilen bestanden, der eine Teil hat die Privatperson Krupps betroffen, der andre Teil war ein Pronunciamento gegen die Socialdemokratie! (Lebhaftige Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bleibe bei meiner Entscheidung! (Erregte Protestrufe bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Volkmar: Das heißt also: **sic volo, sic jubeo!** **Präsident Graf Ballestrem:** Es heißt, daß ich die Rechte wahrnehme, die der Reichstag seinem Präsidenten übertragen hat! (Erneuter stürmischer Widerspruch bei den Socialdemokraten. **Abg. Ledebour:** „Sie mißbrauchen Ihre Rechte!“ Der Präsident wendet sich erregt zu den Socialdemokraten hin, von deren Väulen ihm zugerufen wird: „Ja wohl! ja wohl!“ Lebhaftige Bewegung im ganzen Hause.)

Abg. v. Volkmar: Der Reichstag giebt dem Präsidenten seine Rechte, um die Meinungsfreiheit zu schützen, nicht um sie zu unterdrücken! (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten. Erneute Bewegung auf allen Seiten des Hauses.)

Präs. Graf Ballestrem: Wie der Präsident seine Rechte wahrnimmt, das ist seine Sache. (Erneute Unruhe bei den Socialdemokraten. Wiederholte laute Zurufe bei den Socialdemokraten: Pfui! Pfui! Kein! Nicht wahr! Pfui!) Der Präsident fügt, aufs äußerste erregt, hinzu: Nur der Präsident selber weiß was er zu thun hat! (Minutenlang stürmische Unterbrechungen und Protestkundgebungen bei den Socialdemokraten.)

Als **Abg. v. Volkmar** fortzufahren beginnt, seine Absichten darzulegen und gegen das Verfahren des Präsidenten zu protestieren, unterbricht ihn

Präs. Graf Ballestrem im Anfang mit den Worten: Ich bitte jetzt, nicht mehr meine Anordnungen zu kritisieren.

Abg. v. Volkmar: Wenn der Herr Präsident mich hätte ausgesprochen lassen, würde er vernommen haben, daß ich gar nicht von ihm, sondern von seinem Vorgänger auf diesem Platze gestern sprach. Es ist der Kollege Schädler gewesen, der gestern selbst auf diese Angelegenheit zu sprechen gekommen ist (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten), nämlich auf die sogenannten **Goldbüchsen**-Adressen, die er einer Kritik unterzogen hat. Es muß mir danach dasselbe Recht gewahrt werden, das gestern dem Redner des Centrums zugestanden worden ist. (Lebhaftige Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Präs. Graf Ballestrem: Das ist etwas ganz anderes. (Erneute stürmische Unruhe und Unterbrechungen bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Volkmar: Sie bringen mich in die unangenehme Lage, sagen zu müssen, daß sich unter diesen Umständen und unter diesen Vorschriften wohl überhaupt im deutschen Reichstag nicht mehr offen sprechen läßt, und daß hiernach die Vertreter des deutschen Volkes ein geringeres Recht haben, als jede Volksversammlung und jede Zeitung. (Zustimmung links.)

Präs. Graf Ballestrem: Ich muß nochmals bitten, meine Anordnungen nicht in der Weise, wie Sie es jetzt thun, zu kritisieren.

Nach diesen Worten werden in den Reihen der Socialdemokraten von neuem erregte und entrüstete Kundgebungen des Widerspruches laut.

Abg. v. Volkmar: Ich hatte gehofft, daß im neuen Jahre im Reichstage wieder eine ordentliche und ruhige Verhandlungsweise möglich sein würde. Da aber jetzt in dieser Weise vorgegangen wird, so scheint das nicht beabsichtigt zu sein. Es ist mir unmöglich gemacht —

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte nochmals, mit diesen Aeusserungen aufzuhören. Ich würde sonst in die Lage versetzt werden, Sie zur Ordnung zu rufen! (Erneuter tumultuöser Widerspruch und Oh!-Rufe bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Volkmar: Herr Präsident, ich versichere Sie, daß es niemandem ferner liegt als mir, Ordnungsruhe heraufzufordern, daß ich mich stets bestrebe und immer bestrebt habe, innerhalb der Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen zu handeln. Aber ich muß allerdings sagen, daß wenn mir in einer wichtigen Angelegenheit einfach ein Maulkorb angelegt wird —

Präsident Graf Ballestrem: Das können Sie nicht sagen! (Große Unruhe bei den Socialdemokraten.) Es ist das ein Punkt, den ich nicht zulasse! (Lebhaftige Unterbrechungen und Protestrufe bei den Socialdemokraten. — Zuruf: „Ihr Fraktionsfreund hat es sagen dürfen!“) Der Präsident bittet um Ruhe, da er die Zurufe nicht verstehen könne.

Abg. v. Volkmar: Ich muß gestehen, daß ich trotz meiner langen parlamentarischen Erfahrung eigentlich noch nicht weiß, was ich thun soll und wie ich mich verhalten soll. Mir ist das Mandat übergeben worden, eine wichtige hochpolitische Angelegenheit zur Sprache zu bringen, die während mehr als eines Monats das ganze Reich in Erregung versetzt hat, und nun wird in diesem Hause erklärt, daß, während der Swinemünder Fall, der vom Centrum ausgedeutet, besprochen werden durfte, dieser Fall nicht besprochen werden soll. Herr Präsident, —

Präsident Graf Ballestrem: Mein Herr Abgeordneter v. Volkmar, diesen Vorwurf hätte ich nicht erwartet, daß ich das Centrum beginstige! (Zuruf bei den Socialdemokraten: Ja to o h! — Große Bewegung.) Sie haben den Swinemünder Fall noch viel mehr besprochen, wie Dr. Schädler. Ich habe Sie nicht unterbrochen. Also bitte ich, solche Verdächtigungen meiner Handlungsweise zu unterlassen. Ich bitte, von jeder Erwähnung des Falles Krupp abzusehen, von allem, was vorher und nachher geschah, nach dem Tode des Ehrenmannes. (Unruhe.)

Abg. v. Volkmar: Der Swinemünder Fall ist nicht einmal im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht worden, und er wurde — mit vollem Recht — hier besprochen. Ich stelle also fest, daß dieser Fall, dessen Besprechung vom Centrum ausgegangen ist, hier in breiterer Ausführlichkeit behandelt werden durfte, während ein anderer Fall, von uns ausgehend, nicht mit einem Wort soll erwähnt werden dürfen, ohgleich es sich dabei um eine amtliche Veröffentlichung handelt! (**Abg. Singer** ruft: Beschimpfung von 2 1/2 Millionen Wählern!) Aber das nützt mir nichts, ich stelle einfach vor dem Lande fest, daß es mir unmöglich gemacht worden ist, eine Angelegenheit, die das ganze Reich angeht, hier zu besprechen und Angriffe und Beschimpfungen auf eine Partei von weit über 2 Millionen Wählern zurückzuweisen! (Lebhaftige Rufe: Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Im übrigen werde ich, wie es für einen Abgeordneten ja selbstverständlich ist, unumkehrbar übergeben zum nächsten Punkt und weiter fortfahren in meiner Kritik gegenüber dem Reichskanzler, einer Kritik, die zu bestehen ja allerdings dem Reichskanzler durch den Präsidenten außerordentlich erleichtert worden ist. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Der Reichskanzler hat gestern den Begriff der Verantwortlichkeit festzustellen gesucht: ich halte die subtilen Unterscheidungen, die er vorgetragen hat, für ganz hinfällig. In einem wirklich konstitutionellen Staate können politische Handlungen des Staatsoberhauptes nur durch den verantwortlichen Minister erfolgen. Sonst hängt die Rückkehr zum Absolutismus ja nur von dem guten Willen des Fürsten ab. Die geringfügigsten Staatsangelegenheiten, die Verletzung eines Ordens zum Beispiel, bedürfte als wichtiger Akt

der Gegenzeichnung des verantwortlichen Ministers; wo, es sich aber um höchst wichtige programmatische Aeusserungen des Monarchen handelt, die bestimmt sind, dem Reichswesen eine neue Richtung zu geben, dann sollte eine solche Verantwortlichkeit nicht notwendig sein? Der Reichskanzler hat das Recht der freien Meinungsäußerung für den Monarchen verlangt, das jeder Staatsbürger besitzt. (**Abg. Singer:** Nur ein Abgeordneter nicht nach Ballestrem! Sehr gut! und Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Der Vergleich zwischen dem Kaiser und dem Staatsbürger ist recht unglücklich. Ein Staatsbürger hat ja die Verantwortlichkeit des Kaisers, er kann als Person nicht die Politik beeinflussen, wie dieser. Viel eher ist der Kaiser mit einem Beamten zu vergleichen, und in Preußen hat ein Beamter wenigstens das Recht der freien Meinungsäußerung. Die Initiative des Kaisers darf nicht über die Grenze der Reichsversammlung hinauswirken. Bleibt man nicht auf diesen strengen Standpunkt, dann kommen wir in das persönliche Regiment hin. Aus dem unabhängigen Reichskanzler wird ein abhängiger Beamter. Wenn der Reichskanzler nicht hindern kann oder will, daß derartige Reden und Manifestationen des Kaisers weiter vor sich gehen, dann muß man sich doch fragen, wie sich die Öffentlichkeit dazu verhalten soll. Sie sehen, daß hier schon die Kritik unmöglich gemacht wird. Man kann sich mit diesen Reden ja sehr bequem abfinden und sagen, wie es manche Blätter thun, sie sind bedeutungslos. Aber das ist ein unwürdiges Versteckspiel. Nirgendwo im Auslande versteht man, daß sich ein großes Volk wie das unsre in eine Staatsform hineinzwängen läßt, wo solche Dinge möglich sind. Nebenbei möchte ich den Reichskanzler fragen: hat er dafür gesorgt, daß die Antworten, die dem Kaiser in zahlreichen Arbeiter-Versammlungen ertönt worden ist, auch zur Kenntnis des Kaisers gekommen sind, damit dieser die Wahrheit über die Folgen seiner Rede erfährt? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Oder steht der Reichskanzler auf dem Standpunkt, daß er die ganze Verichterstattung jenen verantwortlichen Stellen überläßt, über die Fürst Bismarck die bitterste Kritik geübt hat. Und noch eins möchte ich dem Reichskanzler erwidern: es besteht ein Majestätsbeleidigungs-Paragraf, der die sachliche Kritik der Kaiserworte in der Öffentlichkeit außerordentlich einschränkt. Der Schutz dieses Paragrafen hat zur logischen Voraussetzung, daß der Fürst nicht lächerlich thut, daß er sich Juridikalien auferlegt, daß er nicht persönlich in den Streit der Parteien eingreift. Wenn unter den Umständen, wie sie sich in Deutschland entwickelt haben, der Majestätsbeleidigungs-Paragraf weiter bestehen bleibt, dann wird dem Fürsten das unwürdige Vorrecht verliehen, hinter sicherer Versicherung Verleumdungen auszusprechen, auf die der Angegriffene nicht erwidern kann. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Das muß die öffentliche Moral vollkommen zerstören. Die notwendige Konsequenz der ganzen Entwicklung ist die Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen, der so viel Unheil schon angerichtet hat. Zum mindesten muß dem Angegriffenen das Recht gegeben werden, zu antworten. (Zuruf bei den Soc.: Aber nicht im deutschen Reichstage.) Welche Entwicklung sollen dann die Dinge bei uns nehmen. Nur zwei Möglichkeiten sind vorhanden. Entweder entwickeln sie sich auf dem Boden der Konstitution oder auf dem Boden des Bonapartismus. Auch England hat einen sehr impulsiven König gehabt. Aber Pitt hat sich des Königs zu erwehren getraut. Dadurch hat er ermöglicht, daß England im abgelaufenen Jahrhundert die ruhigste Entwicklung zu einem demokratischen Staate genommen hat. Anders verlief die Entwicklung in Frankreich. Napoleon der Kleine hat das persönliche Regiment eine Zeitlang anrecht erhalten. Welches Ende er genommen, das wissen Sie ja. Ich wünsche, daß die Entwicklung bei uns sich in ruhigen, organischem Gange zu immer freieren Formen entfaltet. Leider aber zeigen sich sehr viele Anzeichen, daß man die Wege des Bonapartismus einschlagen will. (Lebhaftige Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Auch in Frankreich hat es an Ansprachen an die „weißen Wäulen“ nicht gefehlt. Jedenfalls werden wir Socialdemokraten verlangen, daß dem nächsten Reichstage alsbald ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz vorgelegt wird, damit wir endlich aus dem unwürdigen Zustand herauskommen, uns hier mit dem Reichskanzler noch darüber herumsprechen zu müssen, was Verantwortlichkeit ist. Jetzt steht diese Verantwortlichkeit auf dem Papier; sie ist mir moralisch da, als gar nicht. (Heiterkeit.) Herr Schädler hat gestern gefragt, welche Mittel dem Reichskanzler zu Gebote ständen, um die Wiederholung solcher Swinemünder Telegramme zu verhindern, er hat gefragt, was um Himmelswillen sollen wir denn anfangen. Nun, Sie sollten doch den Reichskanzler den nötigen Rückhalt geben. Sie, die Vertretung des deutschen Volkes. Sie sollten sagen: wir dulden nicht, daß weiter so gehandelt wird, wir machen dich Reichskanzler dafür verantwortlich, wir erheben die Ministeranklage. Das ist heute nicht möglich, und ich wünsche nur, daß die Herren vom Centrum, die gestern so energisch aufgetreten sind, uns nun endlich zu einem wirklichen Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz verhelfen.

Herr Schädler ist gestern auf das allgemeine Wahlrecht zu sprechen gekommen und hat gemeint, es scheint so, als ob wir im Lande nach einer Wahlparole suchten und nun so thäten, als sei das allgemeine Wahlrecht gefährdet. Ah, Herr Schädler, wir brauchen nach Wahlparolen nicht zu suchen. (Lebhaftige Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Das haben uns die Herren sehr bequem gemacht. Die Thatsache steht fest, daß während der Kämpfe um den Vorkurs eine Reihe Aeusserungen von Konservativen und auch von national-liberaler Seite in der Presse erfolgt sind, die direkt oder indirekt gegen das allgemeine Wahlrecht gerichtet waren und Vorschläge enthielten, wie es abgeändert werden müsse. Jetzt hinterher scheint es den Herren ja unangenehm zu sein. Wir stehen vor den Wahlen und da muß auf die Wähler Rücksicht genommen werden. Nun suchen Sie sich zurückzuziehen. (Zwischenruf des **Abg. Dr. Sattler:** Erinnern Sie sich nur an Herrn v. Kröcher, Herr Dr. Sattler. Wichtig ist, das Centrum hat bei diesen Aeusserungen nicht mitgehört, obwohl nicht verschwiegen werden darf, daß gegenüber den heftigen Angriffen auf das Reichstags-Wahlrecht die Abwehr von Seiten des Centrums sehr lau und zweideutig war. In einer parier-offiziösen Note hat die „Germania“ jüngst gesagt, daß die Partei den Grundsätzen und großen Traditionen des Centrums getreu niemals die Hand zur Anhebung des allgemeinen Wahlrechts bieten würde. Das ließe sich hören, wenn das Centrum noch ein Recht hätte, sich auf seine großen Traditionen zu berufen, wenn es diese Traditionen seiner Ober nach Macht und Einfluß nicht längst geopfert hätte. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Eine Partei, die so gehandelt hat, wie das Centrum mit den andern Parteien der Reichheit bei den Volkverhandlungen, hat sich des Rechtes begeben, noch irgend welches Vertrauen zu beanspruchen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Ihm ist alles zuzutrauen, und wir werden uns zu jedem Kampfe für das Wahlrecht rufen. Genüß ist das allgemeine Wahlrecht eine Einrichtung, die nicht so leicht genommen werden kann. Wäre das so leicht, so wäre es schon längst genommen. Es sind auch nicht lauter Kröcher in diesem Hause; einige Leute haben noch Besinnung und wissen, daß man bei dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht wohl den Anfang, aber nicht das Ende absehen kann. Aber jede realistische Maßregel führt eine weitere realistische Maßregel herbei; sehr einflussreiche Kreise sind mit dem allgemeinen Wahlrecht sehr unzufrieden und haben während der Vorkämpfe im Dezember die Frage einer Wahlrechts-Änderung sehr eingehend besprochen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Wir werden uns nicht in Sicherheit wiegen lassen, sondern eifervoll über das allgemeine Wahlrecht zu wachen. Wir werden unsre Wähler auf die Gefahr hinweisen, die ihnen aus unsren innerpolitischen Verhältnissen droht, damit ihnen die Augen aufgehen und sie dafür sorgen, daß nicht wiederum eine reaktionäre Mehrheit, wie sie heute da ist, in diesen Saal kommt, sondern daß eine gründliche Abrechnung mit unsren politischen Verhältnissen herbeigeführt werde. (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Vahricher Staatsrat Herr v. Stengel befreit gegenüber dem Abg. v. Vollmar, daß sich der bayerische Finanzminister v. Nibel niemals völlig ablegend von dem Gedanken einer Reichs-Einkommensteuer verhalten hätte. Der bayerische Finanzminister habe vielmehr am 18. Januar 1902 im Namen der gesamten verbündeten Regierungen die ernstlichen Bedenken gegen eine solche Steuer ausgesprochen.

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Herr v. Vollmar sprach davon, daß sich nationalliberale Politiker gegen das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen hätten, hat aber auf einen Juraus meinerseits einen Namen nicht nennen können. Ich weise diese Behauptung auf das allerentschiedenste zurück.

Die Ausführungen des Herrn Schäbler, dem es gelungen ist, die Besprechung einer Kaiserdepeche, die nicht im „Reichsanzeiger“ gestanden hat, hier herbeizuführen, haben wieder bewiesen, daß Centrum in der That bei uns Trumpf ist. Die Besprechung hätte sich meines Erachtens lediglich mit der Frage der Veröffentlichung der Depeche beschäftigen dürfen; Herr Schäbler ist jedenfalls so scharf in der Sache vorgegangen, weil er und seine bayerischen Freunde in der Sache ein sehr schlechtes Gewissen hatten, weil sie sich betruht waren, unsachlich vorgegangen zu sein. (Lachen links.) Wir dürfen dem Kaiser den Ausdruck des persönlichen Gefühls über dieses unglückliche Vorgehen nicht verwehren. Was den Reichstag angeht, ist lediglich die Frage der Veröffentlichung der Depeche. Mit Herrn Schäbler stimme ich dagegen überein, daß ich den Herrn Reichskanzler ebenfalls erüben möchte, uns einige Aufklärung über die auswärtigen Verwicklungen z. B. in Venezuela zu geben. Protestieren muß ich dagegen, daß Herr v. Vollmar unsre Politik im Boerentriege eine treulose genannt hat. Gewiß sind auch wir gegen übermäßige Liebeswerbungen, aber wenn es gelingt, wie zum Beispiel durch die Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika, freundlichere Beziehungen zwischen zwei Staaten zu erzielen, so ist das erfreulich. Wenn wir auch mit Herrn v. Vollmar die verabschiedete Stimmung in Frankreich begrüßen, so kann uns das doch nicht zum Rüstzeug veranlassen, wir halten vielmehr einen bewaffneten Frieden für das Beste. Der Forderung, daß ein Gesetz betreffend Diäten für den Reichstag noch in dieser Session eingebracht werden möchte, damit dieser Reichstag für den nächsten Diäten beschließt, können wir uns nur anschließen. Ebenso stimmen wir auf sozialpolitischen Gebiet mit den Ausführungen des Centrumsredners überein. Redner wendet sich nunmehr zu der Kritik des Etats. Eine Erhöhung der Matrimonialbeiträge können eine große Reihe von Bundesstaaten nicht ertragen, vor allem die kleinen Thüringischen Staaten nicht. Den Gedanken einer Reichs-Finanzreform in der Richtung einer reichlichen Scheidung der Reichs- und Einzelstaaten-Finanz haben wir stets begrüßt, aber auf neue Steuern lassen wir uns jetzt unter keinen Umständen ein. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Auf: Jetzt vor den Wahlen.) Der Schuldentilgung muß größere Aufmerksamkeit zugewandt und regelmäßig ein bestimmter Prozentsatz zu diesem Zweck in den Etat eingelegt werden. Unbedingt Einhalt getan werden muß den fortwährenden Etatsüberschreitungen. Zur Besserung der wirtschaftlichen Entwicklung wird vor allem der baldige Abschluß langfristiger Handelsverträge beitragen; wir hoffen, daß es der Regierung gelingen wird, möglichst bald uns derartige Handelsverträge vorzulegen.

Herr v. Vollmar sprach von der Gefährdung des Konstitutionalismus. Die Socialdemokratie hat durch ihre Obstruktion beim Reichstag alles getan, um den Konstitutionalismus bei uns unmöglich zu machen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wir scheuen das Urteil unserer Wähler nicht, sie sind überzeugt, daß wir eigentlich noch große Langmut und Milde geübt haben. (Lachen bei den Socialdemokraten, Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Reichskanzler Graf Bülow:

Ich will zunächst mit einigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Abg. v. Vollmar eingehen. Aus seinen Schlußausführungen läßt sich die Tendenz zu sprechen, seiner Majestät dem Kaiser und der Monarchie eine antisoziale Tendenz zu imputieren. Diese Auffassung ist historisch wie psychologisch gleich un begründet. Wie wir alle wissen, ist die sociale Bewegung Deutschlands durch Kaiser Wilhelm I. ins Leben gerufen worden. Die Monarchie hat in Deutschland tatsächlich mehr für die arbeitenden Massen getan, als bisher in irgend einem Lande für die Arbeiter geschehen ist. (Sehr richtig! rechts.) Vor einigen Wochen befand sich in Berlin eine Deputation der Friendly Society, um unser Versicherungsengesetzgebungsweisen zu studieren. Beim Abschied der Deputation hielt ihr Führer eine Rede, in welcher er unter Bezugnahme auf die allerhöchste Hofschaffung vom 17. November 1881 wörtlich sagte: Selbst wenn die Namen eines Cäsar und Napoleon längst verklungen sein werden, so wird dieses deutsche Kaiserwort ewig fortleben und noch in den fernsten Jahrhunderten die Herzen bewegen und dauernd das Gedächtnis des deutschen Volkes wachhalten, der die Worte seiner an den Reichstag gerichteten Hofschaffung nicht nur ausgesprochen, sondern auch kraftvoll in die That umgesetzt hat. (Bravo! rechts.) So, meine Herren, urteilt das Ausland über das, was die Monarchie in Deutschland geleistet hat in der socialen Frage. Die grohartige Schöpfung unserer Arbeiterversicherung steht bis jetzt einzig in der Welt da. Wo finden Sie in Frankreich, oder Belgien, oder Holland, in England oder Amerika, Gesehe, Maßnahmen, Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter wie bei uns? (Sehr richtig! rechts.) Wenn Sie das bestritten wollten, möchte ich Ihnen aus einem Bericht unres Hofschaffers in Paris eine Stelle verlesen über eine Unterredung, die er gehabt hat mit dem früheren, sehr ausgezeichneten französischen Handelsminister Herrn Millerand. Herr Millerand ist ein intimer Freund des großen Redners und hervorragenden Politikers Herrn Jaurès und da Herr Jaurès sich auch der, wie ich glaube verstanden zu haben, sehr guten Meinung des Herrn v. Vollmar erfreut (Abg. v. Vollmar: Sehr richtig!), ich freue mich, daß Herr v. Vollmar das bestätigt, so werden Sie auch dem vielleicht eine gewisse Bedeutung beilegen, was Herr Millerand unserm Hofschaffter sagte. Er bemerkte, da die Frage der Altersversicherung für die Bergarbeiter gerade jetzt auf der Tagesordnung steht, daß seine Bemühungen darauf gerichtet seien, einen ähnlichen Zustand zu schaffen, wie ihn die Hohenzollern und Weisheit Kaiser Wilhelms in Deutschland herbeigeführt habe. (Hört! hört! rechts.) für die humanitäre Behandlung arbeitsunfähiger Gewordenen hat der Staat in Deutschland viel mehr getan als in Frankreich. Man muß versuchen, dies nachzuholen. Seine Sorge sei, die immer drohender werdende Gefahr der Streiks zu beseitigen, nicht aber, wie man ihm vorwirft, die Streiks zu fördern. Dies sei nur möglich, wenn wirklich gerechten Forderungen der Arbeiter Rechnung getragen wird. Im Anfang des Berichts steht noch folgende Stelle: „Unser Hofschaffter Fürst Napolin schreibt: Bei dieser Unterhaltung mit Herrn Millerand hatte ich einen angenehmen Eindruck seiner ruhigen und würdigen Persönlichkeit, welche fern von jeder Pose ruhig und sachlich war. Nach früheren Schilderungen der Presse hatte ich mir ein ganz anderes Bild von ihm machen müssen. Er verfolgt energisch die Hebung der unteren Klassen, wozu die Sozialgeist nicht allzu geneigt ist.“ (Juraus bei den Socialdemokraten: Sehr richtig! und das überall!) Dieser Zwischenruf springt mich wirklich: es ist wörtlich das selbe, was Seine Majestät der Kaiser an den Rand des Berichts geschrieben hat. (Stürmische Heiterkeit.) Ich werde mir erlauben, Ihnen diesen Bericht nachher zu übergeben. Nun, meine Herren! ich wünsche Ihnen einen solchen Millerand. (Heiterkeit links.) Es ist unbestreitbar, daß die sociale Gesetzgebung mit allem, was sie großes gebracht hat, zurückzuführen ist auf die gemeinsame Arbeit der deutschen Fürsten und dieses hohen Hauses. Was Sie (zu den Socialdemokraten) betrifft, so haben Sie ja gegen die Arbeitergesetze gestimmt, und auch das gleiche und allgemeine Wahlrecht, welches anzunehmen irgendwo irgend welche Tendenzen befehlen, ist Ihnen von der Monarchie gewährt und freiwillig gewährt worden. Seine Majestät der Kaiser ist davon durchdrungen, daß es Aufgabe des Staates ist, die schwebende, fähende und helfende Hand über die wirtschaftlich Schwachen zu

halten. Auf solche Fürsorge hat nach seiner Ansicht allerdings jeder wirtschaftlich bedrängte Stand Anspruch. Also nicht nur die Industrie-Arbeiter, sondern auch die Landwirtschaft. (Juraus rechts: Bauer!) Jawohl, der Bauer ist auch ein Mensch, sozusagen. Die Monarchie ist auch heute bestrebt, diejenigen Unselbständigen und Mißstände, welche neben vielen Lichtseiten die Entwicklung der Staaten mit sich gebracht hat, und die in allen fortgeschrittenen Ländern sich finden, soweit zu beseitigen wie möglich ist auf dieser unvollkommenen Erde. Während des vorigen Jahrhunderts hat sich das deutsche Bürgerthum, zuerst die Gebildeten und Gelehrten, dann die schaffenden Unternehmer zu Macht und Ansehen emporgeschwungen, und es ist die Ansicht des Kaisers und der verbündeten Regierungen, daß es Aufgabe unres Jahrhunderts ist, die sociale Gesetzgebung auszubauen. Der Kaiser ist davon durchdrungen, daß der Arbeiter gleichberechtigt sein soll mit andern Ständen und Klassen und daß diese Gleichberechtigung ihren gesetzgeberischen Ausdruck finden soll (Juraus bei den Socialdemokraten: Siehe Justizhausvorlage!), und wenn die Arbeiter sich veranlaßt sehen sollten zu Kundgebungen — ich spreche natürlich nicht von irgend einer besonderen Species —, so haben nur solche Kundgebungen einen Wert, die aus freiem und unbeflügeltem Willen hervorgehen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Solche Kundgebungen begrüße ich gern als ein Zeichen dafür, daß ein großer Teil der Arbeiter treu zu Kaiser und Reich stehen. Aber von Manifestationen, die durch äußeren Druck von fremder Seite hervorgerufen werden, halte ich gar nichts. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Herr v. Vollmar hat ferner von „bonapartistischen Tendenzen“ gesprochen. Mir ist kein einziger Fall bekannt, wo der Kaiser sich in Widerspruch gesetzt hätte mit Bestimmungen der Reichsverfassung. Wenn er sich aber in diesem Rahmen hält, so hat er nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die ihm durch die Verfassung übertragenen Befugnisse in ihrem vollen Umfang anzuwenden. Was soll das ganze Gerede von Absolutismus und Cäsarismus? Als ich alle diese dunklen Andeutungen (soeben hörte, fragte ich mich wirklich, ob ich mich nicht statt in dem deutschen Reichstag etwa in Marokko oder in China befände. (Lachen links.)) Rennen Sie mir einen einzigen Fall, wo das verfassungsmäßige Recht des deutschen Volkes durch den deutschen Kaiser, die Fürsten oder Minister irgendwie mißachtet worden ist! (Juraus: Swinemünder Depeche! — Unruhe.) In einem Parteilager können sich viel leichter absolutistische Tendenzen einstellen; es giebt auch vielleicht bei uns mehr oder weniger absolutistisch angelegte Parteilager. (Heiterkeit.) Aber absolutistisch angelegte Fürsten oder Minister haben wir in Deutschland nicht. Absolutismus ist überhaupt gar kein deutsches Wort. (Große Heiterkeit links.) Es ist ein romanisches Gewächs; in Deutschland kann von Absolutismus nicht die Rede sein, so lange unres Zustände sich weiter entwickeln im Rahmen von Gesetz und Ordnung. Wenn unres Zustände jemals eine absolutistische Form annehmen sollten, so kann dies nur durch revolutionäre Umwälzungen geschehen.

Abg. v. Vollmar glaubte einen Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und dem Kaiser konstruieren zu können. Dies Verhältnis ist staatsrechtlich präliminirt durch die Artikel 15, 16 und 17 der Verfassung. Das Wesen des Verhältnisses liegt in dem beiderseitigen guten Willen und dem beiderseitigen Wunsche im Interesse des salus publica zusammenzuwirken. Ohne gegenseitige Konzeffionen, ohne gelegentliche Kompromisse geht es nirgend in der Welt. Das will ich aber mit aller Bestimmtheit aussprechen, daß dem Kaiser das Recht der persönlichen Initiative von keinem Reichskanzler verkrüßt werden wird, noch soll, noch kann. Das würde allen Traditionen des deutschen Volkes widersprechen. Das deutsche Volk will keinen Schattenkaiser, sondern einen Kaiser von Fleisch und Blut. Die Schattenkaiser haben genug Unheil über das alte Deutsche Reich gebracht. Was aber den Reichskanzler angeht, so wiederhole ich, daß ein Reichskanzler, der überhaupt diesen Namen verdient, der ein Mann und nicht ein altes Weib ist (Heiterkeit), nichts thun wird, was er nicht pflichtmäßig vor seinem Gewissen vertreten kann. Daraus folgt nicht, daß der Reichskanzler sofort zurücktreten soll, sobald er einmal über irgend eine Angelegenheit anderer Meinung ist, wie sein Souverän, wenn das der Fall wäre, so hätten meine Vorgänger mehr wie einmal ihre Entlassung einreichen müssen. (Hört! hört! links.) Das ist ja allgemein bekannt. Die erste Eigenschaft des Kanzlers ist Augenmaß. Er muß unterscheiden können zwischen großen politischen Fragen und Angelegenheiten von nicht so großer Bedeutung. Wegen solcher minder wichtiger Sachen seine Entlassung einzureichen, wäre gerade so falsch, als wenn jemand aus einer Partei austreten wollte, weil er mit dem Leiter derselben anderer Meinung ist, und das wird wohl auch gelegentlich vorkommen; aber ein nur ausführendes Organ, ein Instrument ist der Reichskanzler nicht. Das würde weder den Interessen des deutschen Volkes entsprechen, noch den Wünschen Sr. Majestät des Kaisers. Der Kaiser vertritt sehr gut Widerspruch, er will gar keinen Reichskanzler haben, der nicht unter Umständen widersprechen könnte. Ich wünsche nur, Sie wären so wenig vor-eingenommen, wie der deutsche Kaiser. (Heiterkeit.)

Es ist gestern wiederholt Bezug genommen worden auf Anträge zwecks besserer Sicherung des Wahlgeheimnisses. Ich bin in der Lage, mitteilen zu können, daß beim Bundesrat ein Antrag des Reichskanzlers eingebracht werden wird, der eine Aenderung des Wahlreglements für die Reichstagswahlen in dem Sinne vor schlägt, daß in Zukunft die Benutzung von Umschlägen für die Stimmzettel und die Errichtung von Isolierzimmern bei der Ausübung des Wahlrechts obligatorisch gemacht werden soll, damit die Stimmenabgabe des einzelnen Wählers von Dritten nicht beobachtet werden kann. (Lebhaftes Bravo!)

Zur Einführung dieser Bestimmungen bedarf es keiner Aenderung des Wahlgesetzes, sondern es genügt dazu eine entsprechende Ergänzung des Wahlreglements. Sobald der Bundesrat sich mit dieser Aenderung einverstanden erklärt haben wird, wird Ihre Zustimmung dazu gemäß § 15, 2 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1899 erfordert werden, damit schon bei den bevorstehenden Wahlen von diesem neuen Modus zur größeren Sicherung des Wahlgeheimnisses Gebrauch gemacht werden kann. (Beifall.)

Ich wende mich nun kurz zu dem, was der Redner über die auswärtige Politik gesagt hat. Ueber unres Beziehungen zu Frankreich will ich mich nicht so eingehend äußern wie Herr v. Vollmar. Ich freue mich aber sagen zu können, daß ich mit dem Sinn und Geist seiner Ausführungen einverstanden bin. Das ist ein Beweis dafür, daß man über viele Dinge verschiedener Ansicht sein kann, aber sich doch in gewissen Punkten begegnet. Ich bin davon durchdrungen, daß ein ruhiges und friedliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich gleichmäßig den Interessen und dem Wohle beider Länder entspricht und daß es eine gewisse Anzahl von Fragen giebt, wo beide Länder zu ihrem beiderseitigen Vorteil Hand in Hand gehen können. Ich werde meinerseits auch fernerhin auf das sorgsamste unres Beziehungen zu Frankreich pflegen, mit dem wir in der Vergangenheit den Degen gekreuzt haben, dessen glänzende Eigenschaften wir ebenso wenig verlernen wie seine Verdienste um die Fortschritte der Civilisation und seine Bedeutung als eines der stärksten Träger menschlicher Kultur.

Was die Venezuela-Angelegenheit angeht, so darf ich mich unvorsichtlich der Ursachen wie der Zwecke unres dortigen Vorgehens beziehen auf die eingehende Denkschrift, welche ich vor einiger Zeit diesem hohen Hause unterbreitet habe. Unres in voller Gemeinsamkeit mit England und Italien eingenommene Haltung hat bisher dahin geführt, daß der Präsident von Venezuela die Forderungen der drei Mächte anerkannt hat. Ebenso hat er sich mit den von den drei Mächten aufgestellten Vorbedingungen für die Ueberweisung unres Streitfragen an das Haager Schiedsgericht einverstanden erklärt. Es sollen demnach in Washington über die weitere Behandlung der Angelegenheit diplomatische Konferenzen näher befehen. Die amerikanische Regierung hat es in dankenswerter Weise übernommen, die durch den Abbruch der Beziehungen der drei Mächte zu Venezuela erschwerten Verhandlungen mit dieser Republik ihrerseits zu vermitteln. Unres Bestreben geht dahin, die bewaffnete Aktion sobald

als möglich zum Abschluß zu bringen. Die über die Rüste von Venezuela von den drei Mächten verhängte Blockade wird voraussichtlich aufgehoben werden, sobald die diplomatischen Verhandlungen in Washington zu einem befriedigenden Abschluß geführt haben. Wie gestern Herr Schäbler mit Recht anerkannt hat, befinden sich die Verhandlungen zwischen den beteiligten fünf Mächten in vollem Fluß, und es würde nicht im Interesse der Sache liegen, wenn ich heute mehr sagte. Sobald sich die Situation geklärt haben wird, werde ich nicht verfehlen, diesem hohen Hause Mitteilungen zu machen. Nur zwei Punkte möchte ich heute noch berühren. Herr v. Vollmar bemerkte, es sei auffällig, daß Präsident Roosevelt Vorschläge Deutschlands, Englands und Italiens auf eine schiedsrichterliche Vermittlung der Angelegenheit abgewiesen hätte. Dieser Auffassung bin ich auch in der Presse begegnet. Ich will daher diesen Irrtum auf Grund der Akten beseitigen. Am 13. Dezember überreichte der hiesige amerikanische Hofschaffter ein Memorandum, wonach Venezuela den Vorschlag machte, die gegen Venezuela erhobenen Reklamationen im Wege des Schiedsverfahrens zu erledigen. Den gleichen Vorschlag übermittelte die amerikanische Regierung der britischen und der italienischen. Der Vorschlag wurde von den drei Mächten unter gewissem Vorbehalt angenommen. Dabei verständigte man sich, das Schiedsamt in erster Linie dem Präsidenten Roosevelt anzufragen, gleichzeitig aber auch das Haager Schiedsgericht als Einigungsinstanz zu bezeichnen, da es von vornherein nicht ausgeschlossen erschien, daß Präsident Roosevelt die Uebernahme des Schiedsgerichts aus gewichtigen Gründen ablehnen könnte. In der Antwort der amerikanischen Regierung vom 27. Dezember hieß es: „Der Präsident schätzte außerordentlich die von den beteiligten Mächten an ihn er-gangene ehrenvolle Aufforderung; er wäre glücklich gewesen, den Wünschen der Mächte zu entsprechen, wenn sich nicht ein anderer besserer Weg zur Beendigung des Streites gefunden hätte.“

Ich habe vorher gesagt, daß in der Venezuela-Angelegenheit zwischen Deutschland, England und Italien volles Einvernehmen herrsche. Ich möchte besonders betonen, daß die deutsche Regierung und die englische Regierung in gegenseitiger Loyalität vorgegangen sind. Um so auffälliger ist die Erscheinung, daß neuerdings ein Teil der englischen Presse die deutsche Beteiligung oder Nichtbeteiligung in dieser oder jener schwebenden politischen Frage nicht selten ohne Objektivität und hier und da mit deutlichem Mißwillen beurteilt. So war es z. B. als bekannt wurde, daß England gegen die Erlaubnis zur Durchfahrt russischer Torpedoboote durch die Daranelen bei der hohen Spitze protestiert hatte. Daß Deutschland nicht protestierte, wurde von einem Teil der englischen Blätter als ein Akt deutscher Feindseligkeit gegen England behandelt. Jeder, welcher unser Interesse an guten freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu würdigen weiß, jeder, der die traditionelle deutsche Politik gegenüber politischen Streitfragen auf der Balkanhalbinsel im Orient kennt, der auch nur die geographische Lage berücksichtigt, wird in den orientalischen Angelegenheiten von uns nichts anderes erwarten können als eine friedliche, unparteiische Neutralität, welche für keine der im Orient näher beteiligten Mächte irgendwelche Feindseligkeiten enthält. Noch merkwürdiger war es, daß die englische Regierung infolge ihres Zusammengehens mit uns im eignen Lande sich ernsthaften Angriffen ausgesetzt sah. Denn bei der gemeinsamen Aktion in Venezuela handelt es sich doch um eine nach Umfang und Zweck von vornherein beschränkte und genau definierte Aktion, durch welche vollständig gleichartigen verletzten Interessen der Angehörigen beider Länder gegenüber einem nicht gutwilligen Schuldner Genüge geleistet werden soll. Nichtsdestoweniger hat das Zusammengehen der beiden Regierungen in manchen englischen Blättern und manchen englischen Reden Anstoß erregt und ein wohl geborener Poet von großem Talent hat sich sogar zu Verbaljuristen gegen uns verhalten. Ich halte es für möglich, mich über diese Erscheinungen ganz offen auszusprechen. Sie sind doch nur zu erklären aus einer gewissen Erbitterung des englischen Volkes, die wiederum zurückzuführen ist auf die sehr heftigen Angriffe, die ein großer Teil der kontinentalen Presse während des südafrikanischen Krieges gegen England gerichtet hat. Vielleicht haben deutsche Blätter nicht einseitiger für die Boeren Partei genommen als französische, belgische, russische oder italienische. Ich weiß auch wohl, daß angesehene Organe der deutschen öffentlichen Meinung — ich habe dabei ja selbst mitgeholfen — immer wieder an die alte Weisheit erinnert haben, daß die Politik, namentlich die auswärtige Politik, mit dem Kopf und nicht nach dem Gefühl geführt werden muß, und wenn Herr v. Vollmar vorher sagte, die deutsche Politik gegenüber dem südafrikanischen Kriege wäre nicht in Uebereinstimmung mit dem Volkempfinden gewesen, so nehme ich gar keinen Anstand, heute zu sagen — was ich mir zur Ehre rechne —, daß ich auch in diesem Falle unres Politik zugeschnitten habe lediglich nach dauernden deutschen Interessen. Durch solche Volkserregung wird in allen Ländern den Leitern der auswärtigen Politik ihre Aufgabe sehr erschwert, und wenn vor 1000 Jahren der gute, alte Horaz sang: quidquid delirant rogos, procutantur Aehivi, so liegt heute die Sache eher umgekehrt, heute sind es meist die Aehivi, die die Sache einbroden und die Reges sollen es ausbaden. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Könige und die Staatsmänner aber haben gerade dann die Pflicht, ein besonnenes und ruhiges Urteil zu bewahren, wenn die Aehivi sich ihren Leidenschaftlichkeiten überlassen, und deshalb freue ich mich sagen zu können, daß in den Beziehungen der Monarchen und Kabinette von Berlin und London keine Aenderung eingetreten ist; und ich hoffe, daß mit der Zeit sich auch die öffentliche Meinung haben und drüben wieder beherrschten lassen wird von dem Gedanken, daß, wenn auch jede der beiden Mächte für sich allein fertig werden kann und keine der andern nachzulaufen braucht, sie doch durch viele und schwerwiegende Interessen darauf angewiesen sind, sich in Frieden und Freundschaft zu vertragen, und es doch eine Reihe von Punkten giebt, wo, wie jetzt in Venezuela, beide ohne jede Gefahr für sich selbst, für ihre sonstigen Beziehungen und den Weltfrieden, sich auf derselben Linie bewegen können. (Bravo!)

Abg. Hüpert (bair. Bauernl.) findet, daß die Industrie zu sehr begünstigt und die Landwirtschaft nicht genügend berücksichtigt werde, und erklärt, daß er einer Aenderung des Reichstagswahlrechts niemals zustimmen werde.

Abg. Daddach (C.): Die Erklärung des Reichskanzlers, daß das Wahlreglement geändert und das Wahlgeheimnis besser gesichert werden solle, wird vom ganzen Reichstag dankbar begrüßt werden. Abg. v. Vollmar: Doch nicht von den konservativen! (Heiterkeit.) Besonders aber von den zahlreichen Wählern, die bisher in absichtlicher Weise bei der Ausübung ihres Wahlrechts kontrolliert wurden. Es ist nur bedauerlich, daß diese Reform elf Jahre lang hat auf sich warten lassen. Der Reichskanzler hat die Aufgabe Schäblers nach der Gewährung von Anwesenheitsgeldern leider unbedauerlich gelassen. Wie sollen die Arbeiter ohne die Gewährung von Diäten die vom Kaiser gewünschten Arbeitervertreter erhalten? Auch über die Aufhebung des Jesuitengesetzes hat der Reichskanzler nichts gesagt. Redner rühmt die Socialpolitik des Centrums und bestrittet, daß das allgemeine Wahlrecht bedroht sei. Der Centrumsredner habe seiner Zeit nur darauf hingewiesen, daß die Obstruktion den Feinden des Wahlrechts eine Handhabe biete. (Aha! bei den Socialdemokraten.) Eine direkte Drohung aber sei nicht erfolgt. Wir müssen protestieren gegen die Annimationen des Herrn von Vollmar. Uns ist gar keine Schleichartigkeit zuzutrauen. (Stürmische Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Die dreißigjährige Geschichte des Centrums steht glänzend da. — Redner polemisiert gegen den Abg. Sattler und bestrittet, daß das Centrum „Trumpf“ sei. Im preussischen Abgeordnetenhaus werde es von der Regierung mit eifriger Achtung behandelt. Als Redner auf preussische Angelegenheiten eingehen will, wird er von Präsidenten Grafen Kallestrem auf den Landtag verwiesen. Zum Schluß fordert Redner strenges Vorgehen gegen die Duellanten und Bestrafung des Duells als vorbedachten Mordes, wie gemeinen Mord.

Die Weiterberatung wird sodann auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Schluß 5/4, Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter beim Stahltrakt. Schon vor einigen Wochen wählte Raffans Bureau telegraphisch zu melden, daß der Stahltrakt beabsichtigt, einen Teil seiner Vorzugsaktien unter günstigen Bedingungen an seine Arbeiter und Angestellten abzugeben, um diese an dem Dividendenertrag teilhaben zu lassen. Jetzt bringt der Berliner Börsen-Courier in einer Korrespondenz aus New York nähere Mitteilungen über den Veräußerungsplan der Morgan und Konferten. Danach sollen den Arbeitern 25 000 siebenprozentige Vorzugsaktien übertragen werden und zwar unter folgenden Bedingungen. Der Käufer tritt sofort in den Genuss der Dividende und braucht für den Kauf die Aktien noch schuldigen Betrag nur 5 Proz. Zinsen zu zahlen. Für den fortgesetzten Besitz der Aktien wird nach dem fünften Jahre außerdem eine Extrapremie bewilligt, und mit Erreichung auf den niedrigen Bezugskurs dieser Prioritäten (82,50, während der heutige Kurs ca. 90 beträgt) ist der Stahltrakt schließlich bereit, die Ersparnisse seiner Arbeiter mit ca. 14 Proz. pro Jahr zu versetzen. Der zweite Teil des Finanzplanes läuft darauf hinaus, daß in jedem Jahre nach Maßgabe der Reingewinne des Trakts 1 bis 2 1/2 Proz. davon beiseite gesetzt werden, welche Summe unter die Beamten der Gesellschaft verteilt werden soll, die verantwortliche Stellen einnehmen. Sollten die Einnahmen im nächsten Jahre 80 Millionen betragen, sollen 800 000 Doll. zur Verteilung gelangen, deren Verteilung nach einem etwas komplizierten Finanzplan erfolgt.

Als Zweck des Plans wird von den Traktleitern selbst angegeben, daß es sich lediglich darum handle, die Angestellten und geschickteren Arbeiter enger an das Werk zu fesseln und sie ferner davon abzuhalten, sich an Streiks und an Lohnhörforderungen der Kollegen zu beteiligen, da sie dadurch ihrem eigenen Interesse als Aktionäre und Pensionäre des Trakts entgegenwirken würden. Daneben scheint die Absicht bei den Traktleitern mitsprechen, einen Teil ihrer lagernden Prioritäten in sogenannte „feste Hände“ zu bringen und für ihre Stammaktien Platz auf dem Markt zu schaffen. Trotz dieser offen ausgesprochenen Absichten findet das smarte Projekt bei den Arbeitern und Angestellten des Trakts, die etwas Geld zurückgelegt haben, viel Entgegenkommen; denn wie der Trakt mittelst, sind schon in den ersten drei Tagen Anmeldungen auf 26 500 Aktien eingegangen — recht charakteristisch für die Auffassung amerikanischer Arbeiter.

Allerdings giebt es auch manche Angestellte und Arbeiter, die über das Vorgehen des Trakts spotten und es als „Bauernfängerei“ bezeichnen. Einer dieser schreibt: „Das fremdliche Anerbieten, uns Prioritäten zu 82,50 per Stück zu überlassen, hat wenig Verlockendes an sich. Wenn ein Arbeiter oder Angestellter 2000 Doll. jährliches Einkommen hat — was den Durchschnitt übertrifft — wird er höchstens für 600 Doll. Anteilsscheine erlangen können. In jeder Sparbank kann er für seine Ersparnisse 4 Proz. erhalten; nun zählt der Trakt allerdings 7 Proz. Dividende, so daß der Arbeiter in 5 Jahren bei 600 Doll. Aktienkapital und 3 Proz. höherer Verzinsung ganze 18 000 per Jahr mehr erhalten würde. Für 18 000 per Jahr müßte man meiner persönlichen Freiheit und der Möglichkeit begeben, eine bessere Anstellung zu erhalten, kann mich absolut nicht reizen. Und weiterhin — wer weiß und wer garantiert mir dafür, daß innerhalb der nächsten 5 Jahre die Pölle nicht vielleicht erniedrigt und die gesamten Verhältnisse auf dem Eisenwerke eine einschneidende Aenderung erfahren haben, ob bis dahin nicht die Anteilsscheine weniger wert sein werden als die 82,50, die wir jetzt dafür zahlen müssen?“

Bühmische Brauhaus, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin. Der Reingewinn beträgt für das Geschäftsjahr 1902 nach Abzug von 171 333 M. für Abschreibungen 394 631 M. (im Jahre 1901: 396 587 M.), der in folgender Weise verwendet werden soll: Gewinn für die Geschäftsinhaber 46 990 M., 10 Proz. Dividende wie im Vorjahre 330 000 M., Zantime des Aufsichtsrates 17 007 M. und Vortrag auf neue Rechnung 634 M.

Wie der Geschäftsbericht zeigt, war das Jahr 1902 für die Brauerei ungünstiger, wie das Vorjahr. Der Bierumsatz ist um 5240 Hektoliter zurückgegangen, die Auskäufe für Berlin (bei der Kundenschaft) sind um 163 000 M. (von 304 000 auf 467 000 M.) gestiegen, während gleichzeitig die Gushaben bei Bankiers sich von 420 000 M. auf 277 000 M. vermindert haben.

Zur Börsenreform. Das Ältesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft beschloß, eine Besprechung der deutschen Börsenverbände herbeizuführen über einen an den Reichsanwalt zu richtenden Antrag, daß noch in der gegenwärtigen Session des Reichstages eine Gesetzesvorlage eingebracht werden möge, durch die wenigstens diejenigen Bestimmungen des Börsengesetzes abgeändert werden, welche die Grundlage gebildet haben für eine bisher nicht dagewesene Rechtsunsicherheit des Verkehrs und für eine Verletzung von Treu und Glauben, welche keine Rechtsordnung auf die Dauer ertragen kann. Für die sofortige Inangriffnahme dieses Teiles der notwendigen Reformen der Börsengesetzgebung besteht keiner der Hindernisgründe, welche für den Ausschub der übrigen Reformen geltend gemacht werden.

Oberwerke, Maschinenfabrik und Schiffbauwerk, Aktiengesellschaft, in Liquidation, Stettin. Das zum Zwecke der Rekonstruktion der Gesellschaft mit der Deutschen Bank eingeleitete Abkommen ist nunmehr perfekt geworden und hat nach Angaben der Beteiligten folgenden Inhalt: Die neue Gesellschaft zahlt der liquidierenden Gesellschaft für das gesamte Areal einschließlich aller Gebäude, Maschinen, Trodenböden, Geleisanlagen, Söllerwerke, Modelle u. a., ausschließlich der Materialien, unter Übernahme der Obligationsschuld von 887 100 M., in barem Gelde 300 504 M., in Aktien der neuen Gesellschaft 568 000 M., zusammen 1 815 604 M.; dagegen übernimmt die Deutsche Bank 350 000 M. neue Aktien gegen Verzinsung, so daß also die in Stettin aufgebrauchten rund 800 000 M. neue Aktien und der Verkaufswert des Oberwerkes für die Rekonstruktion der neuen Gesellschaft den Betriebsfonds und die Gründungskosten zur Verfügung bleiben. Die Deutsche Bank verpflichtet sich ferner zur Übernahme einer Obligationsschuld im Betrage von einer Million Mark, aus welcher die alte Obligationsschuld zu tilgen ist und für deren Sicherheit nur der Unterhof nebst Zubehör haftet, unter Freischreibung des Oberwerkes, der dann zu einem geeigneten Zeitpunkt verkauft werden kann. — Die Kosten des Umtausches der alten Obligationen gegen neue trägt die neue Gesellschaft. — Der Betrieb geht am 1. Februar a. o. auf die neue Gesellschaft über.

Gerichts-Zeitung.

Vom Polizeiamt gegen die Arbeiterkassette. Wegen Nicht-einreichung der Mitgliederliste des Gewerkschaftskartells zu Ludenwalde und wegen Nichtanmeldung der Vorstandsmitglieder desselben hatte der Weber Oskar Krüger dortselbst von der Polizeibehörde ein Strafmandat über 30 M. erhalten, wogegen er Widerspruch erhob. Das Ludenwalder Schöffengericht setzte die Strafe auf 15 M. herab, weil es Krüger bezüglich der Nichtanmeldung der Mitgliederliste freisprach, da dieser erst seit dem 19. September v. J. Vorsitzender des Kartells war und dasselbe schon länger besteht. Wegen der Verurteilung bezüglich der Nichtanmeldung der Vorstandsmitglieder legte er Berufung ein und hatte sich am Sonnabend wiederum vor der Potsdamer Strafkammer zu verantworten. Sein Verteidiger Rechtsanwält Josephson machte geltend, daß das Kartell, das aus Delegierten einzelner Vereine von Fall zu Fall den Vorstand bestimme, kein Verein sei, mithin der jeweilige Vorsitzende desselben nicht zur Anmeldung der Vorstandsmitglieder verpflichtet sei, sich selbst habe Krüger aber angemeldet. Der Gerichtshof erkannte trotzdem auf Verwerfung der Berufung. Erst nach der Urteilsfällung konnte der Verteidiger ein Urteil des Reichsgerichts, das in einem ähnlichen Fall auf Freisprechung erkannt hatte, vorlegen, so daß in der Sache nunmehr Revision eingelegt wird.

Wenn zwei daselbe thun, ist es nach dem Ausspruch des preussischen Justizministers in der deutschen Gerechtigkeit nicht dasselbe. Das ergibt sich von neuem aus zwei Gerichtsberichten, die nacheinander in Nr. 5 des „Kreisblattes für den Kreis Koesfeld“ stehen.

1. Es betraf die Anklagebank der Dr. phil. Julius Appen-kamp aus Rhenberg und hatte sich wegen Mißhandlung mit einem Stuhle, einem gefährlichen Werkzeug sowie wegen Beleidigung, und zwar wörtlich und thätlich, zu verantworten. Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte der Anwalt des Schöffen Verensmann, welcher mit dem Angeklagten verwandt ist, wegen Befangenheit ab und wählte dafür der Hilfschöffe Kaufmann May dieser Sitzung als Schöffe bei. Der Angeklagte wohnte mit der Ehefrau Vertheimer Schulte in Rhenberg in einem Hause, woselbst die p. Schulte Unterricht in Handarbeit gab. Der Angeklagte hat nun die Schülerin mehrere Male mit Wein traktiert und Scherz getrieben, worauf diese sich berechtigt glaubte, am 22. August dem p. Appenkamp aus Liebermüt einige Stüchlein Holz an die Thür zu werfen, was dieser jedoch am 20. August bereits verboten hatte. Die Franziska Spalthoff, welche am 22. August etwas gegen die Thür warf, wurde am 22. August von dem Angeklagten, welcher in aufgeregtem Zustande aus seiner Stube herauskam, an den Haaren gerissen, über einen Tisch geworfen, miteinem Stod, später miteinem Stuhle beimgeschlagen und rief die p. Spalthoff um Hilfe. Hierauf kam Frau Schulte und verbot dem Angeklagten das Schlagen, worauf dieser erwiderte: „Sie sind ein eingebildetes dummes Frauchen, wenn Sie nicht von hier fortgehen, bekommen Sie auch Schläge.“ Ferner hat der Angeklagte am 9. Oktober die Frau Schulte, als diese in der von ihr gemieteten Waschküche beschäftigt war, aus der Küche gestochen und den Eimer, welchen Frau Schulte brauchte, auf die Treppe geworfen. Der Staatsanwalt beantragte wegen Mißhandlung der Franziska Spalthoff mittels eines gefährlichen Werkzeuges eine Strafe von 15 M. event. 3 Tage Gefängnis, wegen Beleidigung in zwei Fällen je 6 M. event. 2 Tage Gefängnis. Das Gericht verurteilte den p. Appenkamp wegen Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeug zu 10 Mark event. 2 Tage Gefängnis, wegen wörtlicher Beleidigung zu 3 Mark event. einen Tag, wegen thätlicher Beleidigung zu 3 Mark event. einen Tag Haft sowie zur Tragung der Kosten. Bemerkenswert ist, daß der Angeklagte ein großes Redner talent bei seiner Verteidigung entwickelte.

2. Der bereits vorbestrafte Arbeiter Lambert Schopping aus Grovau kam am 12. November bei der Wohnung des Fabrikarbeiters Wilh. Busch vorbei und hat sich auf dem Hofe des p. Busch widerrechtlich aufgehalten, ist dann in die Wohnung desselben gedrungen und hat den Sohn des Busch, einen armen Krüppel, Johann Busch, aus der Küche gezogen und mit einem Knüttel körperlich mißhandelt, worauf ihm die Schwester Hendrika Busch in Abwesenheit ihres Vaters das Haus verbot. Der Angeklagte entfernte sich jedoch nicht, sondern klopfte auf den Tisch und rief: „Ich habe hier genau dasselbe Recht wie Du auch“ und schlug der Busch mit einer Latte über den Kopf, so daß sie die Bestimmung verlor. Der rohe Patron erhielt heute für diese That eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten und 5 Tagen. Der mit der Bildung des Jahresurteils sowie mit Stod und Stuhlbän beauftragte rohe Patron muß für die an todeslofen Frauen verübte Brutalität ein paar Mark blechen, erhält also eine Strafe, die für ihn überhaupt nicht fühlbar ist. Er ist Doktor der Philosophie. Daß er sich auch vor den Richtern „thätlich verantwortet“, fällt allerdings wohl nicht ihm, sondern dem Redakteur des Kreisblattes zur Last. Einen andern milderen Umstand wüßten wir nicht aufzutreiben.

Bei dem rohen Patron Nr. 2 fällt nicht ersäuernd ins Gewicht, daß er eine Erziehung genossen, die ihn ohne weiteres vor Ausschreitungen bewahren sollte. Er ist überhaupt wohl kaum erudiert und der Mangel an jeglicher Bildung wird wahrscheinlich seine That in verhältnismäßig mildem Lichte erscheinen lassen. Dieser Arbeiter erhält in derselben Sitzung von denselben Richtern eine Strafe, die, wenn sie rein zahlenmäßig ohne Hinblick auf den Vermögensunterschied bei den in Betracht kommenden Personen berechnet wird, sechzehnmal höher ist als die dem Akademiker zugetheilte. Derartige Selbstverständlichkeiten ohne Ansehen der Person geschehene Verurteilungen einer Straftat gehören in Deutschland ja nicht zu den Seltenheiten.

Verfammlungen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Mäher-Konfektionsbranche wurden am Montag in einer öffentlichen Schneider-Verfammlungen einer gründlichen Erörterung unterzogen. Anlaß hierzu gab der gegenwärtige Streik bei der Firma D. Schneberg, Jerusalemstraße, früher Wallstraße. Hier selbst hatten die Schneider ihrem Chef einen Tarif vorgelegt, der jedoch abgelehnt wurde, weshalb die Arbeiter einmütig die Arbeit niederlegten. Der Referent Ritter ging zunächst auf die bekante traurige Lage der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen ein und wandte sich dann besonders den Zuständen in der Mäher-Konfektionsbranche zu. Hier wie dort mache sich der Mangel von Tarifvereinbarungen immer deutlicher bemerkbar. Die Lohnhöhe sei fast völlig von dem Willen des Arbeitgebers abhängig. Da nun alle Arbeiter nach einem möglichst auskömmlichen Verdienst streben, so seien sie unbedingterweise dazu übergegangen, die niedrigen Lohnsätze durch lange Arbeitszeit wieder weit zu machen. Wenn dann bei vielleicht 100 stündiger Arbeitszeit in der Woche der Arbeiter wirklich einmal ein annehmbares Stück Geld verdiene, so ist der Arbeitgeber unter Berufung auf solchen „hohen“ Verdienst gleich wieder mit Abzügen bei der Hand. Bei halbwegs geregelter Arbeitszeit konnten die Schneider dieser Branche es nach statistischer Ermittlung nur zu einem Wochenlohn von 15 bis 20 M., in Einzelfällen bis höchstens 24,50 M. bringen. Nun sei zwar durch die Bundesrats-Verordnung vom Jahre 1897 ein winziger Versuch zur Regelung der Arbeitszeit gemacht worden, doch durch die heutige Rechtsprechung, die einen Unterschied zwischen Mäher-Konfektion und Konfektion schlechthin künstlich konstruiert habe, sind die erwarteten Vorteile wieder in nichts geronnen. Eine neue Bundesrats-Verordnung vom 9. Dezember v. J., die zum 1. April 1903 in Kraft treten soll, bezieht sich auf die Einführung von Lohnbüchern für die Kleider- und Wäsche-Konfektion. Dies ist allerdings ein kleiner Schritt vorwärts zur Erreichung von Tarifvereinbarungen. Ob aber die Lohnbücher auch für die Mäher-Konfektion eingeführt werden, bleibt noch abzuwarten. Redner verweist des weiteren auf den jüngsten Erlass des Handelsministers an die Regierungspräsidenten, durch den infolge der Feststellungen in den Gewerbeinspektions-Berichten eine Befreiung der Hebelstände, wie sie durch die übermäßig lange Arbeitszeit in der Damenkonfektion hervorgerufen sind, ins Auge gefaßt ist. Die Regierungspräsidenten sind nach Anhörung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu einem Bericht aufgefordert worden, ob sie für ihre Bezirke eine Ergänzung der 97 er Verordnung für zweckmäßig erachten. Diese Maßnahmen der Regierung zeigen, daß die Zustände in der Konfektionsindustrie geradezu unhaltbar und zu einer öffentlichen Volksgefahr geworden sind. Umsonst aber sei es zu verurteilen, daß durch Annahme des Zolltariffgesetzes die Massen der Konfektionsarbeiter neuen, unbeschreiblichen Schädigungen ausgesetzt sind. Infolgedessen sei es Pflicht jedes denkenden Arbeiters, seine Tätigkeit nicht nur der Gewerkschaft, sondern auch der Partei zu widmen. Nach einer anregenden Debatte wurde eine Resolution angenommen, die sich mit den Ausführungen des Referenten deckt und den streikenden Kollegen der Firma Schneberg volle Sympathie ausdrückt.

Der Central-Verband der Stuccateure (Büro Berlin) hielt am Montag seine erste diesjährige Generalversammlung ab. Die Karenzzeit der vor 2 Jahren wegen Streikbruch ausgeschlossenen Kollegen wurde für beendet erklärt, worauf die von Pöhlner verlesene Abrechnung vom 4. Quartal für richtig erkannt und der Kassierer entlastet wurde. Die Berichte der übrigen Funktionäre wurden ebenfalls ohne sonderliche Monierungen entgegengenommen, worauf nun zu den Neuwahlen geschritten wurde, deren Ergebnis war, daß sich der

engere Vorstand nunmehr folgendermaßen zusammensetzt: 1. Vorsitzender R. Krebs, 2. Vorsitzender A. Sched, 1. Kassierer H. Kopp, 2. Kassierer Konrad, 1. Schriftführer M. Juds, 2. Schriftführer Salbach; Beisitzer H. Grünberg und A. Joedel. Nach Erledigung der übrigen nötigen Neuwahlen wurden die Differenzen bei den Firmen Bachmann und Schuchardt besprochen. Die Angelegenheit bei Bachmann ist nach den Erklärungen des Vorsitzenden geregelt, da Herr Bachmann sich bereit erklärt hat, die tariflichen Preise innezuhalten. Bei der Firma Schuchardt jedoch befinden sich die Kollegen immer noch im Zustand, da der Herr jedes Eingehen auf die Forderungen der Kollegen ablehnt. Der Vorstand hatte nun erfahren, daß Herr Schuchardt seinen Volier nach dem Radmeis der „Freien Vereinigung der Stuccateure“ gefandt hatte, um dort Leute zu werben und hatte sich deshalb mit dem Vorstand der letzteren in Verbindung gesetzt, um die dortigen Kollegen vom Streikbruch abzuhalten. Es ist leider nicht möglich gewesen, eine bindende Erklärung zu erhalten, daß die Kollegen der „Freien Vereinigung“ sich hierzu nicht misbrauchen lassen wollen, jedoch haben die Ausständigen die Hoffnung, daß sich von den Kollegen der Vereinigung keiner bereit finden wird, hier seinen Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, da das Verlangen des Herrn Schuchardt, durch Unterschleifung sich zu verpflichten, bei der Arbeit nicht zu rauchen, singen, pfeifen oder laut zu diskutieren ein derartiges ist, daß selbst der Sanftmütigste sich dagegen auflehnen muß. Die anwesenden Kollegen, weit über 200, erklärten ihr volles Einverständnis mit dem Vorgehen bei Schuchardt.

Die gesperrten Pauten sind: Helgoländer Afer, Kirch u. Thomajus jr., Bauherr Dabbert.

Der Verein der Zimmerer Berlins und der Umgebung hielt am Sonntag in Cohns Festsaal seine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom 4. Quartal weist eine Einnahme von 6382,10 M., eine Ausgabe von 5736,88 M. auf, so daß ein Ueberschuß von 645,22 M. erzielt wurde. Der Kassenbestand betrug am Quartals-schluß 28 212,06 M. Darauf erstattete Juppel den Jahresbericht des Vorstandes. An der Kasse beteiligten sich 1120 Mitglieder und 283 wurden deswegen ausgesperrt und zwar zusammen 934 Tage. Die Arbeitslosigkeit war im verfloffenen Jahre geringer als im vorhergehenden, im ganzen wurden 4078 Wochen als arbeitslos abgemeldet gegen 6074 im Jahre 1901. Die Mitgliederzahl betrug am Jahres-schluß 1548, das sind 33 mehr als am Ende des vorigen Jahres. — Von der Ahtzähler-Kommission berichtete Schäfer, daß in den Monaten Januar, Februar und Juli-Dezember 21 Fälle von Beschwerden usw. zu erledigen waren. In den Monaten März-Juni lagen nur wenig Beschwerden vor. Infolge des guten Geschäftsganges trat ein Steigen der Löhne ein. Der Redner tabelte es, daß manchmal unnötig viel Ueberstunden gemacht wurden. Bezüglich des neuen Vertrages hat bis jetzt eine Sitzung stattgefunden. Hauptsächlich handelt es sich um die Einführung des 70 M.-Stundenlohnes. Die Vertreter der Arbeitgeber meinten diese Forderung ihrer Generalversammlung nicht empfehlen zu können. Bei der Aufstellung der Forderungen zum neuen Vertrage wurde im Einverständnis mit dem Verbands-gehandelt; die Regelung der Arbeitszeit erfolgt gemeinsam mit den Maurern. — An diesen Bericht knüpfte sich eine kurze Debatte. — Den Bericht der Rechtschaff-Kommission gab Wilh. Schäfer. Es waren 58 Fälle zu erledigen gegen 69 im vorhergehenden Jahre. Ein genauer Bericht über die einzelnen Fälle wird im Druck erscheinen. — Von der Agitations-Kommission berichtete Chemnitz. Es wurden im verfloffenen Jahre über 100 Agitationstouren unternommen, wovon auf die Zahlstellen Berlins 50 entfallen. In 18 Orten hat der Verein Verbindungen. — Den Bericht der Bibliothekare gab Sente. Ausgeliehen wurden 302 verschiedene Bücher. Neu hinzugekommen sind im Laufe des Jahres 88 Bände. — Für Neuanstellungen bewilligte die Generalversammlung 100 M.

Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis. In den Vorstand wurden gewählt als: 1. Vorsitzender Wilh. Schäfer, 2. Vorsitzender Georg Hoff; 1. Schriftführer Magow, 2. Schriftführer Pöhl; 1. Kassierer Rehner, 2. Kassierer Klingberg. Als Bibliothekar wurde Klinger gewählt; als Kontrollreue Wurl und Plantilow; in die Rechtschaff-Kommission Ostermann und Pöhl; als Redner Lau; als Kartell-Delegierte Labitzki und Pöhl; in die Agitations-Kommission Labitzki, Schimmelpfennig, Pöhl, Wessel und Jacob. Der letzte Punkt der Tagesordnung: Antrag des Vorstandes auf Umänderung der Beitragsleistung wurde wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Der Central-Verband der Schmiebe hielt am 15. Januar eine allgemeine Mitglieder-Versammlung ab, um zur Generalversammlung, welche Ostern stattfindet, Stellung zu nehmen. Aus der Quartals-abrechnung, welche der Kassierer erstattete, ist zu ersehen, daß an Arbeitslosen-Unterstützung 1465,39 M. ausgezahlt wurden. Nachdem dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt war, beschäftigte sich die Versammlung mit dem Vorschlag des Hauptvorstandes betreffs Einführung von Krankenunterstützung innerhalb des Verbandes. Der Vorsitzende erläuterte den Zweck der Generalversammlung und kritisierte sodann den Vorschlag des Hauptvorstandes. In der Diskussion waren sämtliche Redner der Ansicht, daß an eine Einführung von Krankenunterstützung innerhalb des Verbandes nicht zu denken sei. Wenn wir auch einige Vorteile von der Einführung hätten, hauptsächlich einen großen Mitgliederzuwachs, so sind doch die Nachteile so schwerwiegend, daß sie von den Vorteilen nicht aufgehoben werden, vielmehr sieht die Versammlung in der Einführung von Krankenunterstützung ein Abweichen von den Prinzipien der Gewerkschaftsbewegung. Ein Antrag, welcher die Einführung ablehnt, wurde angenommen, desgleichen der Antrag, die Beiträge von 25 Pf. auf 30 Pf. pro Woche zu erhöhen und die Unterstützungen im Verbands-heim alten zu lassen.

Verband der Tapezierer. In der am 14. d. M. abgehaltenen Vierteljahrsversammlung erstattete Leo Schmidt den Kassenbericht für das 4. Quartal. Die Einnahmen betragen (einschließlich des Bestandes von 2495,04 M.) 5673,69 M., ausgeben wurden 2245,70 M., bleibt ein Bestand von 3327,99 M. Unter den Ausgaben befindet sich die Summe von 1252,57 M., die an die Hauptkasse eingekandt wurde. Die beiden Kassierer wurden entlastet. Als Bibliothekare wurden Bell und Matthäus, in den Gauvorstand Rud., an Stelle des Revisors Kellers wurde Schreiber gewählt.

Zu einem imposanten Protest gegen den Jollwucher gestaltete sich eine Volksversammlung, die am Sonntag in Pehlendorf stattfand. Noch nie war hier eine Versammlung so stark besucht wie diese. In zweistündiger Rede lengezeichnete der Abgeordnete Jubel in Reichstags. Der stürmische Beifall zeigte das Einverständnis der Wähler mit ihrem Abgeordneten. Eine Resolution im Sinne des Referats fand einstimmige Annahme.

Im Wahlverein zu Schmargendorf wurde nach einem Vortrage über „Die Kämpfe im Reichstags“ die Situation am Ort besprochen. Da der Amtsvorsteher bei einem Wechsel des Lokalhabers die Neuwahl-Konfessionierung von zwei Arbeiter-Versammlungslokalen verweigert hat, wird es den Arbeitern zur Pflicht gemacht, ihren Verkehr auf das „Wirtshaus Schmargendorf“, dem einzigen freien Lokal, zu beschränken, um dieses der Arbeiterkassette für die Agitation zur Reichstagswahl zu erhalten. Bekanntgegeben wird, daß mit dem Konsumverein Berlin-Mittdorf, Verkaufsstelle Steglitz, am Markt 2, ein Abkommen getroffen ist über die kostenfreie Zuführung von Waren nach hier an jedem Sonnabend. Auskünfte und Beitrittsformulare sind beim Genossen Gubler, Breitestr. 44, und im „Wirtshaus Schmargendorf“ zu haben. Aufgefordert wurde zur Einschickung der Gemeindegewählereisen im Rathaus, wochentäglich von 9-3 Uhr und Sonntags von 11-12 Uhr. Wer selber nicht die Listen einsehen kann, kann seine Adresse im Vereinslokal deponieren.

Berliner Zweigverein der Internationalen Föderation. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, Vereinshaus, Wilhelmstr. 118, Barveree-Saal; Vorkonferenz Vortrag des Herrn Dr. med. Karl Lewin, praktischer Arzt an der Charité: „Die Reglementierung der Prostitution ein Mittel zum Schutze der Volksgesundheit.“ Diskussion. Zutritt frei für Herren und Damen.

Parteilosen! Agitiert für zahlreichen Besuch der zu Donnerstagabend 8 Uhr anberaumten 31 Volksversammlungen, in denen der Bevölkerung Berlins und der Vororte Gelegenheit gegeben ist, gegen die Gewaltstreich der parlamentarischen Mehrheit und gegen die Unterdrückung der Redefreiheit im Reichstag Protest zu erheben! Die Volksversammlung ist der freie Reichstag des Proletariats!

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung Dienstag, 20. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Hr. v. Rheinbaben, Hr. v. Hammerstein, Dr. Stubi, Schönfeld, Rüdde.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt. Abg. Dr. v. Jagdzewski (Pole) geht auf die Etatspositionen, die sich mit der Polenpolitik befassen, näher ein. Ich verstehe es, daß die Regierung den preussisch-nationalen Gedanken stärken will; dies wird aber durch die jetzige Politik der Regierung nicht erreicht. Die Zulagen an die mittleren Beamten und Lehrer sind Geldvergeudung. Den polnischen Vereinen werden die größten Schwierigkeiten bereitet. In jeder Arbeiterversammlung wird eine politische Versammlung gehalten. Man sagt immer, die Polen verdanken ihre ganze Kultur den Deutschen. Das ist eine kolossale Ueberschätzung; so weit darf man nicht gehen. Ich muß es sehr bedauern, daß auch der oberste Beamte des Staats, daß auch die Minister eine solche Politik befürworten. Ich muß die Regierung dringend bitten, bei uns mit anderen Maßnahmen anzufangen. Wenn man von uns Treue verlangt, verlangen auch wir Treue. (Beifall bei den Polen.)

Finanzminister Hr. v. Rheinbaben: Ich bestreite mit Entschiedenheit, daß wir in den Polen Feinde sehen. So lange die Polen sich gegen alles Deutsche aber abspalten, können wir nicht Frieden schließen. (Beifall rechts.) Die Polen sind von Daß gegen alles Deutsche erfüllt. Sie haben alle Geschäfte, die zu Kaiser's Geburtstag schlagen, boykottiert. Eine polnische Zeitung schrieb neulich, der Herr möge die Polen vor der Ansetzung durch das sündhafte Volk, unter dem wir leben, erlösen. Sie (zu den Polen) haben die Macht, so etwas zu verhindern, thun Sie das! (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Der Minister führt nun eingehend aus, was der Staat zur Hebung des Verkehrs für den Osten geleistet habe.

Der Vorredner hat den Fall Böhmung gestreift und vom Kasstengeist gesprochen. Ein derartiger Vorwurf trifft mich in keiner Weise. Ich habe gar nicht gewußt, daß es sich um die Tochter eines Feldwebels handelt. Einzig in Betracht kam sein politisches Verhalten, und da bin ich der Ansicht, daß die Regierung von allen Beamten die Erfüllung der nationalen Pflichten verlangen muß. Es handelt sich nicht um die Stellung zu einer politischen Partei, sondern darum: National oder nicht national. Die Welt, die Waibling. Wir verlangen, daß sich alle Beamten auf die Seite der Waiblinge stellen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Der Ausgleichsfonds für die Eisenbahnen ist, wie mir scheint, mit Unrecht angegriffen worden, ebenso die Verstaatlichung. Ihr ist der Ausschluß in unserem Wirtschaftsleben zu danken. (Beifall.)

Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein:

Herr v. Jagdzewski war im Ton heute milder als sonst; das ändert aber an der Sache nichts. Die Regierung kennt keine Preußen und Polen, sondern nur Preußen. Der Dsmarckenverein ist ein Abwehrverein, als er noch nicht bestand, war das Verhalten der Polen nicht anders als heute. Die Tendenz des Dsmarckenvereins billige ich, doch als Minister muß ich über den Parteien stehen. Treue um Treue sagte Herr v. Jagdzewski. Gewiß, wer ein treuer Deutscher ist, dem werden wir auch Treue wahren. In dem offenen Brief eines Polen an den Reichslanzler werden unsere Zahlen bemängelt und als falsch bezeichnet. Der Verfasser operiert aber mit Zahlen aus einer älteren Statistik, während der Reichslanzler die Statistik von 1901 anzog, als er von dem Ansturm des Slaventums sprach. Diefem Ansturm müssen wir unsern Widerstand entgegenlegen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Cymern (natl.): Mit der Thronrede ist niemand zufrieden gewesen; so wenig bot noch keine Thronrede. (Sehr richtig! links.) Wir sollen soviel gearbeitet haben, daß wir in der letzten Session der Legislaturperiode der Schonung bedürfen. Ich gehöre dem Hause 24 oder 26 Jahre an und behaupte, es ist nie in vier Sessionen so wenig Arbeit geleistet worden als in den letzten vier Sessionen. Die Schuld liegt an dem Mangel von Vorlagen der Regierung. Als wir in der letzten Session eine große Aufgabe zu erledigen hatten, die Kanalvorlage (Abal rechts), wurden wir nach Hause geschickt. Der Reichslanzler hätte sich bei ihr die Mühe geben sollen, die er sich beim Zolltarif gegeben hat.

Unser Defizit rührt vom Schuldentilgungs-Gesetz. Wir werden noch dazu kommen, Schulden aufzunehmen, um Schulden tilgen zu können. Unsere Eisenbahnen repräsentieren ohne Anstrichung und rollendes Material einen Wert von weit über 7 Milliarden. Die Rente wäre höher, wenn die Reichspostverwaltung alle ihr von der Eisenbahn geleisteten Dienste voll bezahlte. Unser Eisenbahnwesen ist in einem Rückschritt begriffen; überall werden durch Rangieren die Güterzüge zurückgehalten, die Personen-Bahnhöfe sind vielfach ungenügend. In Rheinland-Westfalen sind wir im Güterverkehr an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Der Eisenbahnminister scheint mit der Erneuerung der Schienenwege beginnen zu wollen, zur völligen Auswechslung werden sehr bedeutende Mittel nötig sein. Vom Kanal ist alles ruhig. Dabei beeinflussen die Transportverhältnisse das Wohl und Wehe unseres Volkes. Die Kanalbauten Frankreichs, Rußlands und Amerikas werden zur Folge haben, daß uns diese Länder überholen. Das Transportwesen spielt heute eine größere Rolle als ein etwas höherer oder niedriger Zoll auf einzelne Produkte. Wir haben fünf große schiffbare Flüsse und beilein und nicht, die Verbindungsstrecken zu bauen, wir kanalisieren auch nicht die Lahn, die Mosel und die Saar. Wir sichern uns nicht beizeiten die im Preise steigenden Grundstücke der Elbinsie. Herr v. Redlich, der Perforator des Kanals, ist der Regierung zu Hilfe gekommen. Die Kanäle des Dortmund-Ems-Kanals beweisen aber, daß die Zeit für Kanäle nicht ungenügend ist. Ich bin überzeugt, abgesehen von den Ueberagrariern, die die Industrie ruinieren wollen (Widerpruch rechts), hätte man die Konservativen für den Kanalbau gewinnen können. Aber auch ohne die Konservativen wäre die Sache zu machen gewesen. Nicht das Interesse der Fabrikanten kommt allein in Frage, sondern die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterschaft hängen mit dem Kanalbau zusammen.

Mit dem Ausgleichsfonds der Eisenbahnverwaltung sollte man so lange warten, bis man ihn aus den Ueberflüssen entnehmen kann. Die Parteien sollten sich einigen, das Reichsdefizit zu beschränken, mit der Beschneidung der Mittel in den Einzelstaaten geht es auf die Dauer nicht. — Die Kanalbau-Vorlage begrüße ich, wie die Dsmarcken-Politik. Ich bedauere, daß das Centrum nicht mitthut, vor allem, daß die Abgabe von einem Rheinländer gekommen ist. Vor 30 Jahren ist das deutsche Volk einmütig gegen den Weizen marschiert, jetzt heißt zum Kampf in die Dsmarck marschieren. Viele Katholiken werden mit der Haltung des Centrums nicht einverstanden sein, die Rheinländer speziell sind patriotisch bis auf die Knochen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Wetstein (fr. P.): Es ist von Wichtigkeit, daß die der Eisenbahn-Verwaltung zur Verfügung gestellten Mittel auch auf-

gebraucht werden können. Im Hinblick auf das reich dotierte Extra-Ordinarium ist mir das aber fraglich. Ich möchte den Minister fragen, wie viel Kredite er noch hat, die nicht aufgebraucht sind. Unser Schuldentilgungs-Gesetz ist eine Zwischstufe. Unter dem Zwange, Schulden zu tilgen, müssen wir neue Schulden machen. Der Finanzminister will einen Ausgleichsfonds für die Eisenbahnen. Wenn man in einem Kos oder in eine Hofe mehr Taschen macht, wird es nicht besser. Wir erwarten von einem Verkehrsminister eine Tarifreform, fürchten freilich, daß das Finanzministerium ihm einen Strich durch die Rechnung macht. Es liegt im Interesse der Eisenbahnen selbst, die Rückfahrkarte ohne Preisausschlag abzuschaffen. Auch die Gütertarife bedürfen einer Reform.

Unser Industrie liegt noch sehr im argen und es wäre die größte Selbsttäuschung zu glauben, daß nach Erledigung des Zolltarifes bessere Zeiten kommen würden. Die Anfrage, die Abg. Ehlers schon gestellt hat, möchte ich wiederholen: Ist die Regierung gewillt, mit den Konservativen bei den nächsten Wahlen wieder durch Dick und Dünn zu gehen? Daß bisher noch keine Antwort erfolgt ist, ist ja auch eine Antwort, ebenso wie das beredete Schweigen in der Kanalfrage. Es scheint alles beim alten zu bleiben. Die Regierung hat sich den Konservativen mit Kopf und Kragen verschrieben und läßt sich von ihnen dafür noch niederträchtig behandeln. Wenn aber unsere ganze Wirtschaftspolitik nicht geändert wird, dann gehen wir finanziell trüben Zeiten entgegen und werden aus ihnen nie wieder herauskommen. (Beifall links.)

Abg. v. Standy (natl.) erwidert dem Vorredner, daß sich die Konservativen über das Verhältnis der Regierung zu ihnen nicht den Kopf zerbrechen. Er sehe aus den ganzen Äußerungen des Abg. Gothein nur, daß die Liberalen flehenlich um Unterstützung bei der Regierung vorstellig werden. Wie die Regierung sich zu den Liberalen stelle, sei den Konservativen gleichgültig. Redner begrüßt die Dsmarcken-Politik, bedauert aber die Äußerung des Ministers des Innern, daß es sich für einen Minister nicht schide, dem Dsmarcken-Verein anzugehören. Von größter Bedeutung sei der Bau des königlichen Schlosses in Posen. Dieses werde gewissen Aspirationen der Polen ein für allemal ein Ende machen. Der Kaiserbesuch hat die besten Wirkungen auch auf die polnischen Elemente ausgeübt. Alles Geld sei aber verloren, wenn nicht der Landwirtschaft geholfen wird.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) legt Verwahrung gegen die Auffassung ein, daß Dinge wie die Zollfragen im Landtage nicht besprochen werden dürften. Er hätte weiter gewünscht, daß der neue Minister Rüdde seine Stellung zur Kanalvorlage hier programmatisch festgelegt hätte. Die Dsmarcken-Politik unterstütze er, hoffentlich werde auch das Centrum allmählich zu besserer Einsicht kommen. Seine Freunde wünschten die Abänderung des Wahlregulativs, auch eine gerechtere Wahlkreis-Einteilung entsprechend der Bevölkerungszahl. Was die Wahlpolitik der Regierung anlangt, so hoffe er, daß der gegenwärtige Minister des Innern Neutralität übe. Alle nationalen Parteien auf dem Boden des Vaterlandes zu einigen und sie nicht durch einseitige Verleumdung aneinander zu hegen, das sei die Aufgabe der Regierung. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kirch (C.) polemisiert gegen den Abg. Cymern. In der Polenpolitik steht er auf dem gleichen Standpunkt wie sein Freund Freyler. Er verhorresziere es auf das schärfste, daß man die Polen etwa wie einen äußeren Feind behandle. Die Polen seien Preußen und müßten wie die übrigen Preußen behandelt werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Etat wird der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Erste Lesung des Gesetzesentwurfs betr. die Neuorganisation des Vorbereitungsamtes für die höheren Verwaltungsbeamten.)

Schluß 4 Uhr.

Wer ist Parteigenosse?

Wer die Lehren der Socialdemokratie erfährt hat, sich zu den Grundfäden der Partei bekennend und diesen Grundfäden nach Kräften Geltung zu verschaffen sucht, außerdem aber für die Partei bei jeder Gelegenheit Anhänger wird. So ungefähr darf wohl die Antwort auf diese beinahe einem Gemeinplatz gleichkommende Frage lauten. Auch die Antwort klingt selbstverständlich wie eine gute Lehre, die einem Jüngling mit auf den Lebensweg gegeben wird; schade nur, daß auch sie das Schicksal mancher guten Lehren teilt, nicht befolgt zu werden.

Zählt man alle 5 Jahre die bei den Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen zusammen, so kommt für die Socialdemokratie gewiß eine stattliche Zahl zusammen. In den sechs Berliner Wahlkreisen waren 1898 150 000 socialdemokratische Wähler, in den beiden der Reichshauptstadt benachbarten Kreisen Teltow und Niederbarnim zusammen die Hälfte dieser stattlichen Heerschar. Thöricht wäre es, an das Verlegenheitsgerede zu glauben, das unsere Gegner über die „Rittläuferjahre“ erheben, wenn sie die Erfolge unserer Partei verkleinern wollen. Und dennoch müssen wir uns das eine gestehen, daß die Zahl von Hunderttausenden, die bei den Wahlen in Berlin und seiner Umgebung auf den Plan tritt, zu der Zahl der politisch organisierten Socialdemokraten in einem bedenklichen Kontrast steht. Zahlen reden, und die in den Mitgliederlisten der socialdemokratischen Wahlvereine vor Augen liegende Thatsache, daß von zehn socialdemokratischen Wählern erst einer politisch organisiert ist, glebt auf jeden Fall zu denken. Es mag richtig sein, daß die Verhältnisse der Weltstadt den Zusammenschluß auch in unserer Partei erschweren, es mag uns zum Troste gereichen, daß den bürgerlichen Parteien gegenüber die Socialdemokratie in der Organisation glänzend dasteht, das alles darf uns aber nicht an der Erkenntnis hindern, daß in der politischen Organisation der Arbeiterschaft Berlins noch außerordentlich viel nachzuholen, daß ihre Bedeutung im Berliner Proletariat noch längst nicht nach Gebühr erkannt ist.

In wenigen Monaten ist Reichstagswahl. Eine raffische Agitation, die sich ihrer Natur nach vornehmlich auf die ländliche Umgebung der Reichshauptstadt erstreckt, kündigt das wichtige Ereignis an. Aber nicht allein draußen, auch bei uns in nächster Nachbarschaft giebt es zu thun. Keine Gelegenheit ist so günstig wie die Wahlperiode, um den Arbeiter auf seine Pflicht hinzuweisen, daß er sich nicht allein der Gewerkschaft, sondern auch der politischen Organisation anzuschließen hat, die durch Wort und Schrift seine Erkenntnis fördert und die ein Opfer verlangt so minimal, daß es kaum einen Arbeiter geben dürfte, der es nicht zu leisten im Stande wäre. Der geringe Beitrag von 25 Pf. monatlich gestattet es auch dem wirtschaftlich schlecht gestellten Arbeiter, seiner Pflicht der Organisation gegenüber nachzukommen.

Proletariat! Ein Jahr heißen Kampfes steht uns bevor. Ihr, die Ihr täglich seht, welche Macht eine Organisation im wirtschaftlichen Kampfe bedeutet, tretet ein in die politische Organisation. Denen aber, die bereits politisch organisiert sind, rufen wir zu: Werbt neue Kämpfer, agitiert in jeder Ausdauer auf den Arbeitsstätten, in den Zusammenkünften, im geselligen Beisammensein für die Socialdemokratie und für deren Organisationen: die socialdemokratischen Wahlvereine. Mit Klammernworten wendet Euch an die noch nicht Aufgeklärten, laßt den Eifer nicht erkalten, es gilt für unsere große Sache zu kämpfen. Immer und immer predigt mit warmem Herzen:

Eintritt in die politische Organisation, hinein in die socialdemokratischen Wahlvereine!

Aufnahmen von Mitgliedern nehmen jederzeit entgegen:

1. Wahlkreis: Georg Weichardt, Grünstr. 21. Emil Gänther, Vishoffstr. 12. Gustav Radtke, Flensburgerstr. 24.

2. Wahlkreis: Elden: Ferd. Ewald, Schönleinstr. 6. Südwest: Paul Scholz, Danzigerstr. 22. Ede Jostenstraße. Westen: Oskar Kumpke, Willowstr. 59.

3. Wahlkreis: Wilh. Börner, Ritterstr. 23. Ernst Hier. Nie Jakobstr. 119. Martin Reicha, Adalbertstr. 24, Eingang Engel- ufer.

4. Wahlkreis: Südost: Paul Böhm, Laufener Platz 14/15. G. Schulz, Admiralstr. 40a (Kottbuser Thor). W. Erbe, Cuvrystr. 25. Osten: Fr. Thiele, Kallisenstr. 52.

5. Wahlkreis: Leopold Liepmann, Linienstr. 243 I.

6. Wahlkreis: Kamtow, Schönhauser Allee 135. Hochgänger, Störmühlendstr. 34. Abendroth, Badstr. 42/43. Tauschel, Wiesenstr. 29. Jahnrow, Ravenstr. 6. Kaiser, Pfingstr. 6. Fischer, Waldstr. 8.

In den Vororten Berlins ersuchen wir die Genossen, sich an den in dem betreffenden Orte bestehenden Wahlverein zu wenden.

Lokales.

Aus dem Bericht über die Thätigkeit der Berliner Schularzte

haben wir bereits vor mehreren Monaten — lange, bevor er der Stadtverordneten-Versammlung gedruckt zugeht — verschiedenes mitteilen können, weil der Unterrichtsminister den ihm damals im Manuscript vorgelegten Bericht so interessant gefunden hatte, daß er sich bereit, ihn hinter dem Rücken des Magistrats durch das Centralblatt für das gesamte Unterrichtswesen zu veröffentlichen. Einige Einzelheiten daraus seien heute noch nachgetragen; angeht die bevorstehenden Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung dürfen sie bei unsren Lesern auf Interesse rechnen. Wie nützlich die ärztliche Untersuchung der Schulkinder nicht nur für die Kinder, sondern schließlich auch für die Schule ist, dafür werden ein paar schlagende Beispiele angeführt. Ein zehnjähriges Mädchen, das der Lehrerin als sehr begabt und sehr fleißig bekannt war, ließ plötzlich in seinen Leistungen nach, war müde, träge und unlustig zur Arbeit, ohne daß der Lehrerin oder den Eltern Krankheitserscheinungen an dem Kinde aufgefallen wären. Die ärztliche Untersuchung ergab eine eitrige Brustfellentzündung. Das Kind wurde infolge dessen aus der Schule genommen und kam in ärztliche Behandlung. In mehreren Fällen wurde bei Kindern, die im Verdacht standen, Schwerkörigkeit zu simulieren, durch den Schularzt nachgewiesen, daß Erkrankungen vorlagen. In einem Falle bestand beiderseits eitrige Mittelohr-Entzündung mit Durchlöcherung der Trommelfelle. Es ist gut, bei solchen Mitteilungen immer wieder daran zu erinnern, daß es Socialdemokraten waren, die in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zuerst auf Einführung ärztlicher Untersuchungen der Schulkinder drangen — und freimüthig, die diese Forderung als Eingriff in die persönliche Freiheit ablehnten. Beispiele, wie die angeführten, zeigen so recht, wie leicht beim Fehlen einer schularztlichen Aufsicht fränke Kinder in der Schule verkommen, falsch behandelt und vielleicht für ihr ganzes Leben geschädigt werden. Von socialdemokratischer Seite ist das seit mehr als zehn Jahren immer wieder hervorgehoben worden. Daß diesen Zuständen bei uns nicht längst ein Ende gemacht worden ist, haben wir der Mäandrigkeit des Berliner Stadtfreiwilts zu danken. Der Bericht glaubt übrigens betonen zu müssen, daß die ursprünglich gehegte Verärgerung, die Eltern würden Widerstand leisten, sich als unzutreffend erwiesen hat. Wir meinen, daß die Gegner der Einführung einer schularztlichen Aufsicht wohl weniger für die Eltern als für die Schulverwaltung Unbequemlichkeiten und Belästigungen befürchtet haben. Aus dem Bericht ergibt sich, daß die Schularzte wiederholt Anlaß gehabt haben, der Schulverwaltung recht energig auf den Leib zu rücken. Wer's nicht längst gewußt haben sollte, wie es in manchen unserer Berliner „Mufferschulen“ aussieht, der laun es jetzt im offiziellen Bericht lesen. Bemängelt werden die Heizungsanlagen, die Ventilation, die Reinigung usw. In einer Schule fand der Arzt „fast sämtliche“ Sige des Aborts durch frischen und alten Kot verunreinigt. Wenn Aehnliches im „Vorwärts“ mitgeteilt wird, dann wird magistratssoffiziös an die Presse die Nachricht verhandelt, es sei alles Verleumdung — und die bürgerlichen Blätter drucken's begierig ab. Gestagt wird auch über den alten Mißstand der steigenden Klassen, vor denen selbst die schwachbegabtesten Kinder der sogenannten Nebenklassen nicht bewahrt bleiben. Dieses Wandern von Klasse zu Klasse muß vom hygienischen Standpunkt aus als nachtheilig betrachtet werden. Von socialdemokratischer Seite ist das dem Magistrat und der freimüthigen Stadtverordneten-Mehrheit so oft gesagt worden, daß sie es nun bald auswendig wissen könnten.

Socialpolitik im „Roten Hause“.

Man schreibt uns aus den Kreisen der städtischen Arbeiter: In gar eigentümlicher Weise läßt man den Arbeitern der städtischen Kohlen- und Holzplätze die vor einiger Zeit nach langen Bemühen erreichte Unterstützung in Krankheitsfällen, die Differenz zwischen Lohn- und Krankengeld, zuzunehmen. Erscheint es schon verwunderlich, daß diese „Wohlthat“ erst in Wirksamkeit tritt, wenn der fränke Arbeiter sich bereits wieder in Arbeit befindet, so muß weiter die Art und Weise, wie diesen Leuten die Unterstützung zu teil wird, Köpfschütteln erregen. Die Kohlenarbeiter, welche von früh bis spät ihre Thätigkeit ausüben, arbeiten im Accord. Ihr durchschnittlicher Wochenverdienst beträgt etwa 33 M., wofür sie sich allerdings „das Handwerkszeug“, bestehend aus Kohlen- und Holzfliege, Spaten, Kohlenlasten, Trageleder etc., selbst anschaffen müssen; diese Ausgaben im Betrag von rund 30 M. wiederholen sich alle 6 Wochen. Rechnet man nun selbst

diese den Arbeitern aufgebürdete Last von dem Wochenberdiebst ab, so bleibt eine Summe von 27 M. übrig, die als Durchschnittslohn gelten würde. Ganz selbstverständlich könnte man nun folgern, daß dieser Arbeiterkategorie in Krankheitsfällen auf die Dauer von sechs Wochen das Krankengeld mit wöchentlich 12 M. und dann der restierende Betrag in Höhe des durchschnittlichen Verdienstes zu gute kommen müsse. Im Rate der Deputation für Vrenmmaterialien scheint man jedoch anders zu denken. Dort hat die sozialpolitische Einsicht bei dem „ortsüblichen Tagelohn“ — und der beträgt 2,90 M. pro Tag — Halt gemacht. 90 Pf. erhält so ein armer Teufel für den Tag an Zuschuß und den auch erst nach Wochen, um sich „während der Krankheit“ mit seiner Familie über Wasser zu halten. Und das nennt man dann Humanität! Vielleicht sehen sich die Herren Stadtrat Fischbeck und Stadtv. Rosenow diese ganz unhaltbaren Zustände in ihrem Ressort etwas näher an und gewähren den Arbeitern „was Recht und billig ist“.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag u. a. mit folgender Tagesordnung zu befassen: Die Ferien der hiesigen Gemeindefchulen, — die Beschaffung von 20 Sprengwagen und 6 Rehrmaschinen sowie die Anbringung eines zweiten Drahterohrs an 50 alten Sprengwagen für das Etatsjahr 1903, — die Einführung einer neuen Besoldungsordnung für die Oberlehrer an den städtischen Gymnasien, Realschulen, Oberrealschulen, Realschulen und höheren Mädchenschulen, die Anrechnung des vollen Wohnungsgeldzuschusses für die Leiter, Oberlehrer, ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen der genannten Lehranstalten, sowie der Winnen- und Taubstummenschule bei Berechnung der Ruhegehälter und die Erhöhung des Schulgeldes für die Gymnasien, Realschulen, Oberrealschulen und höheren Mädchenschulen und für die auswärtigen Schüler der Realschulen, — den Etat der Altersversorgung-Anstalt der Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung für das Etatsjahr 1903 — und eine weitere Nachbewilligung zur Anlegung eines Tiefbrunnens auf dem Friedhofe in Friedrichsfelde, — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Vermehrung der Zahl der Schulärzte, — Vorlagen betreffend: die weitere Anstellung von Schulärzten — und die erfolgte Bauabnahme der Koffstraßen-Brücke sowie die Verbreiterung der Cornelius-Brücke.

Wo bleibt der Straßenbahngroschen? Das Jahrgeld wird seit der Einführung des Groschentarifes noch mehr als früher in der Hauptmasse in der Gestalt eines Zehnpennig-Stücks entrichtet. Wenn auch manche der Groschen wieder als Wechselgeld in die Hände der Fahrgäste zurückgelangen, so bleibt doch die Hauptmasse der Groschen in den Händen der Straßenbahn. Die Große Berliner Straßenbahn bildet so insbesondere seit der Einführung des Zehnpennig-Tarifes eine Art von Hauptammelstelle für Groschen. Nach einer Aufstellung der Straßenbahnen stehen der Verwaltung alljährlich 85 Millionen Zehnpennig-Stücke zu. Die Verarbeitung dieser Unsumme von Kleingeld verursacht natürlich eine große Arbeit und beschäftigt zahlreiche Hände. Die 85 Millionen Kleinststücke werden in mehr als 42 000 Geldstücke verpackt. Sie gehen so den Verbrauchsstellen unmittelbar oder durch Vermittlung der Reichspost oder der Bank des Berliner Staffenvereins wieder zu. Außerdem ist eine besondere Beschäftigung bei der Straßenbahn eingerichtet. An dieser werden täglich 30- bis 40 000 M. Kleingeld und Silbergeld eingewechselt.

64 000 Berliner Fernsprech-Anschlüsse. Die jährliche Feststellung der Fernsprech-Anschlüsse im Ober-Postdirektionsbezirk Berlin, wie sie durch die Fernsprech-Gebührenordnung für Feststellung der Grund- und Verbrauchszahlen zu Anfang des Jahres bedingt ist, hat neuer wieder eine beträchtliche Zunahme der Haupt- wie der Nebenanschlüsse ergeben. Die Zahl der Fernsprechstellen im Berliner Bezirk ist jetzt auf mehr als 64 000 angewachsen. Gegen den Bestand des vorigen Jahres bedeutet dies eine Zunahme von etwa 6000 Sprechstellen. Der wirtschaftliche Druck tritt also hier nicht in die Erscheinung. Von sämtlichen Sprechstellen des Bezirks entfallen fast 56 000 auf die Reichshauptstadt selbst.

Ueber die Heizung der Straßenbahn-Wagen wird jetzt wieder seitens des Publikums Klage geführt: in einzelnen Wagen soll es — oft nur „stellentweise“, d. h. auf den Plätzen, unter denen sich die Wärme des Glühkörpers konzentriert — zu warm, in anderen wieder zu kalt sein. Es ist dies auf den Kardinalfehler des von der Gesellschaft eingeführten Heizsystems zurückzuführen, das nämlich eine Regulierung der Bagentemperatur so gut wie ausgeschlossen ist. Mit der elektrischen Heizung, wie sie sich in den Hochbahnzügen ganz gut bewährt, hat die Straßenbahn-Gesellschaft übrigens ebenfalls Versuche anstellen lassen: es befanden sich früher in den Wagen, je zwei auf den Linien der Großen Berliner und der Westlichen Vorortbahn, mit elektrischer Heizung im Betriebe. Aus welchem Grunde diese Versuche aufgegeben worden sind, ist uns nicht bekannt; der Kostenpunkt kann wohl kaum in Frage kommen, denn die Hochbahnzüge führen bestmännlich je drei bzw. vier und zwar größere Wagen. Die Mehrzahl der Klagen über Kälte dürften sich übrigens daraus erklären, daß die betreffenden Wagen gar nicht geheizt sind, weil sie mit der neuen Heizrichtung noch nicht versehen sind. Von den circa 3000 Wagen (Motor- und Anhängewagen der Großen Berliner und der mit ihr verschmolzenen Betriebe) können gegenwärtig nur erst rund 1300 geheizt werden, darunter etwa 900 Motor- und 170 Anhängewagen der Haupt-Gesellschaft.

Polizei und Streikposten. Dieses ewig neue Kapitel erfährt durch folgenden Vorfall wieder eine kleine Bereicherung. Vor einigen Tagen stand der Formier F. bei der Fabrik der Firma J a h m a n n draußen in der verlängerten Huttenstraße als Streikposten. Plötzlich forderte ihn ein berittener Schutzmann zum Weitergehen auf. F. kam dieser Aufforderung nach und ging das Trottoir entlang. Dies schien dem Schutzmann jedoch nicht zu genügen, er ritt auf den Formier los und suchte ihn auf dem Bürgersteige mit dem Pferde an eine Wand zu drücken, was allerdings nicht gelang. Inzwischen kam ein zweiter Streikposten, der Formier Sch., hinzu, um sich nach seinem Kollegen umzusehen. Der Schutzmann ließ nun von dem ersten Formier ab und bedrängte mit seinem Pferde den zweiten. Dabei kam dieser zu Fall und wurde durch Huftritte verletzt. Auf Grund glaubwürdiger Befundungen von Augenzeugen und gestützt auf ein ärztliches Gutachten wird der Verletzte unter dem Rechtschutz des Metallarbeiter-Verbandes Strafantrag gegen den Schutzmann stellen. Die Handlungsweise des Beamten ist um so merkwürdiger, als in der Gegend der Fabrik von einer Verleumdung doch absolut keine Rede sein kann, es scheint hier wieder lediglich die polizeiliche Abneigung gegen Streikposten in Frage zu kommen.

Eines der wenigen Verdienste des verstorbenen Polizeipräsidenten ist, die Schutzmännerschaft eindringlich darüber belehrt zu haben, daß sie im Umgang mit dem Publikum menschlich zu verfahren hat. Der neue Polizeipräsident erwählte sich ein großes Verdienst, wenn er seinen Untergebenen klar machte, daß ihnen Arbeitern gegenüber, die ihrer an sich schon schweren Pflicht als Streikposten nachkommen, keine Ausnahme von der Regel gestattet ist.

Die Witterung im Dezember 1902 war nach den Mitteilungen des k. Statistischen Bureaus von Berlin im allgemeinen so kalt, obwohl dem strengen Frost in der ersten Hälfte des Monats später mildes Wetter folgte. Das Gesamtmittel lag in Ostpreußen um mehr als 4 Grad und im Binnenland östlich der Weser auch noch um mindestens 2 Grad unter der normalen. Während Berlin am 6. Dezember mit — 13,4 Grad die niedrigste und am 17. Dezember mit + 8,8 Grad die höchste Temperatur des Monats hatte, litten namentlich einzelne Gegenden Ostpreußens unter einer außergewöhnlich starken Kälte. Nemel hatte am 3. Dezember — 21,1 Grad, Königsberg am selben Tage — 21,6 Grad und Marggrabowa am 2. Dezember gar — 23,0 Grad. Auch Slesien hatte im Anfang des Monats unter strenger Kälte zu leiden. Breslau wies am 6. Dezember eine Temperatur von — 19,40 Grad Celsius eine von — 19,5 Grad auf. Beachtenswert ist, daß auf der 1603 Meter hohen Schneekoppe die

Kälte am selben Tage nur auf — 1,2 Grad gestiegen war. Ebenso hatte Erfurt am 6. Dezember 22,4 Grad Kälte, während der kalteste Tag auf dem Broden (5. Dezember) — 20,5 Grad aufwies. Die höchste Temperatur hatte Berlin am 17. Dezember, nämlich + 8,8 Grad, das Monatsmittel war in Berlin — 1,8 Grad, was eine Abweichung von der normalen Temperatur um — 2,6 Grad gleichkommt. Die höchste Temperatur im preussischen Beobachtungsgebiet überhaupte wies Neuwied am 17. Dezember mit + 12,6 Grad auf.

Das Jahr 1902 blieb, da im größten Teile des Landes ganz ungewöhnlicherweise alle Monate vom April an zu kalt waren, überall um mindestens 0,5 Grad, meist aber um 1 Grad und im Nordosten sogar um 1 1/2 Grad hinter dem Normalwerte zurück. Die Niederschläge fielen sehr ungleich, doch meist zu reichlich und ergaben im oberen Oder- und im Wesergebiete bis zu 30 Proz. Ueberschuß; etwas zu trocken waren die Rheingebiete, Mittelschlesien, das Rheinland und die Nordsee Küste (bis zu 15 Proz.).

Ueber die Heilung von Diphtherie heißt es in dem amtlichen Bericht des Krankenhauses Moabit: Auf der Diphtherie-Abteilung wurden im Etatsjahre 1901/02 im ganzen 194 Kranke behandelt, darunter 8 Erwachsene und 182 Kinder, wovon 35 Kinder operiert wurden. Es starben 5 1/2 Proz. und lediglich 10 Kinder. Im Krankenhaus am Friedrichshain wurden an Diphtherie 455 Kranke behandelt. Es starben 100. Bei 91 Kranken mußte wegen hochgradiger Nieren- oder Luftröhrenschwellung ausgeführt werden. Von diesen operierten Kranken wurden 55 geheilt. Sämtliche Diphtheriefälle wurden mit Behring'schem Heilserum behandelt.

Eine **Hochschülerin**, die unter dem falschen Namen eines Fräuleins v. Kersdorf manchen jungen Herrn zu umgarnen verstand, wurde jetzt unschädlich gemacht. Das hübsche und geschmackvoll gekleidete Mädchen, dem niemand seine 28 Jahre ansah, gab sich für die Tochter eines Rittergutsbesizers aus dem Hannoverischen aus und erzählte, daß sie in Berlin in Pension sei. Ihre Verehrer suchte sie gern auch unter Studenten mit einem guten Wechsel. Das lustige Leben behagte ihr um so mehr, als man sie nach ihren Erzählungen davon fernzuhalten suchte. Mama sei fürchtbar streng, pflegte sie zu klagen. Nach genehmer Zeit sah Fräulein v. Kersdorf ihren Eltern und deren Wittinnen bei Gelegenheit, was sie nur erhaschen konnte, und suchte dann eine neue Bekanntschaft. Gestern traf ein Gernypfer die Gutsbesitzerstochter auf der Straße und ließ sie festnehmen. Die Kriminalpolizei erlaubte in ihr eine 28 Jahre alte Hochschülerin, die wegen allerhand Schwindelacten und wiederholten Diebstahls schon mehrfach, auch mit Zuchthaus, vorbestraft ist. Die Verhaftete wurde dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Ueber das Unglück beim Eislauf auf der Havel, welchem drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, wird berichtet: Der Oberlehrer Wilhelm Busch vom Steglitzer Gymnasium, der bei seiner Mutter, der Witwe Frau Professor Busch in Steglitz, Plantagenstraße 4 wohnte, hatte mit drei Kolleginnen von der höheren Mädchenschule in Steglitz eine Schlittschuhpartie von Wannsee aus nach Potsdam unternommen. Die vier Personen liefen zunächst auf der eisigen Eisfläche der Havel. Bei Nikolske näherten sie sich mehr der Mitte des Flusses, da das Eis hier eine glattere Beschaffenheit zeigte. Sie gerieten hierbei auf eine Fahrwinde, die von einem Schleppdampfer am Tage vorher gezogen worden und nur schwach übereis war. Alle vier Personen brachen ein. Herr Oberlehrer Busch machte den Versuch, seine Begleiterinnen zu retten, jedoch wurden zwei der Damen von der Strömung erfaßt und unter die Eisdede getrieben, wobei auch der Oberlehrer mit in die Tiefe gerissen wurde. Der dritten Dame gelang es, sich am Rande der Eisdede festzuklammern und so lange festzuhalten, bis aus dem Restaurant in Morale Hilfe kam. Die Gerettete wurde nach dem Gerichte'schen Etablissement gebracht, wo sie angab, daß eine der Ertrunkenen ihre Schwester wäre. Die beiden ertrunkenen Damen sind Berliner Lehrerinnen; außer der Schwester des Hl. Käutig handelt es sich um ein Fräulein Schenker, Herr Oberlehrer Busch ist ein Neffe des Stadtrats Dr. Kämpff.

Jungen gesucht. Sonntag nacht bald nach 8 Uhr zeigte ein Fahrgast, der den Nachtomnibus Stettiner Bahnhof—Kottbuscher Thor benutzte, dem Kontrahenten am Kottbuscher Platz einen falschen Fahrschein vor, den er sich von dem in entgegengekehrter Richtung fahrenden Omnibus, von dem er abgesprungen war, hatte geben lassen. Dieser Herr, der dann wieder gleich den Wagen verließ, sowie die Zeugen des Vorfalls werden dringend gebeten, sich bei dem Schaffner Lauf, Alte Jakobstr. 11, v. 3 Tr. zu melden.

Jugend. Der 21 Jahre alte Photograph Hans Rüdiger, der Sohn einer Arbeiterwitwe aus der Mathienstr. 11, lernte im Juli vorigen Jahres in Johannisthal auf dem Tanzboden die 17jährige Tochter Marie des Schuhmachermeisters Wagemann aus der Auguststraße 40 kennen und knüpfte mit ihr ein Liebesverhältnis an. Die Eltern des Mädchens waren gegen diese Beziehungen mit Rücksicht auf die Jugend ihrer Tochter und weil Frau Rüdiger selbst ihrem Sohne nicht das beste Zeugnis gab. Nun schrieb der junge Mann unter dem falschen Namen Hugo Krause an seine Geliebte. Da aber diese Täuschung der Eltern nicht lange währen konnte, so beschloffen die Verlebten, gemeinsam zu sterben. Am Sonntag vor acht Tagen borgte Rüdiger von einem Gastwirt 3 und von seiner Mutter 6 M., weil er für seinen Chef etwas zu besorgen habe. Mit diesen geringen Mitteln, zu denen nur noch das Taschengeld des Mädchens kam, besuchte das Pärchen mehrere Tanzsäle, um am Montag nach Potsdam und von dort am Dienstag nach Spandau zu fahren. Hier konnte es einem Wirte die Jege schon nicht mehr bezahlen und mußte die Uhr des Mädchens zum Pfande lassen. Um 3 1/2 Uhr nachmittags nahmen die Lebensmüden in einer Gastwirtschaft in der Breitenstraße zu Spandau Sublimat, das Rüdiger aus seinem Geschäft mitgebracht hatte. Querst legte das Mädchen die Flasche mit der giftigen Lösung an und trank sie halb aus. Als hierauf Rüdiger ebenfalls trinken wollte, riß ihm seine Geliebte die Flasche vom Munde, so daß der Rest des Giftes verschüttet wurde. Da auch bei dem Mädchen die Wirkungen ausblieben, so lehrte das Pärchen nach Berlin zurück. Rüdiger zu seiner Mutter, seine Geliebte zu ihrer Tante. Das Befinden des Mädchens verschlimmerte sich jedoch so, daß es nachträglich in einem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Dort liegt es jetzt hoffnungslos darnieder. Mit der Anwesenheit befaßt sich auch die Kriminalpolizei. Rüdiger, der von dem Gifte fast gar nichts genommen hatte, war nur einige Tage etwas unwohl.

Im Circus Schumann fand Montagabend zum Festen der Kranke'schen Brüderstr. 10 die alljährlich übliche Festvorstellung statt, in der sich alles, was in Berlin zur „Gesellschaft“ gehört, in Gala zeigt. Damen der Geburts- und Finanzaristokratie wirken am Puffet und demonstrieren so, daß sie, wenn es einmal sein muß, auch zu unehringender Thätigkeit fähig sind. Das Volk aber, das von den höheren Rängen zuseht, freut sich dessen und kommt zu dem Schluß, daß unsere oberen Tausend fest sind und auch unter veränderten Produktionsbedingungen nicht zu Grunde gehen werden. Wo so die besten Kreise sich für das Wohl der Kranke'schen mühten, dessen die Artisten des Circus sich das Leben natürlich auch nicht leicht machen. Die Clowns thaten ihr mögliches, um die ausnahmsweise vornehme Zuschauer'schaft für ihre sinnigen Scherze zu interessieren und es gelang ihnen auch bestens. Der Jongleur zu Pferde Hogini, die Reitmännlein Juliette und Elsa, das Lächelchen des Direktors, die Reiter und Reiterinnen einer Quadrille, und nicht zum lezten das Balletcorps hatten alles versucht, um zu glänzen; wußten die Mitwirkenden doch, daß sie diesmal vor einem Publikum arbeiteten, dessen Kunstsinne weit über das Durchschnittsmaß hinausragte. Als um 11 Uhr das Vergnügen zu Ende war, kam Johann vorgeschritten und Frau Kommerzientat Friedländer verließ nun nicht minder befreit als die Gemahlin unsres vielbewunderten Reichsanzlers die Stätte herzerfreudend Wirtens.

Aus den Nachbarorten.

Der Charlottenburger Stadthaushalts-Etat. Aus dem neuen Etat, der demnächst der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegt wird, ist bemerkenswert die Erhöhung des Zuschlags zur Staats-

Einkommensteuer von 97 auf 100 Proz. Dadurch beziffert sich die Einnahme aus der Gemeinde-Einkommensteuer auf 4 237 460 M. (gegen 3 974 400 im Vorjahre). Die Gemeinde-Grundsteuer hat eine unbedeutende Erhöhung erfahren; es werden im bevorstehenden Rechnungsjahre 2,27 pro Mille (gegen 2,21 im laufenden Jahre) zur Erhebung gelangen. Der Wert der bebauten und unbebauten Grundstücke ist auf 900 (852) Millionen Mark geschätzt, so daß sich aus der Gemeinde-Grundsteuer eine Einnahme von 2 171 000 (1 991 100) Mark ergibt. Insgesamt ist die Einnahme aus den Gemeinde-Steuern auf 7 815 200 (7 339 000) M. veranschlagt, und zwar entfallen auf die Umsatzsteuer, unter Erhebung von 1 Proz. des Umsatzwertes der bebauten, und unbebauten Grundstücke, 971 500 (921 500) M., auf die Gewerbesteuer 327 500 (347 500) M., auf die Betriebssteuer 30 000 (28 800) M. und auf die Hundsteuer 79 700 (75 650) M. Der Entwurf des Etats schließt in seinen einzelnen Teilen wie folgt ab: der Hauptetat des Ordinariums in Einnahme und Ausgabe mit 12 393 000 M., der Hauptetat des Extraordinariums mit 12 485 200 M. Auf die allgemeine Verwaltung entfällt eine Einnahme von 1 232 891,13 M. und eine Ausgabe von 1 888 226,10 M., auf die höheren Lehranstalten eine Einnahme von 313 946,95 M. und eine Ausgabe von 597 237,52 M., auf die höheren Mädchenschulen, die Bürgermädchenschule und die Gemeindefchulen eine Einnahme von 476 706,50 M. und eine Ausgabe von 2 231 422,69 M., auf die Fortbildungsschulen eine Einnahme von 51 589,25 M. und eine Ausgabe von 100 647 M., auf das Armenwesen eine Einnahme von 141 200 M. und eine Ausgabe von 755 256 M., auf die Pflege- und Krankenanstalten eine Einnahme von 264 601,76 M., auf den Hochbau eine Einnahme von 8033,40 M. und eine Ausgabe von 343 096 M., auf den Straßenbau eine Einnahme von 765 904,89 M. und eine Ausgabe von 1 364 072,80 M., auf das Feuerlösch- und Straßenreinigungswesen eine Einnahme von 8200 M. und eine Ausgabe von 672 219,48 M., auf sonstige Gemeinde-Einrichtungen eine Einnahme von 93 300 M. und eine Ausgabe von 646 689,50 M., auf Liegenschaften eine Einnahme von 70 038,80 M. und eine Ausgabe von 348,68 M., auf das Kapitalvermögen eine Einnahme von 86 225,62 M. und eine Ausgabe von 43 812,41 M., auf den Schuldienst eine Einnahme von 1 071 016,13 M. und eine Ausgabe von 3 321 208,25 M., auf „Verschiedenes“ eine Einnahme von 86 461,91 M. und eine Ausgabe von 912 515,29 M., auf die Gemeinde-Steuern eine Einnahme von 7 815 200 M. und eine Ausgabe von 1700 M. Von den Sonder-Etats schließt die Kanalisation im Ordinarium mit 974 400 und im Extra-Ordinarium mit 185 300 M., das Elektrizitätswerk mit 470 000 M. in Einnahme und Ausgabe ab.

Spandau. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde es aufs neue offenbar, wie sehr unsre bürgerlichen Stadtverordneten von der Sorge um das Wohlergehen ihrer Schockkinder der armen — Hausbesitzer erfüllt sind. Beim Etat der Wasserwerke, das bisher ein rechtes Schmerzenskind für den Stadtsäckel gewesen, weil er alljährlich bedeutende Zuschüsse erforderte, wurde von den Socialdemokraten, gemäß einer Befürwortung des Regierungs-Präsidenten die Erhöhung des Wasserzinses von 16 auf 17 Pf. pro Kubimeter beantragt. Nichtsdestoweniger gab die Hausbesitzer-Mehrheit diesmal, wo es den Hausbesitzern an den Geldbeutel gehen sollte, nichts auf die Autorität des Regierungs-Präsidenten und lehnte den Erhöhungsantrag rundweg ab. In der vorherigen Sitzung war ferner auch zur Sprache gekommen, daß die städtischen Behörden an das in Bürgerquartieren einquartierte Militär, um ausgesprochenemmaßen den Hausbesitzern die Einquartierungslasten zu erleichtern, aus eignen Ställen einen Zuschuß in Höhe des Staatserszinses aus dem Stadtsäckel zahlen. Unsr Genossen stellen sofort den Antrag, diesen Zuschuß in Fortfall kommen zu lassen. Der Antrag wurde jedoch mit allen gegen die socialdemokratischen Stimmen ebenso abgelehnt. Man vergleiche mit dieser Fürsorge die kommunale Socialpolitik Spandaus.

Aus Schöneberg. Eine Vermehrung der hiesigen Polizeikräfte ist in dem preussischen Etat für 1903 vorgezogen. Rein eingestellt werden sollen ein Polizeisekretär, ein Medizinal-Assistent, ein uniformierter Wachtmeister und zwei Kriminalhauptleute. — Für den Neubau des Amtsgerichts in Schöneberg, mit dem im Frühjahr vorigen Jahres begonnen worden ist, werden ebenfalls in dem Etat der Justizverwaltung für 1903 als 2. Rate 50 000 M. gefordert. — Die Anstellung eines städtischen Statistikers soll der Stadtverordneten-Versammlung vom Staatsauschuß empfohlen werden.

Wilmsdorf. Das Klassenwahl-Unrecht tritt besonders grell in der jetzt im Rathause ausliegenden Liste zu den Gemeinde-wählern hervor. Es sind darin im ganzen 6199 Wähler verzeichnet, 739 mehr als im Vorjahre. Auf die erste Klasse kommen 172 Wähler, auf die zweite Klasse 974 und auf die dritte Klasse 5078. Die Zahl der Wähler in der ersten Klasse hat sich um 85 vermindert, dagegen hat die zweite Klasse einen Zuwachs von 237 und die dritte einen Zuwachs von 589 Wählern erhalten. Auf einen Wähler der ersten Klasse kamen 6 der zweiten und 348 der dritten Klasse. Der höchste von einem Ortseingewohner entrichtete Steuerfah beträgt 30 612 Mark; die dritte Klasse beginnt schon bei dem Satz von 306 Mark 80 Pfennige. Die Wählerliste liegt nicht, wie Sonntag berichtet worden, von 10 bis 3 Uhr, sondern von 9 bis 2 Uhr aus und außerdem am Mittwoch, 28. Januar, abends von 6 bis 8 Uhr. Versäume niemand, die Liste einzusehen und seine Einsprüche bis zum 30. Januar geltend zu machen.

Grünau. In der letzten Sitzung nahm die Gemeindevertretung die Befragung der Kommissionen vor. Es ergab sich wieder das alte Bild, daß man lieber Leute, die nicht der Vertretung angehören, in wichtige Kommissionen wählt, als diese Körperchaften mit miltgebigen Gemeindevertretern zu besetzen. — Zur Feier des Kaisergeburtstages wurden auf Gemeindefosten 100 M. bewilligt. Ein Vermutungs-tropfen war es, als Gemeindevertreter Rike mitteilte, daß sowohl der Landwehrverein als auch die freiwillige Feuerwehr nicht mitmachen und ihre Separatfeier abhalten wollen. — Auf Anregung des Landrats soll für größere Sicherung der Gemeindefassen gefordert werden.

In Adlershof wird ein beträchtliches Gelände der Oberförsterei Dahme-Grünau eingezeichnet werden. Es handelt sich um ein Areal von 541 Hektar Größe, wovon der zwanzigste Teil Gemeindef-Eigentum bleibt. Für freie Plätze bleiben 148 Morgen, für Straßenland gut 100 Morgen reserviert.

Das Ortsstatut, wonach die Eigentümer angehalten werden können, bis zu 90 Proz. der Straßenaufkosten zu tragen, wurde gegen die Stimme eines Hausbesizers angenommen. Dieser Herr bezeichneter die Schultern der Hausbesitzer als die schwächeren und hielt eine Heranziehung bis zur Höhe von 50 Proz. für genügend. Ihn wurde namentlich von socialdemokratischer Seite die erforderliche Aufklärung zu teil.

Die Lehrerkollegien an den Gemeindefschulen müssen sich auf Anweisung von oben hin damit, die Kinder von der Beteiligung an dem von Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ veranstalteten Turn-unterricht abzuhalten. Der Verantwortliche der Frage, warum diese zweifelslos Warnungen erfolglos, entging der Gemeindevorsteher dadurch, daß er erklärte, die Schuldeputation habe keinen Einfluß auf die vom Kreis-Schulinspektor getroffenen Anordnungen.

Adlershof. Wegen der am Donnerstag in Berlin und Umgegend stattfindenden Volksversammlung fällt die Wahlvereins-Versammlung aus. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich in der in K o p e n i d bei Scheer stattfindenden Volksversammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Unter die Räder eines Eisenbahnzuges gekommen ist am Sonntagabend in Kiezy-Kummelsburg ein Arbeiter, der den nach Erkner fahrenden Zug benutzen wollte. Er geriet so unglücklich unter den Wagen, daß ihm der linke Arm bis zum Ellenbogen abgefahren, sowie das linke Bein schwer verletzt wurde. Im Kummelsburger Krankenhaus mußte dem Unglücklichen der Arm vollständig und das Bein bis an das Knie amputiert werden.

Vermischtes.

Der Dampfer „Lahn“ ist wieder flott geworden. Boemanns Telegraph. Bureau meldet: Laut eingegangener telegraphischer Nachricht aus Gibraltar ist der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Lahn“ wieder flott geworden und in Gibraltar eingetroffen.

Aus einer russischen Gefängniszelle. Aus Odessa berichtet der Telegraph: Am 15. Januar brach unter den 600 im hiesigen Gefängnis eingekerkerten ein offener Hand vorbereiteter Aufbruch aus, der bei der Ausgabe des Mittagessens auf ein gegebenes Signal seinen Anfang nahm.

Dynamit-Attentat. Aus Braunschweig wird gemeldet: Vor der Wohnung des Direktors Starke des Kraftwerkes Beienrode wurde Montagabend gegen 8 Uhr eine Dynamitpatrone zur Explosion gebracht.

Ueber einen Gastenmord wird aus Frankfurt a. M. berichtet: Der Fuhrunternehmer Theodor Koybach, Friedeburger Landstraße 325 wohnhaft, ermordete Dienstag früh seine Ehefrau nach vorausgegangenem Streit.

Verunglückter Radfahrer. Der 42jährige Restaurateur Franz Meiler aus Jernburg, welcher nachts mit seinem Rade von Jernburg nach Frankfurt a. M. fahren wollte, brach unterwegs das Genick. Ein Förster fand Dienstag früh die Leiche.

Neue Goldfelder. In Alaska, am Tanana-Fluß, 300 englische Meilen von seiner Quelle, sind auf amerikanischem Gebiet große Goldfunde gemacht worden, die denen in Klondike gleichkommen.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perückenmacher. (Zweigverein Berlin). Mittwoch, den 21. d. M., abends 10 Uhr: Generalversammlung bei Gängel, Rosenhägerstr. 57.

Centralverband der Konditoren und verwandter Berufe. Heute, Mittwoch, abends 9 Uhr bei Eltze (Hamburger Haus), Lindenstraße 96: Generalversammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Der „Zübendische Postillon“ Nr. 2 ist erschienen und zum Preise von 10 Pf. durch alle Buchhandlungen und Zeitungsdepotäre zu beziehen. Zur Trinitatsfeier in Gathhäusern und Zehnweirischen. Von Joseph Bolt, Uraau. Herausgegeben von der Anstalt in Gathhäusern.

Die Berufsausbildung nach den Berechtigungen der höheren Lehranstalten in Preußen, herausgegeben von H. Deier, Kanzleirat im Kultusministerium, Preis 80 Pf., Halle a. S., Buchhandlung des Kaiserlichen Hofes.

Socialismus und Landwirtschaft. Von Eduard David. Erster Band. Die Betriebsfrage. Berlin 1903. Verlag der „Socialistischen Monatshefte.“ Preis 12 M. (geb. 15 M.).

Wie beurteile ich meine Handschrift? Populäres Lehrbuch der Graphologie von Hans J. Basse. Preis 1 M. Verlag von A. Bodeck u. Co. Berlin und Leipzig.

Hans Kraus. Die Grausamkeit mit besonderer Bezugnahme auf fernere Faktoren. Mit zahlreichen Illustrationen. Berlin 1903. Verlag von H. Barsdorf. Preis 4 M.

Die finanziellen Grundlagen der deutschen Unfallversicherung und ihre rationelle Umgestaltung. Von Dr. Ernst Ranze. Berlin-Grünwald. Verlag der Arbeiter-Versicherung, A. Trostsch.

Die Kartelle. Ihre Bedeutung für die Social-, Zoll- und Wirtschaftspolitik. Von Professor Dr. F. C. Huber. Geheftet 2 M. (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt).

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

N. S. 100. Nur einige Schwabronen. M. S. 100. Senden Sie sich mündlich oder schriftlich an die betreffende Anstalt. Die Aussicht auf Erfolg wird nicht vorhanden sein.

J. S. 100. 1. Ja. 2. Sprechen Sie bei uns in der juristischen Sprechstunde vor.

J. S. 100. Die Gänse-Einfuhr in das deutsche Zollgebiet betrug: 1899 . . . 6 875 810 Stück, Wert 19 1/2 Mill. M.

Wieweil Gänsefleisch in Deutschland verbraucht wurde, läßt sich nicht feststellen.

Mehrere Anrufer. Die Reichstagswahl 1874 fand am 10. Januar statt und 1887 am 21. Februar.

A. Strelitzer. Das Hilfslosen-Gesetz bestimmt in diesem Punkte nur, daß in der Generalversammlung der Kasse jedes Mitglied, das großjährig ist (in der Regel also 21 Jahre) und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, stimmberechtigt ist und daß die aus Abgeordneten gebildete Generalversammlung aus der Mitte der stimmberechtigten Mitglieder zu ernennen ist.

Witterungsbericht vom 20. Januar 1903, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Wind, Richtung, Stärke, Wetter, Temp., u. G. (0-6 R.). Rows include: Stolteberg, Göttingen, Hannover, etc.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 21. Januar 1903. Etwas kühler, zeitweise neblig, sonst ziemlich heiter und trocken bei schwachen südlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber feierlich Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 21. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr: Oprenhaus. Anno 1757. Schauspielhaus. L'Avare. - Le Dèpit Amoureux. - Menologues.

Deutsches. Komma Hanna. Berliner. Mit-Heidelberg. Leffing. Der blinde Passagier. Neues. Die Allege. Residenz. Die beiden Schwestern. Thalia. Seine Kleine. Westen. Der Prophet. Central. Madame Sherry. Belle-Alliance-Theater. Cupido u. Co. - Am Telefon. Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein Ehrenwort. Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.) Renaissance. Carl Weiß. Die Blüte des Bagno. Ziffern. Die Räuber. Metropol. Neues! Allerneuestes! Bunt. System Kubert. Kleines. Erdgeist. Trianon. Die Liebeshaukel. Palast. Auf hoher See. Spezialitäten. Casino. Moderne Frauen. Spezialität. Apollo. Spezialitäten. - Naktis Hochzeit. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Ziebi. Seidlsänger. Passage-Theater. Spezialitäten. Passage-Panoptikum. Spezialitäten. Urania. Taubentstraße 48/49. Das Land Tirol. Invalidenstraße 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Central-Theater. Heute zwei Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr halbe Preise, jeder Besucher ein Kind frei. Gastspiel des Feinl. Fritz Georgette. Jubiläumsvorstellung. Zum 25. Male: Schneeweissen und Rosenrot. Jedes Kind erhält ein Geschenk. Einlagen: „Die frohe Witter“, „Das und Hühner“, vorgelesen von Feinl. Fritz Georgette. Lachspiel, vorgelesen von Carl Schulz. Gnomentanz u. A. Ausdrucksstücke, ausgeführt von 40 Kindern. Abends 7 1/2 Uhr, zum 79. Male: Madame Sherry. Gastspiel des Feinl. Fritz Georgette. Morgen und die folgenden Abende 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Feinl. Fritz Georgette. Madame Sherry. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Schneeweissen und Rosenrot. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Geisha.

Thalia-Theater. Dresdenstraße 72/73. Zum 162. Male: Seine Kleine. Große Ausstattungspost mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Im 1. Akt: Ein Hinterlist im Grunewald. Im 2. Akt: Haben Sie nicht den kleinen Sohn gesehen? (mit Guido Thielcher). Im 3. Akt: Lebende Märchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntagnachm. 3 Uhr: Penove.

Luisen-Theater. Die Räuber. Anfang 8 Uhr. Borchel. 10-2 Rasse. Morgen: Die Maschinenbauer von Berlin. Freitag zum erstenmal: Die Tochter Bellias. Sonnabend: Die Cameliendame. Abends 8 Uhr: Die Maschinenbauer von Berlin.

Urania.

Taubentstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Das Land Tirol. Sternwarte Invalidenstraße 57/62.

Passage-Theater. Vorstellung. Anfang: Sonntags 3 Uhr. - Wechent. 5 Uhr. Ende 11 Uhr. Nur noch kurze Zeit: Auguste Adamovic Nachmittags 7 Uhr. Abends 10 Uhr. Willy Prager. 14 neue erstklass. Nummern.

CASTANS Panoptikum Friedrichstraße 165. Grosse Busch-Ausstellung. Max u. Moritz, Pater Filiculus etc. Zauberkünster F. Roberts (d. Vorkühnen einer Dame). Kasperle-Theater. - Illusionen. Gr. Promenaden-Konzert.

Metropol-Theater. Täglich: Der größte Erfolg dieser Saison! Mit glänzender Ausstattung: Neuestes! Allerneuestes! Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt v. Dir. Rich. Schultz. Gastspiel Julius Spielmann. Emil Thomas a. G. Henry Bender. Frid Frid. Flora Siding. Hansi Reichsberg. 300 Mitwirkende. Grandioses Ballett. Rauchen überall gestattet. Anfang 8 Uhr.

Belle-Alliance-Theater. Heute u. folgende Tage: 26. 7 1/2 Uhr. Am Telefon. Drama in zwei Aufzügen. Hierauf gegen 8 1/2 Uhr: Cupido & Co. Schaub mit Ges. u. Tanz in 3 Akten. Emil Sondermann, Ferd. Borms, Hambro, Stettiner; Damen: Bischer, Marton, Korelen.

Bunte Theater Köpnickstraße 68. Abends 8 Uhr: System Aubert Sonnabend, den 21. Januar er. Erste Subscriptions-Redoute.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch abends 8 Uhr: Ein Ehrenwort. Schauspiel in 4 Akten von Otto Erich Hartleben. Donnerstag abends 8 Uhr: Esther. Hierauf: Zwei Eisen im Feuer. Freitag abends 8 Uhr: Renaissance.

Residenz-Theater. Direction: Sigmund Lautenburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Die beiden Schwestern. (Les deux Ecoles.) Lustspiel in 4 Akten von Mfr. Capus. Morgen und folgende Tage: Die beiden Schwestern.

Apollo-Theater. Tägl. 8-9 1/2 Uhr: Spezialitäten u. Robert Steidl auf dem Hängeboden. Um 9 1/2 Uhr: Frau Luna mit dem berühmten elektr. Ballett. Donnerstag 8 Uhr: Naktis Hochzeit. Sonntagnachmittag 3 Uhr ermäßigte Preise, ohne Vorverkauf-Gebühr: Lysistrata. Sonntagabend 7 1/2 Uhr: Frau Luna. In sämtl. Vorstellungen vorher die thänom. Spezialitäten.

W. Noack's Theater. Direction: Robert Dill. Brunnenstraße 16. Benefiz für den Kapellmeister Fritz Kiefer: Carmen. Nach der Vorstellung: Familienball.

Bernhard Rose-Theater Badstr. 58. Mittwoch, den 21. Januar 1903: Fräulein Doktor. Lustspiel in 4 Akten von D. Wallther und V. Stein. Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz. Freitag: Goldene Berge. Pöffe mit Gesang. Sonntag, den 26. Januar: Gr. Soiree der Norddeutschen Sänger: Derron Rührmann, Dorf, Walde.

Wintergärten Das sensationelle Januar-Programm. Tortajada Spanische Tänzerin. Paul Conchas. „Im Bivouac“. Morton und Elliott. Excursions. Walino und Marinette. Tanzduo. Thompsons Wunder-Elefanten. Otto Reutter, Humorist. Das Bordeverry-Trio. Adrienne Larive, Pariser Sängerin. Alhertus u. Bartram, Keulen-Jongi. Die 7 Allisonen, Akrobaten. „Das Mädchen mit dem goldenen Haar“. Eine Vision. Pariser Luft, Ballett. „Die Reise in den Mond“. Biographische Bilder.

Frack-Verleih - Institut, Friedrichstr. 115 Ia. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, West. 50 Pf.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater). Mittwoch abends 8 Uhr: Renaissance. Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan u. Franz Koppel-Schild. Donnerstag abends 8 Uhr: Ein Ehrenwort. Freitag abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Das Geheimnis der Gilde.

Casino-Theater Reihingstraße 57. Nur noch kurze Zeit: Moderne Frauen und die glänzenden Spezialitäten. Unt.: Sonntags 7 1/2. Wechent. 8 Uhr. Trianon-Theater. Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr. Die Liebeshaukel. Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay. Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Erdgeist. Palast-Theater Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast. Das phänomen. Januar-Programm. Alles neu! Neu! Alles neu! 8 1/2 Uhr. Neu insceniert: 8 1/2 Uhr.

Auf hoher See. Lebensbild m. Gesang u. Tanz in 3 Akten. The Atlantic, Kraft-Mit. Gebr. Bollong, großart. Melange-Mit. Jonny Manchenez, das med. Weltbrdr. The Heltons, eine Scene im Kaffee. Elsa Byron, Soubrette-Diva. Anfang: Wechent. 8. Sonnt. 7 Uhr. Entrée 50 Pf.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. Die Blüte des Bagno. Schauspiel in 5 Akten (7 Bildern) nach dem Roman v. Gordon u. G. Gaultier. Für das Carl-Weiss-Theater eingerichtet und insceniert von E. Ritterfeld. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Goldschmiedevorstellung. Parzell 60 Pf., keine Preise: Ise Römer. Freitag zum erstenmal: Familie Humbert oder: Der 100 Millionen-Schwandel. Große aktuelle Sensationskomödie in 5 Akten nach den belannten Pariser Vorgängen. Sonnabendnachm. 1 Uhr. Kinder-Vorstellung: Nischenbrödel. Sonntagnachmittag 3 Uhr, u. Preise: Ise Römer.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz. Jeden Tag: Der schöne Max aus Franz-Budholz. Heute: Boabiersfest. Im Kaiser-Zaal: Norddeutsche Sänger und Tanz.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci. Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Nach jeder Soiree: Tanz-Kränzchen. Neu! Grünberg's Neu! Sensationsparodie: De Lup in de Lupt.

Cirkus Schumann

Mittwoch, den 21. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr: Elite-Abend mit phänomenalem Programm. Um 9 1/2 Uhr: Die lustigen Heidelberger.

Buntes Theater Köpnickstraße 68. Sonntagabend, den 24. Januar: Erste Subscriptions-Redoute.

Steidl-Theater Linienstraße 192. Dramen-Opern-Theater. Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Stürmischer Fach-Erfolg! Familie Humbert. Mit-Romdile von Fritz Steidl. 11. u. a. gänzlich neue Programm. Entrée 50 Pf. (Borverkauf 40 Pf.), Sperrh 1 M., Loge 1,50 M.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci. Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Nach jeder Soiree: Tanz-Kränzchen. Neu! Grünberg's Neu! Sensationsparodie: De Lup in de Lupt.

Cirkus Busch.

Mittwoch, den 21. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr: Dahomey mit Elefanten-Jagd. Tartakoff-Troupe, Seclswen. Elefant und Pferd. Amateur-Reiten.

Gratweils Bierhallen Theater u. Variété Kommandanten-Straße 77/78. Direction: Carl Haverland. Täglich: Gr. Vorstellung. Das grosse amtsante Januar-Programm. Nur allererste Kunstkräfte. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung: TANZ.

Deutsche Konzerthallen Spandauer Brücke 3 Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Dochentlich: Entree frei! 5 Künstler-5 Kapellen. Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Königstadt-Casino. Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr. Täglich erstl. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend, und Sonntag Tanzkränzchen. Unt. Wechent. 8. Sonntag 6 Uhr.

Zur Klause“ Görlitzer-Strasse 43. Allen meinen Bekannten u. Freunden empfehle ich mein neu erfundenes Lokal. Zu jeder Tageszeit Kaffee, Braten, selbstiges. Kuchen, etc. Bier, kalte und warme Speisen in bestmöglicher Weise. Piano, Billard- und Billardzimmer 40-50 Personen. Zahlreiche Bezug entgegennehmend, zeichnet ergebenst Max Pönitz. 1561b

Maskengarderobe von Adolf Runge Gr. Frankfurterstr. 75. (Amt Villa, 6018) empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Verleihe. Großes Lager von Karneval-Aufzügen.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut. Gedr. im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitskleider. Rosenthaler Thor. Gimg. Elsassstr. 971.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben größte Auswahl in in- u. ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reifkleider etc., werden unter Garantie des guten Sitzes u. überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Neue Freie Volksbühne.

Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr,
im Belle-Alliance-Theater:

Eröffnungs-Vorstellung der 3. Abteilung.

Schlagende Wetter.

Sociales Drama von Eugénie Ibsen.

Mitglieder werden noch in allen Abteilungen aufgenommen. Das Ein-
schreibegeld beträgt 50 Pf., der Monatsbeitrag inkl. Vereinschrift 75 Pf.
Abteilungen: A. Amann, Grünthalstr. 5; B. Glöser, Invalidenstr. 125; C.
D. Beder, Götterstr. 9; E. Landgraf, Reuenburgerstr. 15; F. Böh-
ner, Köpenickerstr. 120; G. Döbner, Kommandantenstr. 62; H. Kaufhold, Brangel-
straße 52; I. Köhn, Naunynstr. 83; J. Labert, Kärntnerstr. 14; K. Pich-
ler, Rattenstraße 3.
Der Vorstand: J. U. Meiner, Neff, Kassierer, Georgenkirchstr. 22, v. III.

Raucher Haas-Tabak



Specialität:
Berliner Shag hell
in 10 Pfg. Packeten
Hochfein im Geschmack u. Aroma.
ENGROS-NIEDERLAGE:
Zu haben in allen
Gigarrengeschäften. **H. SALTZMANN**
Berlin S. Luisenufer 3

Arbeiter-Baugenossenschaft Paradies zu Berlin

E. G. m. b. H.

Mittwoch, 21. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, Etablissement Bugenhagen (Nortplatz):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Eduard Bernstein. Thema:
Die Arbeiter-Baugenossenschaften als soziale Blüthen. 2. Diskussion.
Gäste haben Zutritt, neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand: J. U. Gustav Voigt, Vorsitzender.

105/15

Fortsetzung des Inventur- Sonder- Verkaufs

zurückgesetzter Waren

u. besonderer Gelegenheitspartien
(Teppiche, Portieren, Gardinen
etc.)

zu beispiellos billigen
Ausnahme-Preisen.

U. a. eine grosse Partie

Plüsch-Portieren

mit reicher Stickerei
pro Fenster **M. 9³⁵** (Wert
M. 15,00)

Teppich-Special-Haus

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158.

Dieser Inventur-Verkauf
findet nur einmal jährlich
bei mir statt.

Inventur-Extrakt franko.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke u. Branchen

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Tagesordnung: Rückblick auf das Jahr 1902 und unsere weiteren
Aufgaben. Werkstattstreiks und Differenzen. Verbandsangelegen-
heiten.
Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt Delegierte
zu entsenden.
Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Portefeuille. Achtung!

(Verband der Portefeuille etc.)
Mittwoch, den 21. Januar 1903, abends 8 Uhr,
in Graumanns Festsaal, Naunynstr. 27.

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Ortsverwaltung, Kasienbericht.
2. Wahl der Ortsverwaltung und der Revisoren. 3. Bericht der Agitations-
und Arbeitsnachweis-Kommission. 4. Verbandsangelegenheiten u. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Das bestimmte Erscheinen aller Mitglieder erwartet.
109/1
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 21. Januar 1903, bei Thiel, Bergstraße 151:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht und Neuwahl des Vorstandes. 2. Kasienbericht. 3. Verbands-
angelegenheiten und Verschiedenes.
77/13

Gattler Berlins.

Freitag, 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal VII:

Versammlung aller bei Innungsmeistern beschäft. Gehilfen.

Tages-Ordnung: Wahl der Mitglieder zum Gefellenratsrat, zum
Innungs-Schiedsgericht und zum Herbergsweiser.
164/9
Um zahlreiches Erscheinen eruchen
H. Kahle, Abgesandter. H. Zehle, Obermeister.

Eisbahn Sportplatz Friedrichshain

(am Friedrichshain, Bötowstrasse).
Grösste Eisbahn Berlins
30 000 Quadratmeter gross. 1636b
Mittwoch, den 21. Januar 1903:
Grosses Feuerwerk mit Fackelpolonaise.
Eintritt: Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf. Gebr. Köhler.

Unserm Freund, dem lieben Schuster
Louis Zaake,
nebt seiner lieben Frau die besten
Gleichwünsche zur silbernen Hochzeit.
21. Januar 1903. 1638b
R. L. F. P. G. T. R. W.
Zur Silberhochzeit dem
Gabelpaar 1646b
Otto Liebe und Frau
die herzlichsten Gratulationen.
Die Stammgäste von Gustav Pinner.

Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, das am Sonntag
meine unvergessliche Frau, unsere
gute Mutter
Louise Schnitz
verstorben ist. 1665b
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 22. Januar,
nachmittags 4 Uhr, von der
Veldenhalle (Magstraße) aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten und Bekannten
für die aufrichtige Teilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
sage ich allen, insbesondere dem
Vater sowie den Kollegen der
E. G. G. und dem Gesangsverein der
Gewerkschaft der Maler meinen herz-
lichsten Dank. 410/2
Ww. Emille Pieth.
Am 13. d. M., vormittags, wurde
auf dem Wege von Bendlerstraße bis
Tiergarten ein grünes Leder-Geld-
täschchen mit G. B. und Silber-
beschriftung (Inhalt 150 M.) ver-
loren. Gegen gute Belohnung ab-
zugeben im Zunftbureau Volkst-
präsidium. 57/7

Presskohlen billig!
direkt vom Bahnhof.
1000 Stück, 6 Zoll lang, 6,50 M.,
8000 : 25 Pf. billiger pr. Tausend,
1000 : 7 Zoll lang, 8 M.,
3000 : 25 Pf. billiger pr. Tausend,
frei Keller inkl. Kosten liefert prompt
und reell. 16905*

Wilhelm Meyer,
5. Manteuffelstr. 5.

Credit. - 10 Mark -
kleine Anzahl,
Paletots
nach Maß.
Der Stoff allerbilligste Besch.
Der selbst Stoff hat u. 20 M. an
Schnelldr. Pr.
J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.

Carl Schmidt,
Büsten-Fabrik,
BERLIN W.,
Taubenstr. 23,
empfiehlt seine
weltberühmten
Stoffbüsten
für jede Körperform.
Figur wie nebenstehende
von 7 Mk. bis 50 Mk.
Unentbehrlich zur Anfer-
tigung der Kostüme.
Katalog gratis und
franco.
Man hüte sich vor wertlosen
Nachahmungen. 408/L*

5 Tage auf Probe
ohne Nachnahme — ohne Vorauszahlung — ohne Kaufzwang
senden wir jedem Interessenten franco einen
Petroleum-Flüchtliebrenner „Schapirolicht“
405/L* Modell 1903
Leuchtet wie
Gasflüchtliebrenner.
Verbraucht in
20 Stunden nur 1 Liter
Petroleum.
1 kompl. Schapiro-
Brenner mit
Strumpf und Cylinder
M. 6,50.
Passt auf jede
Petroleumlampe.
Hermann Hurwitz
& Co.
Berlin C.
Stralauerstrasse 56.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Anzeigenspalten für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Anzeigenredaktion Lindenstr. 69,
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

**Vorjährige elegante Herren-
Winterpaletots und Anzüge** aus
feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verkaufsbüro Germania, Unter den
Eichen 21. 14605*

Zeifengeschäft Spottbillig Richard,
Weierstr. 292. 1565b*

163 Quadratmeter Baugrund,
gefundene Lage, sind für den sehr
billigen Preis von 8 Mark pro Rute
lokal zu verkaufen. Hausverwaltung
Brunnenstr. 151. 16415*

Gardinenhaus Große Frankfurter-
str. 9, parterre. 167*

Diebstahl elegante Herren-An-
züge und Paletots aus den modernsten
Stoffen in guter Verarbeitung und
Zustaten von 15 bis 45 Mark.
Hallas Lindenbaum, Große Frank-
furterstr. 141, 1. Etage. 16415*

Winterpaletots, Anzüge, Joppen,
Solen, fertig und nach Maß, Große
Frankfurterstr. 16, August Kahlke.

Teppiche! (Seiderhülle) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Oranienstr. 158, 1. Etage.
119/5*

Spottbillig Teppiche, Betten,
Steppdecken, Winterpaletots, Anzüge,
Kamonturkuren, Regulatorien, Gar-
dinen, Spiegel, Wachstafeln, Stühle,
Kostümteile, Leinwand, Kleiderstoffe,
Tischdecken, etc. etc. etc.
Tischdecken, etc. etc. etc.
16415*

Betten verkauft umständlicher
Spottbillig, Richard, Weierstr. 292, II.

Möbel! Drei Zimmer verkaufe
sogar, darunter Spiegel 10,00, Pa-
nerhölze 45,00, noch neue Bettstellen,
Educentrumen, Schränke, Tische,
Stühle, Teppiche, Leinwand, etc. etc.
Gartenstraße 85, 1. links,
nahe Stettinerbahn. 1134*

Teppiche mit farbigen Flecken, fädel-
niederlage Große Frankfurterstr. 9,
parterre. 167*

**Ringschiffchen, Bobbin, Schneid-
nähern, ohne Anzahlung, Woche 1,00,**
gebrauchte indisch, Spottbillig Köp-
ferrstraße 60/61, Landberg-
straße 82. 163*

Nähmaschinen kaufen Sie nur
beim Kaufmann am zweckmäßigsten.
Passende Geschenke von 25 Mark an.
Zubehör: Ringstich, Bobbin-Schneid-
nähern, bequemste Leihzahlung wöchent-
lich und monatlich. Reparaturen billig,
schonend. Diese, Kaufmann, Näh-
maschinen - Spezialgeschäft, Brunnen-
straße 119. 14496*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf
Abzahlung, ohne Anzahlung. Lang-
schiffchen, hocharmig, Wheeler Wilson,
komplett, mit allen Apparaten, keine
Kaufzahlung, drei Jahre reelle Garantie.
Für die Güte meiner Nähmaschinen
sprechen Tausende meiner Kunden.
Besonders hoher Bekanntheit. Ernst
Bellmann, Gollnowstraße 20, nahe
der Landbergstraße. Alle Maschinen
neuf in Packung. 14682*

Diebstahl billigt Fabrik Große
Frankfurterstr. 9, parterre. 167*

Reisegehalt, fünfzehn Jahre be-
stehend, krankheitslos billig zu ver-
kaufen. Kempfer, Linden-Ufer 19. 1650b

Gut gehendes Schankgeschäft anderer
Unternehmungen halber preiswert ver-
käuflich. Bahn, Neue Hofstraße 23,
am Hochplatz. 1675

Küchenmöbel, gut erhalten, zu
verkaufen. Gartenstraße 90, nachmittags. 146

Anzug, schwarzer, fast neu, verkauft
billig. Brandenburgerstr. 12, vorn II
gem. 20. 146

Kanarienvogel verkauft Walter,
Weidenweg 59, vorn. 146

Gasheizapparate!! Amelochgas-
heizung! 3,00, Petroleumöfen! Gas-
bälgeapparate! Gasheizen! Billig!
Köhlauer, Wallnerstr. 32.

Sofa, gebraucht, zu verkaufen.
Kölnstr. 127. 128/2

Herrenschlafbetten, Stand 23 Mark.
Hamburger, Spandauer Brücke 1b.

Betten, Stand 10 Mark. Ham-
burger, Spandauer Brücke 1b. 1650b

Kanarienvogel 4,00, Vorzüglicher
8,00, Neanderstraße 7. 57/6

Verkaufe elegante, gediegene
Kaufmannmöbel, zwei Zimmer, spott-
billig — Brautkleiden passend —
Plüschgarnitur, Kleiderschrank, Wasch-
schrank mit Spiegel, etc. etc. etc.
Educentrumen, Streifenstühle 20,00, Plüsch-
sofa, Sofa 15,00, Schlagregulator,
Stuhlhölzer 10,00, prachtvolle echte Del-
eganzmöbel 8,00, Salonstühle 4,00,
Küchenstühle 3,00, Verticillier-
Kücheltische, Verkleidetes, Voll-
ständige Kücheneinrichtung zusammen
48,00. Wohnung sofort vermietbar.
An der Fischerstraße 12, vorn eine
Treppe. 57/8

Verschiedenes.

Leihhalle, lesen 5 Pfennige, von
5/4 Uhr geöffnet, Chauvestraße 121.

Rechtsbureau Jählich, Grüner
Berg über dem Hauptbahnhof (Hindenburgplatz),
Gerichtshof, Eingabengeld,
Kartierung. 1645b

Rechtsbureau, Prozessbeistand,
Eingabengeld, Kartierung, Kauf,
Brunnenstr. 19, 1942b

Patentanwalt Dammann, Tra-
nienstr. 57 (Nortplatz), bis abends
neun. 1634b

Kunststofferei von Frau Koloski,
Steinmetzstr. 48, Duergebäude hoch-
parterre.

Maaten verkauft billig Ferdinand
Hentke, Dammannstr. 1 (Ecke Steg-
hölzerstr.). 1559b

Maatengarderobe, Herren und
Damen. Große Auswahl kostlicher
Anzüge billig. Köhlauer, Weidenweg-
str. 62. 137*

Stehbierbänke, Restaurationen,
Rein und groß, einfach, elegant, richtig
konstruiert, auch auf Leihzahlung,
monatlich 30 Mark. Köhlauer, Rir-
dorf, Kärntnerstr. 9. 1574b

Aufholern Strohen 3, Sofa 5,
Arbeitsst. Grenda, Steinmetz-
str. 27. 1631b

Rezeption! Wer sich über die
unlösbare Grausamkeit unserer Zeit
unterricht will, verlange die Ring-
blätter des Reichstages gegen die
Rezeption, welche unentgeltlich ver-
sendet werden vom Reichstags-
Königstr. 108. Um gütigen
Abdruck wird gebeten. 1615b

Zaal, kleiner, Vereinszimmer,
Räume für Arbeitsnachweise zu ver-
geben. Stehr, Lindenstr. 96, Ham-
burger Haus. 1654b

Zeugen, welche am 5. September
vorheren Jahres aus dem Gewerbe-
gericht zu Charlottenburg das Ver-
gehen des Gerichtsdieners bemerkt
haben, werden gegen Vergütung ge-
beten, ihre Adresse an Ernst Gebele,
Berlin, Alexandrinenstr. 87, ab-
zugeben. 1655b

Rechtsbureau Neue Jakobstraße 16,
langjähriger Gerichtsekretär, Ge-
schäfts-Inspektor. 1637b

Alle Goldschm., Jahrgeselle,
Platin, Ringen, Kunst Schmied,
Brunnenstr. 137, Schneider.

75 Pfennige! Eingabengeld,
Zahlungsbefehle, Kartierung, Aller-
billigste Straußhülle, Beschreibungen,
Interventionen, Verleumdungen, Al-
mentenfragen, Unfallfragen, Snamen-
fragen. Dullow, Eckerstr. 141,
abends bis 10 Uhr geöffnet. 1655b

Verzine, Saal mit Bühne Sonn-
tag zu vergeben. Köhlauerstr. 7.

Wassen verleiht billig 1 M. an
Bellini, Kleine Androssstraße 12.

Rechtsbureau, Gollnowstraße 44,
Gemeinnütziger Rat, Anfertigung schrift-
licher Arbeiten, Einziehung von Forde-
rungen. Sonntags geöffnet. 1655b

Unfallfragen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Puffer, Steglitzer-
str. 65. 1670b

Vermietungen.

Restaurationsräume, bisher gut
gehend, Polstermöbel, zum 1. April
1903 zu vermieten. Eisenhammer-
str. 4 II. 142*

Zimmer.
Zimmer, einen oder zwei Herren,
vermietet. Pausch, Eckerstr. 54.

Schlafstellen.
Schlafstelle für anständiges Mäd-
chen Androssstraße 65, Brunn. 1692b

Mietsgesuche.
Handwerker sucht einfach möbliertes
Zimmer, allein, separat, gegen
Kotbuscher Thor. Offerten postlagernd
unter „Handwerker“ Postamt 29. 11-21

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Vollwächter - Gesellschaft Letz-
dowstr. 28.
Händler Stellensucher bittet um
Arbeit. Stühle werden zu den billig-
sten Preisen gesucht, werden ab-
geholt und unentgeltlich zurückgeschickt.
Adresse: Rulandstr. 27, H. Glöser.

Stellenangebote.
Steindrucker, jungen, für Pa-
pieren verlangen. Diefeldt u. Co.,
Pappel-Allee 27. 1650b
Arbeitsverleihen, welcher in
Druckerei gearbeitet, verlangen. Diefeldt
u. Co., Pappel-Allee 27. 1651b
Lithograph für lithographische
Arbeiten verlangen. Diefeldt u. Co.,
Pappel-Allee 27. 1652b
Jüngerer Vater Gollnowstraße 43.
Schulmädchen gesucht, fröhlich und
sauber, täglich von 2-5 zur Birt-
schaft. Kochstraße 2, mit Mutter,
Kammerstraße 54, Putzgeschäft. 179

Geliebte Interred-Arbeiterin, Gar-
nieren verlangt. Krüger, Kaufher-
straße 33. 1621

Barockvergolderrinnen Gollnow-
straße 43. 1697b

Poliermeister - Handarbeiterin, im
und ausserm Hause, Lehrlinginnen ver-
langt. Riese, Dornowstraße 19. 1644b

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Schnittschlosser,
tüchtiger, durchaus selbständiger Arbeiter,
energisch, der im Stande ist, den
Prinzipal zu vertreten, für dauernde
Stelle bei gutem Gehalt gesucht.
Offerten unter K. N. 195 an Haasen-
stein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8
erbeten. 104/10

Achtung, Holzarbeiter!
Gelpert sind folgende Beschäftigten
für Tischler, Gebeier, Maschinen-
arbeiter und Polierer:
Luz u. Engländer, Köhlauer Ufer.
Schubert, Köhlauer-Allee 10.
Vierzehner, Köhlauer Ufer 9.
Für Drechsler:
Friede, Gollnowstr. 22.
Die Ortsverwaltung.

Sklavierarbeiter.
Wegen Lohnrückzahlung haben
sämtliche Untermieter der Pianofabrik
von Köhlauer, N. Köhlauerstr. 18,
die Arbeit niedergelegt. 141/1*

Fach-der Musikinstrumenten-Arbeiter
Berlins und Umgegend.

Stuccateure!
Gelpert ist die Firma Schuchardt,
Reuenburgerstr. 20 und Dombau
wegen einer unwürdigen Arbeits-
ordnung und Nichtberücksichtigung eines
Arbeitlers zum Materialparaten. Die
Firma ist deshalb zu meiden.
Die Ortsverwaltung.